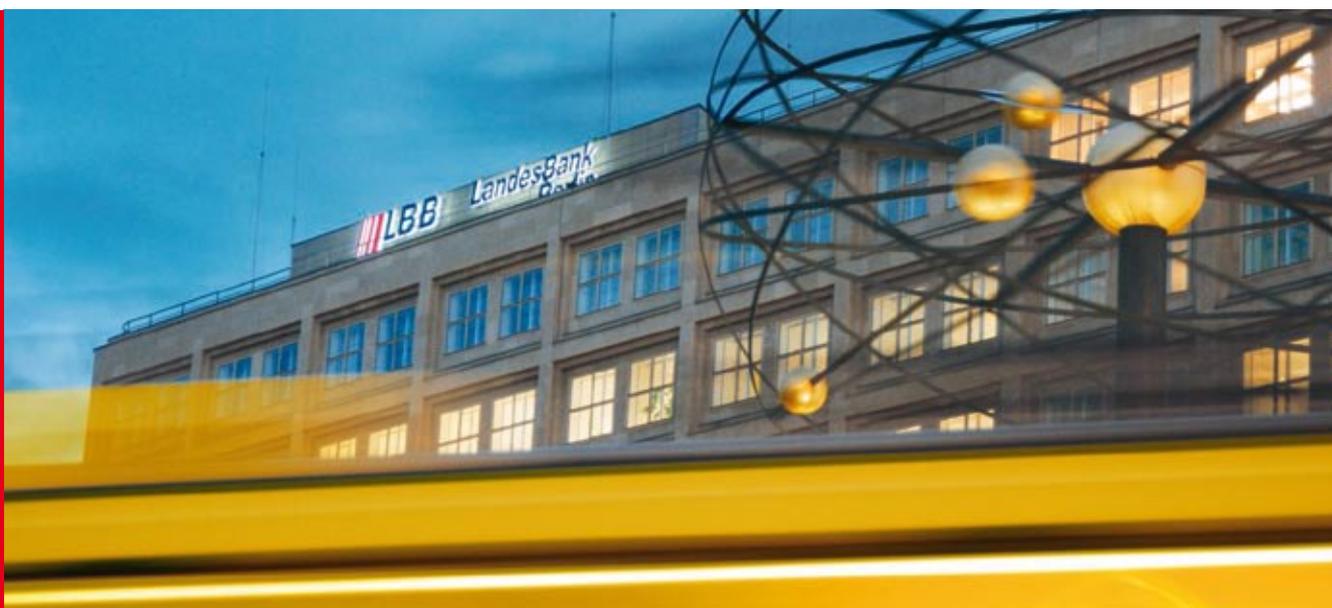


Landesbank Berlin Holding
GESCHÄFTSBERICHT 2009



Unternehmensprofil

Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine börsennotierte Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin ist eine Universalbank, in der das gesamte Geschäft gebündelt ist. Historischer Kern der Landesbank Berlin ist die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse. Vom Tag ihrer Gründung an bis heute erfüllt die Berliner Sparkasse ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. Am Bankplatz Berlin ist sie Marktführer und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

Das Geschäftsmodell des Konzerns Landesbank Berlin basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem er als innovatives, kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnimmt, den ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbau-gesellschaften ausgerichtet ist.

Privatkunden steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung, das durch moderne Vertriebswege wie Online Banking, Call-Center und Selbstbedienungsmedien ergänzt wird. Mit Bankprodukten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellt die Bank ihren Kunden ein umfassendes Angebot bereit. Anlage- und Finanzierungswünsche von vermögenden Privatkunden werden in VermögensanlageCentern betreut.

Im Firmenkundengeschäft hat die Landesbank Berlin eine führende Position als Bankpartner für Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Für kompetente und individuelle Betreuung sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Mit der BusinessLine steht Gewerbekunden zudem ein moderner und effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die Kompetenzzentren Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette ab.

Im Kapitalmarktgeschäft betreut die Landesbank Berlin vor allem Finanzinstitute und institutionelle Kunden. Die Bank ist auf ausgewählte Aktivitäten fokussiert, in denen sie über führende Expertise verfügt. Sie profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für private Interessenten und ist mit ihren Handelsaktivitäten anerkannter Geschäftspartner. Ein weltweites Netzwerk von lokalen Handelspartnern bietet den direkten Marktzugang zu allen relevanten Handelsplätzen. Mit der LBB-Invest verfügt die Bank über einen Fondsanbieter, der sich in der Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften etabliert hat.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die Landesbank Berlin ihre Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp werden institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten betreut. Im Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierungen zählt der Konzern Landesbank Berlin zu den größten Anbietern in Deutschland.

Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

		2009	2008 ¹⁾	2007 ¹⁾	2006 ¹⁾	2005 ¹⁾
GuV-Rechnung						
Zinsüberschuss	Mio. €	862	1.247	815	743	890
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	185	63	-68	118	192
Provisionsüberschuss	Mio. €	262	302	297	368	322
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	-15	-18	3	3	-12
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	Mio. €	478	-344	-45	186	167
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-97	-308	-4	50	61
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	-14	-18	12	-4	-1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	41	139	119	636	221
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	985	940	965	1.115	1.130
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	Mio. €	347	-3	300	749	326
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	-8	12	6	35	-50
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	339	9	306	784	276
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	67	-35	76	97	-4
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	272	44	230	687	280
Bilanz						
Bilanzsumme	Mio. €	143.835	145.388	142.163	141.625	144.403
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn /-verlust	Mio. €	2.712	1.962	2.847	2.624	1.901
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	700	700	1.100
Risikopositionen KWG ²⁾	Mio. €	k. A.	41.150	50.491	44.901	40.924
Eigenmittelanforderungen gemäß SolV ²⁾	Mio. €	2.891	3.292	xx	xx	xx
Kennzahlen						
Cost-Income-Ratio	%	64,9	94,0	80,6	56,3	68,6
Eigenkapitalrendite vor Steuern ³⁾	%	14,4	0,4	10,8	35,3	13,0
Gesamtkennziffer nach KWG ⁴⁾	%	16,82	16,41	15,04	10,6	11,6
Kernkapitalquote nach KWG ⁴⁾	%	14,45	13,74	11,80	7,2	8,1
Aktie						
Gewinn je Aktie ⁵⁾	€	0,26	0,03	0,21	0,67	0,28
Börsenkapitalisierung (Stichtag)	Mio. €	3.328	2.928	6.366	7.851	2.906
Aktienkurs 1.1.–31.12. (Schlusskurs Frankfurter Börse)						
höchst	€	3,76	6,32	8,18	7,96	3,51
tiefst	€	2,07	2,18	5,25	3,11	2,02
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	Anzahl	6.009	5.999	5.965	5.960	7.336

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ 2008 nach SolV; davor nach KWG

³⁾ auf Basis des IFRS-Eigenkapitals

⁴⁾ seit 2007 für die RVG-Gruppe; nach Feststellung der Jahresabschlüsse

⁵⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Ratingübersicht

	Moody's		Fitch		dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	A1		AA-		A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		R-1 (mittel)
Ausblick	stabil		stabil		stabil
Finanzkraft					
	D+		D		BBB+
Garantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	Aa1		AAA		-
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		-
Ausblick	stabil		stabil		-
Pfandbriefe					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		AAA		-
Hypothekenpfandbriefe	Aaa		-		-

Die garantierten Verbindlichkeiten unterliegen noch der Gewährträgerhaftung.

Inhalt

Management	2
Aktionärsbrief	2
Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	4
Corporate Governance-Bericht	9
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	14
Aus dem Unternehmen	16
Ein starker Partner	16
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	38
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG	39
Konzernlagebericht	41
Der Konzern im Überblick	42
Allgemeiner Verlauf im Überblick	54
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009	60
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009	73
Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	73
Risikobericht	74
Prognosebericht / Ausblick	108
Jahresabschluss des Konzerns	113
Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	114
Der Konzern im Quartalsvergleich	116
Bilanz des Konzerns	118
Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	119
Kapitalflussrechnung des Konzerns	120
Notes	122
Organe der Landesbank Berlin Holding AG	202
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	204
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	205
Wichtige Adressen	206
Wesentliche Beteiligungen	209

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das zurückliegende Geschäftsjahr war nicht nur für Banken, sondern für die gesamte Wirtschaft eine große Herausforderung. Aus der Finanz- ist eine Wirtschaftskrise geworden, die inzwischen alle Branchen erfasst hat. In diesem Umfeld hat sich die Landesbank Berlin Holding AG gut behauptet und das zurückliegende Geschäftsjahr mit einem erfreulichen Ergebnis abgeschlossen. Vor Steuern haben wir einen Gewinn von 339 Mio. € erwirtschaftet.

Der vorsichtige Optimismus für das Jahr 2009, den wir im letzten Jahr zum Ausdruck gebracht hatten, war berechtigt. Das gute Ergebnis ermöglicht uns, nach Stärkung der Kapitalbasis die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 140 Mio. € vorzuschlagen.

Dieser Erfolg unter schwierigen Bedingungen beweist, dass der Konzern mit seinen vier operativen Geschäftsfeldern richtig positioniert ist und seine Stärken gezielt einsetzt:

Im wettbewerbsintensiven Berliner Markt für Privatkunden hat die Bank im Jahr 2009 mit neuen Produkt- und Leistungsangeboten wesentliche Weichen gestellt. Dies hat sich sowohl auf den Kundenbestand als auch auf das Einlagenvolumen positiv ausgewirkt. Im Firmenkundengeschäft konnten ebenfalls neue Kunden gewonnen werden. Zudem wurden mehr Existenzgründungen als in den Vorjahren begleitet. In der Immobilienfinanzierung konnte der Konzern im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten Marktanteile dazugewinnen und den Darlehensbestand leicht steigern. Im Kapitalmarktgeschäft hat die Bank das kundenorientierte Geschäft weiter ausgebaut. Zunehmende Bedeutung gewinnt hier die bundesweite Zusammenarbeit mit den Sparkassen.

Unter Beibehaltung unserer bewährt vorsichtigen Risikopolitik werden wir auch in Zukunft Chancen nutzen, die sich aus der veränderten Marktsituation ergeben. Wir gehen mit Kosten, Risiken und Liquidität verantwortungsbewusst und vorsichtig um und stellen damit sicher, dass wir unseren Kunden auch weiterhin als verlässlicher Partner und Kreditgeber zur Verfügung stehen.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, vieles deutet darauf hin, dass die schlimmsten Auswirkungen der Krise hinter uns liegen. Dennoch bedeuten klare Erholungstendenzen nicht zwangsläufig eine schnelle Erholung des wirtschaftlichen Umfelds. Wir gehen vielmehr davon aus, dass die Lage auch mittelfristig noch anspruchsvoll bleibt. Die direkt belastenden Effekte aus der Finanzkrise werden weiter zurückgehen, dafür müssen sich die Banken jetzt mit den Auswirkungen auf die Konjunktur, wie Zurückhaltung bei Investitionen, und mit Ausfällen von Krediten auseinandersetzen. Unser Konzern hat dafür die notwendige Vorsorge getroffen.

Die Landesbank Berlin gehört zu den Banken, die die Krise vergleichsweise gut bewältigen. Das Auslaufen von Konjunkturmaßnahmen des Bundes und eine absehbare Veränderung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank werden unsere Kunden und die Bank vor neue Herausforderungen stellen. Auch mit Blick auf möglicherweise erhöhte Eigenkapitalanforderungen müssen wir unsere Ertragsbasis weiter stärken. Zwei Themen, denen wir im Geschäftsalltag und im hier vorliegenden Geschäftsbericht deshalb besondere Beachtung schenken, sind Kundenorientierung und Qualität. Wir sind überzeugt, dass wir damit unsere Position im Wettbewerb stärken und die Bank für Kunden, Eigentümer und Mitarbeiter noch attraktiver machen können.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



Dr. Johannes Evers



Dr. Thomas Veit

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 in sieben Plenumssitzungen – davon einer Telefonkonferenz – sowie in elf Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Dabei hat er sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem jeweiligen Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Im Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat in sämtlichen Sitzungen über die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns vom Vorstand berichten lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die intensive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der sich infolge der Finanzmarktkrise abschwächenden Konjunktur auf die Gesellschaft und die vom Vorstand ergriffenen Maßnahmen.

Dem Aufsichtsrat wurden die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 27. März 2009 übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattung des Vorstands über das Geschäftsjahr 2008 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2008 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2008. Im Zusammenhang mit der Erörterung des Vergütungsberichts überprüfte der Aufsichtsrat das Vergütungssystem des Vorstands und nahm den Bericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen zur Kenntnis.

Die außerordentliche Aufsichtsratssitzung am 3. Juni 2009 wurde in Form einer Telefonkonferenz abgehalten. Beraten wurden Angelegenheiten des Vorstands.

In der Sitzung am 9. Juni 2009 vor Beginn der Hauptversammlung trat der Aufsichtsrat in seiner bisherigen Besetzung letztmalig zusammen. Er tagte unter anderem zum Thema Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) und wertete die Effizienz seiner Aufsichtsratsstätigkeit aus. Ferner informierte der Vorstand über das Ergebnis nach HGB zum 31. März 2009 sowie die aktuelle Geschäftsentwicklung. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 9. Juni 2009 endete die fünfjährige Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder.

In der sich an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurden Herr Heinrich Haasis erneut zum Vorsitzenden und Frau Bärbel Wulff erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. In der Sitzung wurden außerdem die Mitglieder der Ausschüsse des Aufsichtsrats – des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses sowie des gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildenden Vermittlungsausschusses – neu gewählt.

Am 19. Juni 2009 erörterte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung unter anderem die Risikostrategie, den Bericht der Berliner Sparkasse für 2008 und den Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der LBB und den Sparkassen.

In der Sitzung am 2. September 2009 befasste sich der Aufsichtsrat mit den Prüfungsschwerpunkten der Jahresabschlussprüfung 2009, den Auswirkungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht (FinVAG).

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 20. November 2009 stellte der Vorstand die Mittelfristplanung vor. Darüber hinaus behandelte der Aufsichtsrat die Schwerpunkte Deutscher Corporate Governance Kodex sowie den Umsetzungsstand der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Außerhalb der Sitzungen wurden im Geschäftsjahr 2009 zwei Beschlüsse vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren gefasst.

Zwei Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen krankheitsbedingt bzw. aufgrund dringender anderweitiger Verpflichtungen im Jahresverlauf an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in elf Sitzungen zur Vorberatung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war unter anderem die Erörterung des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2009 und 30. Juni 2009 vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand. Drei Beschlüsse wurden im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2009 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Ein Mitglied des BPS-Ausschusses hat krankheitsbedingt im Berichtsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Corporate Governance

In mehreren Sitzungen hat der Aufsichtsrat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) erörtert. Im Frühjahr 2009 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit erneut einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 18. Juni 2009 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 9 ff. und 45 ff. dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalia Vorstand

Der Aufsichtsrat hat sich mit Herrn Hans-Jörg Vetter im gegenseitigen Einvernehmen darauf geeinigt, dass seine Bestellung zum Vorsitzenden des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG mit Ablauf des 10. Juni 2009 endete. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Vetter für seine verdienstvolle Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstands. Unter seiner Führung wurde der Konzern saniert und sicher durch die weltweite Finanzmarktkrise gesteuert.

In seiner Sitzung am 19. Juni 2009 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 zum Vorsitzenden des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG ernannt.

Personalia Aufsichtsrat

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 9. Juni 2009.

Als Vertreter der Anteilseigner wurde mit Wirkung vom 9. Juni 2009 von der Hauptversammlung Herr Gerhard Grandke zum Mitglied des Aufsichtsrats neu gewählt. Daneben wurden von der Hauptversammlung 2009 für eine Amtszeit von fünf Jahren die Herren Heinrich Haasis, Hans Jörg Duppré, Artur Grzesiek, Jürgen Hilse, Claus Friedrich Holtmann, Thomas Mang, Peter Schneider, Friedrich Schubring-Giese und Dr. Harald Vogelsang wiedergewählt.

Die Vertreter der Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Aufsichtsrat sind bereits am 4. Mai 2009 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG gewählt worden. Bestätigt wurden Frau Christina Förster und Frau Bärbel Wulff sowie die Herren Sascha Händler, Michael Jänichen, Daniel Kasteel und Frank Wolf. Neu gewählt wurden die Herren Michael Dutschke, Gerald Herrmann, Frank Meysel und Wolfgang Pansegrau.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Frau Dagmar Brose, Frau Astrid Maurer und den Herren Gregor Böhmer, Andreas Rohde sowie Joachim Tonndorf für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2009 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

Jahresabschluss 2009

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung ging er eingehend auf die Fragen der Gremienmitglieder ein. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2009 in seiner Sitzung vom 26. März 2010 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2009 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 141.712.875,71 € wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 0,14 € je dividendenberechtigter Stückaktie, insgesamt 139.905.901,80 € und Gewinnvortrag in Höhe von 1.806.973,91 €.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2009 in einem von der anhaltenden Finanzmarktkrise beeinflussten und herausfordernden Marktumfeld erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2010

Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis

Vorsitzender

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance-Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des DCGK, soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance-Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Dabei entwickelt der jeweilige Vorstand die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher. Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsgremien und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im Geschäftsbericht des Konzerns dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Corporate Governance-Bericht

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich im Geschäftsbericht aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen den jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2009 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben – wie auch in den Vorjahren – keinen Interessenkonflikten.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie auch – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz weiter gesteigert werden konnte. Beide Aufsichtsratsgremien beurteilten ihre Arbeit als effizient, neben organisatorischen Optimierungen wurde unter anderem die Kommunikation mit dem Vorstand weiter intensiviert. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2009 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2009 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D&O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, für die Mitglieder des Vorstands in der gesetzlichen Mindesthöhe.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht und mit den personalisierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Konzernanhang des Geschäftsberichts enthalten.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2009 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Konzernlagebericht zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Corporate Governance-Bericht

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 18. Juni 2009 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2010 abgegeben.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 18. Juni 2009

§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weitergehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder erforderlich noch sachgerecht.

- (b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

- (c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrats auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

- (d) Die Amtszeit der durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30. August 2007 bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG war nicht bis zur Hauptversammlung des Folgejahres befristet (Ziff. 5.4.3 DCGK).

Die Bestellung wurde nicht befristet, um die Kontinuität der Aufsichtsratsarbeit nach dem Abschluss der Restrukturierung und der Privatisierung sicherstellen zu können. Die Anteilseignervertreter wurden in der Hauptversammlung am 9. Juni 2009 neu gewählt, so dass die Amtszeit aller gerichtlich bestellten Aufsichtsratsmitglieder zu diesem Zeitpunkt endete. Die Gesellschaft weicht mit Beendigung der Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 von dieser Empfehlung nicht mehr ab.

- (e) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Vorstand und Aufsichtsrat
der Landesbank Berlin Holding AG

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender
Präsident des Deutschen Sparkassen-
und Giroverbands

Bärbel Wulff*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Heiko Barten*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Landesbank Berlin Holding AG
Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referent Informationstechnologie der
Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Landesbank Berlin Holding AG
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des Sparkassen-
und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler *

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Sabine Hentschel-Vélez Garzón *

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referentin Business Management
der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di,
Bundesverwaltung Berlin

Jürgen Hilse

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
ehem. Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Göttingen

Claus Friedrich Holtmann

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bereichsleiter Firmenkunden der
Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel *

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Projektmanagement des
Bereichs Informationstechnologie der
Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

Frank Meysel *

Landesbank Berlin Holding AG
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Peter Mohr *

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Kundenbetreuer VermögensanlageCenter
der Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Peter Schneider

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Landesbank Berlin Holding AG
Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer
Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmervertreter
Stand März 2010

 **LBB**
 Holding AG

LandesBank
Berlin

Die größte Kundennähe in Berlin, Top-Platzierungen bei unabhängigen Qualitäts-Rankings, führendes Unternehmen im Kreditkartengeschäft, einer der größten Ausbilder der Region – es sind viele Faktoren, die die Landesbank Berlin zu dem machen, was sie ist: Ein starker Partner für die Hauptstadt und die Menschen, die sie mit Leben füllen, und außerdem ein qualifizierter Partner in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und im Geschäft mit institutionellen Kunden. Das Vertrauen der Kunden ist unser täglicher Ansporn. Auch in Zukunft setzen wir alles daran, eine bedeutende Adresse in Berlin und darüber hinaus zu sein – für Servicequalität und Kundenorientierung, als attraktiver Arbeitgeber und als Teil des gesellschaftlichen Lebens in der Hauptstadt.

Kunden- orientierung wörtlich genommen

Wer an der Spitze stehen will, muss hohe Ansprüche an sich selbst haben. Und sie auch erfüllen. Bei der Landesbank Berlin sind Begriffe wie Kundennähe und Serviceorientierung gelebte Realität.



// Ibrahim Büyüksahin leitet das größte Privatkunden-Center Berlins am Alexanderplatz, einem der belebtesten Orte der Stadt. Mit seinen 45 Mitarbeitern betreut er 33.000 Kunden.



Beim Blick zurück auf das vergangene Geschäftsjahr führt kein Weg am Thema Finanzkrise vorbei. Zu stark hat sie die Bankenbranche beherrscht, zu sehr die Handlungen und Herausforderungen der Wirtschaft insgesamt dominiert. Während andere nach wie vor mit dramatischen Auswirkungen zu kämpfen haben, kann die Landesbank Berlin ihren Blick selbstbewusst nach vorne richten – gestützt von der Erkenntnis, dass sich ihr Geschäftsmodell auch in der Krise als erfolgreich und marktfähig erwiesen hat.

In ihren vier Kerngeschäftsfeldern Privatkunden-, Firmenkunden-, Kapitalmarkt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft ist die Landesbank Berlin erfolgreich. Somit kann sie sich voll auf den Ausbau ihrer Aktivitäten konzentrieren und weiterhin den Beweis antreten,

dass eine breite Angebotspalette und hohe Spezialisierung sich nicht ausschließen, sondern – im Gegenteil – perfekt ergänzen.

Der richtige Partner für alle Kunden

Mit etablierten Marken wie der Berliner Sparkasse verfügt die Landesbank Berlin bereits über eine führende Marktposition im Bereich Privat- und Firmenkunden. Ganz gleich für welchen Bedarf, die Kunden finden in der umfangreichen Service- und Produktpalette immer das Richtige für ihre Ansprüche. Vom täglichen Zahlungsverkehr und der traditionellen Geldanlage, über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie die individuelle Beratung in Versicherungsfragen bis hin zu Produkten für Altersvorsorge und Vermögensaufbau.

Für die Finanzierung gewerblicher Immobilien stehen die Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp. Im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten werden institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer betreut. Zwar war auch bei den Gewerbeimmobilien die Krise deutlich zu spüren, umso mehr war der Markt aber darauf angewiesen, dass begonnene Bauvorhaben weiter begleitet und auch größere Projekte neu finanziert werden konnten.

Ein ebenso aktuelles wie bekanntes Referenzprojekt ist das „Spreedreieck“ an der Berliner Friedrichstraße. Nach der Finanzierungsgenehmigung im Jahr 2006 wurde das 10-geschossige Bürogebäude in Top-Lage 2009 fertiggestellt. Die rund 15.000 Quadratmeter sind bereits voll vermietet. Das Immobilienprojekt umfasst auch die Sanierung

des „Tränenpalastes“ auf dem Gelände: Die ehemalige Ausreisehalle soll zur Dokumentations- und Veranstaltungsstätte ausgebaut werden. Die Landesbank Berlin und die Berlin Hyp stehen für ein Geschäftsmodell mit langfristiger partnerschaftlicher Beziehung, da die Bank den Kunden und sein Finanzierungsobjekt kennt und der Kunde weiß, in welcher Bilanz seine Finanzierung steht und wer bei Änderungswünschen sein Ansprechpartner ist.

Weitere Geschäftstätigkeiten der Landesbank Berlin sind das Kapitalmarktgeschäft mit maßgeschneiderten Produkten, das Geschäft der LBB-INVEST mit Publikums- und Spezialfonds sowie die Backoffice-Dienstleistungen der BankenService GmbH.

Viele Wege führen zur Berliner Sparkasse

Die persönliche Beratung bildet den Mittelpunkt jeder der 188 Vertriebsstellen der Berliner Sparkasse. „Viele Kunden haben signalisiert, wie wichtig ihnen persönliche Beratungsmöglichkeiten am späten Nachmittag und an Samstagen sind“, betont Michael Thanheiser, Leiter des Geschäftsbereichs Privatkunden. Mit längeren Öffnungszeiten und mehr Filialen, die auch sonntags geöffnet haben, wurde dieser Wunsch erfüllt.

Auch außerhalb der Geschäftsstellen stehen den Kunden Tag und Nacht Möglichkeiten zur Verfügung, mit der Berliner Sparkasse in Kontakt zu treten: per Online-Banking, computergestütztem Telefon-Banking und durch die telefonische Betreuung über den Zentralen

NACHGEFRAGT

„Ein echtes Highlight.“

In Düsseldorf beginnt 2010 der Bau des so genannten Kö-Bogens. An der Finanzierung ist unter anderem die Landesbank Berlin beteiligt. Ein Immobilienprojekt mit Vision und Prestige, sagt auch Andreas Bahners, Leiter des Vertriebsbereichs Alte Bundesländer bei der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff Kö-Bogen?

„Kö-Bogen ist der Name eines geplanten Büro- und Geschäftskomplexes mit Tiefgarage – in bester Innenstadtlage von Düsseldorf. Da seit Mitte 2009 das Finanzierungsgerüst steht, können jetzt die Baugerüste folgen. 2014 soll der Kö-Bogen fertiggestellt sein.“

Was macht das Projekt für Sie so attraktiv?

„Mit diesem Bauvorhaben wird eine historische Stadtstruktur wiederhergestellt, die durch den Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Durch die Verbindung von Königsallee

und Hofgarten wachsen zwei zentrale, lebendige Orte Düsseldorfs wieder zusammen. Zudem konnte mit Daniel Libeskind ein Architekt von Weltrang für den Kö-Bogen gewonnen werden. Er gibt dem Bauwerk seine markante Handschrift, sein Entwurf mit der geschwungenen Fassade ist ein echtes Highlight.“

Und wie genau ist die Landesbank Berlin daran beteiligt?

„Ein Konsortium stellt die Finanzierung dieses 300 Mio.€ teuren Projekts sicher, an dem sich neben drei weiteren Banken die Landesbank Berlin und die Düsseldorfer Stadtparkasse beteiligen.“

Kundenservice. Gewerbekunden finden bei der auf ihre Bedürfnisse abgestimmten BusinessLine einen qualifizierten Ansprechpartner.

Für Services, die keine persönliche Unterstützung erfordern, können die Kunden berlinweit 1.400 Selbstbedienungsgaräte nutzen: Geldautomaten, Kontoauszugsdrucker und KontoserviceTerminals. Das ist mehr als die Erfüllung des öffentlichen Auftrags – das ist moderne, kundenorientierte Finanzdienstleistung auf höchstem Niveau.

Kundenwünsche im Fokus

Die Kundenbedürfnisse haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Grundsätzlich ist die Wechselbereitschaft gestiegen, die Herausforderung besteht also nicht nur in der Kundengewinnung, sondern in immer höherem Maße auch in der Kundenbindung. Direktkanäle – allen voran das Online-Banking – werden immer stärker genutzt, so dass die Anzahl der persönlichen Kontakte zur Bank zurückgeht. Zugleich fordern die Kunden jedoch zunehmend eine individualisierte und bedarfsgerechte Ansprache und Betreuung. Hier sind serviceorientierte Ideen gefragt, um den Kunden immer weiter entgegenzukommen. →

Deutlich effizienter und damit kundenorientierter ist seit Ende 2008 der Telefonservice der Berliner Sparkasse. Viele Anrufe können automatisch beantwortet werden, wie zum Beispiel Öffnungszeiten oder die Ansage von Sortenkursen. Die Vorteile liegen auf der Hand: kürzere Wartezeiten und mehr Komfort – auch durch das moderne Sprachdialogsystem, das sogar ganze Sätze versteht.

Um ein Plus an Mobilität und Sicherheit beim Online-Banking ging es bei der Einführung der Sicherungsverfahren smsTAN und chipTAN. Sie ergänzen die bekannte iTAN und ermöglichen eine flexible Absicherung von Online-Banking-Aufträgen.

Neue Ära der Girokonten

Im Privatkundengeschäft liegt der Schwerpunkt ganz klar auf dem Girokonto – rund 42 % der Erträge werden damit erwirtschaftet. Umso wichtiger ist es, mit diesem Produkt genau die

Bedürfnisse der Kunden zu treffen. 2008 hat die Berliner Sparkasse deshalb begonnen, die Giro- und Sparprodukte gründlich auf den Prüfstand zu stellen. Das Ergebnis der fast einjährigen Projektarbeit in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsunternehmen TNS Infratest und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband DSGV: Die meisten Befragten möchten keine Treue- oder Zusatzprogramme, sondern ausschließlich Leistungen des reinen Bankgeschäfts. Für die Berliner Sparkasse ein eindeutiges Signal, die Konten auf das Wesentliche zu reduzieren. Unter dem Motto „Keine bösen Überraschungen“ stehen seit Anfang 2009 zwei schlanke und transparente Modelle zur Auswahl: eine Basisvariante und ein Komfortkonto. Die äußerst positive Resonanz von Seiten der Kunden (zum Jahresende 2009 hat sich der Kontenbestand um knapp 27.000 erhöht) zeigt, dass die Berliner Sparkasse mit der konsequenten Neuausrichtung der Girokonten den richtigen Weg eingeschlagen hat. Kurz gesagt: ein voller Erfolg.

Attraktive Angebote für Sparkassen und Banken

Die Landesbank Berlin hat den Anspruch, ein fairer, verlässlicher und umfassender Dienstleister für deutsche Sparkassen zu sein. Speziell für sie werden Angebote entwickelt, die ihrem Bedarf in den Markt Bereichen, in der Banksteuerung und in der Marktfolge optimal entsprechen. In den Markt Bereichen liegt der Schwerpunkt auf Kapitalmarktprodukten für Privat- und Firmenkunden, wie zum Beispiel Publikums- und Spezialfonds der LBB-INVEST, aber auch auf der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Das Leistungsportfolio der Banksteuerung reicht vom Asset Management, über die Aktiv-/Passivsteuerung bis zu verschiedenen Dienstleistungen. Und schließlich verfügt die Landesbank Berlin mit der BankenService GmbH über einen Full-Service-Anbieter für alle Dienstleistungen, die in der Marktfolge notwendig sind.



Engagement für unsere Kunden: Das PrivatkundenCenter am Alexanderplatz (Abb. 1) ist ein Bankstandort mit Tradition: Im Berliner Rathaus ganz in der Nähe eröffnete 1818 die erste Filiale der Berliner Sparkasse. Nach einjähriger Umbauphase präsentiert sich die Berliner Sparkasse am Alexanderplatz deutlich offener und kundenfreundlicher. 41 Kundenberater und vier Auszubildende betreuen die Kunden der größten Sparkassen-Filiale in Berlin (Abb. 2). Im Alexanderhaus, das 1930–32 nach Plänen des Architekten Peter Behrens erbaut wurde, hat die Landesbank Berlin ihren zentralen Sitz (Abb. 3).



// Silke Marx-Patzek schätzt die kompetente und persönliche Beratung der Berliner Sparkasse. Zuletzt finanzierte die Sparkasse der Familie mit drei Kindern die Wohnungsrenovierung.

Mit der Bearbeitung von Firmen- und Privatkrediten hat die BankenService GmbH einen aussichtsreichen Baustein in ihr Produktportfolio aufgenommen. Als einer der ersten Full-Service-Anbieter in Deutschland stellt sie damit auch Drittkunden alle relevanten Bankabwicklungsprozesse aus einer Hand zur Verfügung. Das können Kreditgeschäft, Abwicklung für das Kapitalmarkt- und Versicherungsgeschäft, Zahlungsverkehr, Logistik, Kontoführung sowie das Dokumentengeschäft sein. Stefan Haemmerling, Geschäftsführer der BankenService GmbH, sieht in diesem Bereich viel Potenzial: „Das Transaction Banking wird künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Kreditinstitute, die uns mit der Abwicklung ihrer Back-Office-Tätigkeiten beauftragen, können sich ganz auf die eigenen Vertriebsaufgaben konzentrieren.“

Überregionaler Konsumentencredit

Ob für den Autokauf, die Urlaubsreise oder die Immobilienfinanzierung – für die Wünsche ihrer Kunden bieten Sparkassen in ganz Deutschland eine Vielzahl an bedarfsgerechten Produkten mit attraktiven Konditionen und eine ebenso kompetente wie umsichtige Beratung. Die Landesbank Berlin bietet ihrer wichtigen Kundenzielgruppe, den deutschen Sparkassen, einen überregionalen Konsumentencredit an, in dem das Ratenkreditgeschäft gebündelt und über die Landesbank Berlin als zentralem Dienstleister abgewickelt wird. Das bedeutet: Der Kreditkunde bleibt weiterhin Kunde seiner Sparkasse vor Ort, die den Fokus allein auf den Vertrieb legen kann. Die Landesbank Berlin übernimmt das Risiko – somit muss die Sparkasse den Kredit nicht mehr mit Eigenkapital unterlegen, was ihren finanziellen Spielraum erweitert.

Flexible Anlagestrategien

Heutzutage haben die Kunden ein höheres Sicherheits- und Informationsbedürfnis. Sie sehen bei Vermögensanlagen genauer hin und möchten einfache Anlageformen mit möglichst großer Kostentransparenz. Die Landesbank Berlin hat sich auf diese Anforderungen eingestellt und unterstützt die Kunden bei der Auswahl des für sie richtigen Investments. Dafür steht beispielsweise im Kapitalmarktgeschäft eine breite Palette an Zertifikaten mit unterschiedlichen Risikoprofilen und Anlagekonzepten zur Verfügung. Besonders gefragt sind dabei aktuell Garantie-Zertifikate, geben sie den Anlegern doch die Möglichkeit, schon mit kleineren Summen wirksame Methoden zum Werterhalt zu nutzen. →



// Mit der Landesbank Berlin verbindet Sruel Prajs, Immobilienunternehmer aus Berlin, eine langjährige Geschäftspartnerschaft. Ein aktuelles Projekt ist die Finanzierung eines Hotelneubaus in der Dresdener Innenstadt.

Mit neuem Fonds am Markt

Unternehmensanleihen sind aufgrund ihrer steigenden Renditeentwicklung als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise ein interessantes Investment. Für die Entwicklung eines neuen Produkts hat die LBB-INVEST den renommierten Experten für Unternehmensanleihen Johannes Führ unter Vertrag genommen. Anfang April kam der Fonds Führ-Corporate Bond-LBB-INVEST auf den Markt. Er zeichnet sich durch ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aus und ist defensiv ausgerichtet. Der Fokus liegt auf Qualität und Liquidität: Die Anlage erfolgt überwiegend in Anleihen mit einem Emissionsvolumen von mindestens 750 Mio. €, deren Emittenten ein Rating im Bereich „Investment Grade“ besitzen.

Zufriedene Immobilienkunden

Im Kundeninteresse zu handeln, ist stets das Ziel der Landesbank Berlin. Um die speziellen Wünsche der Immobilienkunden herauszufinden, wurde eine umfangreiche Befragung durchgeführt. Schließlich lassen sich nur so der tatsächliche Bedarf und eventuelle Optimierungspotenziale erkennen. Das Ergebnis: 91 % der Kunden sind mit dem Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung zufrieden. Vor allem die Kundenbetreuer schnitten hervorragend ab: Für 95 % der Befragten sind sie ein kompetenter Partner mit guter Immobilienexpertise. Sogar 98 % würden ein weiteres Objekt mit der Landesbank Berlin finanzieren.

20 Jahre ADAC-Kooperation

2009 war das Jubiläumsjahr einer besonderen Partnerschaft. Bereits seit 1989 besteht die Kooperation mit dem ADAC. Für die ADAC-Kreditkarten erbringt die Landesbank Berlin Finanzdienstleistungen wie die Betreuung der ADAC-Kreditkartenkunden und die Abwicklung ihrer getätigten Umsätze. Eine Zusammenarbeit mit Tradition, die dabei aber immer in Bewegung bleibt.

Erfolgreich in die Selbstständigkeit

Kann die Krise ein Motor für Existenzgründungen sein? Die Antwort lautet ganz klar: ja. Verschiedene Institutionen – so auch die Landesbank Berlin – verzeichneten für 2009 einen Anstieg der Unternehmensgründungen im Vergleich

zum Vorjahr. Gründe wie fehlende Perspektiven im Angestelltenverhältnis oder Arbeitslosigkeit lassen mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen.

Wer am Anfang seiner Unternehmerkarriere steht, ist auf kompetente Unterstützung angewiesen. Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse bieten im KompetenzCenter „Gründungen und Unternehmensnachfolge“ bereits seit 2000 ihre Expertise rund um die Selbstständigkeit an. Mehr als 1.700 Gründer haben die Mitarbeiter seither begleitet. Damit ist die Berliner Sparkasse auf diesem Sektor führend in der Hauptstadt.

Neben der individuellen Abstimmung des Gründungsdarlehens auf die jeweiligen Anforderungen werden auch öffentliche Fördermittel einbezogen. Denn sicher ist: Eine gute Planung schafft die besten Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg.

Großes Engagement für große Projekte

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) ist das derzeit größte Infrastrukturprojekt Europas und für die Regionalwirtschaft von großer Bedeutung. Die Landesbank Berlin engagiert sich mit 150 Mio. € und stellt zusätzlich als Fronting-Bank für das Baugeschäft notwendige Avale. Der Vertragsabschluss zur Langfristfinanzierung Mitte 2009 hat das Zukunftsprojekt BBI als Wachstumsmotor für die Region erst möglich gemacht.

NACHGEFRAGT

„Unsere Vergabekriterien sind unverändert.“

Die Kreditklemme in Deutschland – gibt es sie wirklich? Die Klagen von Politik und Wirtschaft legen es nahe. Ist die Hürde für Unternehmen, einen Kredit zu bekommen, höher geworden? Michael Jänichen, Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin, nimmt Stellung.

Herr Jänichen, einige Unternehmen berichten, dass die Banken sie bei Finanzierungsanfragen derzeit im Regen stehen lassen. Trifft das auch für die Landesbank Berlin zu?

„Im Gegenteil. Ein enges Vertrauensverhältnis zeichnet eine solide Bank-Kunde-Beziehung besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus. Unser Dienstleistungsverständnis spiegelt sich auch in der intensiven Förderung des Gründungsgeschehens wider. Im Jahr 2009 haben wir allein für das Gründungsgeschäft 35,8 Mio. € neue Kredite bewilligt nach 31,5 Mio. € im Vorjahr. Die Zahl der Bewilligungen stieg von 305 auf 339. Wir haben keine Verknappung der Kredite oder gar einen Rückzug der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse aus dem Kreditgeschäft.“

Hat Ihre Bank die Vergabekriterien in den letzten Monaten verschärft?

„Nein. Unsere Vergabekriterien sind seit Jahren unverändert geblieben. Wir haben sehr früh damit begonnen, nach den Basel II-Vorgaben zu arbeiten, und fahren gerade unter den verschärften Bedingungen der Finanzkrise sehr gut damit. Nach wie vor

vergeben wir Kredite nur, wenn sie auch betriebswirtschaftlich tragfähig sind. Alles andere wäre unverantwortlich. Letztlich haben wir die Pflicht, die Bank wie auch unsere Kunden vor Verlusten zu schützen.“

Die Kreditentscheidung treffen Sie auf Basis eines Ratings, das manche Kunden nicht durchschauen und von dem sich viele ungerecht bewertet fühlen.

„Ich kenne die Vorbehalte – glaube aber, sie resultieren zumeist aus Unkenntnis. Deshalb haben wir die offene Rating-Kommunikation in diesem Jahr bewusst forciert und zur Gesprächsgrundlage für die Kundenberatung gemacht. Das Rating kombiniert Bilanzdaten, qualitative Kriterien und spezifische Unternehmensmerkmale und leitet daraus belastbare Aussagen über die tatsächliche Finanzkraft des Unternehmens ab. Solides Wirtschaften und eine klare betriebswirtschaftliche Ausrichtung beeinflussen das Rating positiv. Und zwar unabhängig von den Aussichten für die Branche insgesamt. Gute Kunden werden auch in einer schlechten Branche als solche erkannt und umgekehrt.“

Erste Hilfe für Kliniken

Viele Krankenhaus-Betreiber haben gleich mit mehreren Schwierigkeiten zu kämpfen: milliardenschwerer Investitionsstau, steigende Belastungen durch die gesetzlichen Reformen der vergangenen Jahre und Krankenkassen, die Forderungen immer später begleichen. Mit der so genannten Forfaitierung ermöglicht die Landesbank Berlin als erste Bank in Deutschland Krankenhäusern

die Sofort-Finanzierung ihrer offenen Rechnungen.

Damit sind die Kliniken sofort liquide und müssen nicht warten, bis die Krankenkassen die Rechnungsbeträge überweisen. Zudem hat die Forfaitierung positive Auswirkungen auf die Bilanz. So sieht maßgeschneiderte Problemlösung aus. ■

Multizins-Invest

Fondsmanager: **Lutz Röhmeier**

für den **1. Platz**

**Rentenfonds (europäische Währungen)
im Zeitraum 5 Jahre**

Bei der Auswertung der Euro-Fondsstatistik
erreichte der Fonds diese Platzierung im Vergleich mit

der Kategorie Rentenfonds (europäische Währungen)



Dachfunds Gemischt Global

3. Platz

konservativ, 3 Jahre

**Stratego Grund
LBB-Invest**

Prädikat: qualitativ hochwertig

Allen Kunden bestmögliche Informationen, Produkte und Beratung zu bieten, erfordert vor allem eins: Qualität auf höchstem Niveau. Deshalb ist ein nachhaltiges Qualitätsmanagement im Selbstverständnis der Landesbank Berlin fest verankert und ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Damit das auch so bleibt, betreibt die Landesbank Berlin die Optimierung ihrer Serviceleistungen als kontinuierlichen Prozess.



// Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Kapitalmarktgeschäft Service im Dienstleistungszentrum der Bank haben es schriftlich: Ihr Management-System erfüllt einen weltweit anerkannten Qualitäts-Standard.

Als erstes Kreditinstitut erhielt die Berliner Sparkasse das Qualitätssiegel des TÜVs Rheinland für ihr gesamtes Gewerbekundensegment. Die unabhängigen Prüfer hatten die Service- und Beratungsqualität der Vertriebswege BusinessLine und FirmenkundenCenter vor drei Jahren erstmals zertifiziert und jetzt erneut bestätigt. „Ein hervorragendes Ergebnis, das die geschlossene Leistung aller Kundenberater und Servicemitarbeiter widerspiegelt“, sagt Damir Premuzak, Leiter der Direktion Business- und ServiceLine.

Ein Urteil, das auch die Kunden teilen: Laut Befragung bestätigen sie eine ausgeprägte Zufriedenheit sowie hohe Weiterempfehlungsbereitschaft und bescheinigen der Berliner Sparkasse Zuverlässigkeit und Kompetenz.

Geprüft und für empfehlenswert befunden

Ähnlich positiv lautet das Testergebnis der Studie „Beste Riester-Rente 2009“ des Deutschen Instituts für Service-Qualität. Im Auftrag von n-tv hatte es die Beratungsqualität von 30 Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen unter die Lupe genommen. Basis für die Untersuchung waren eine detaillierte Produktanalyse der angebotenen

Produkte sowie eine umfassende Serviceanalyse mit über 750 Kontakten. Neben der Beratung vor Ort, am Telefon und per E-Mail floss auch die Nutzerfreundlichkeit der Internetseite in die Bewertung ein. Die Berliner Sparkasse konnte durchweg überzeugen: Bei der persönlichen Beratung erzielte sie das beste Ergebnis aller analysierten Unternehmen und bot eine „ausgezeichnete und mit Abstand beste Bedarfsanalyse“. Rang zwei gab es für die Disziplinen Lösungskompetenz und Qualität des Umfelds, Rang fünf für die Produkttransparenz.

Eine weitere erfreuliche Bewertung bekam die Landesbank Berlin für eine Innovation im Kapitalmarktgeschäft. Ihr „Daheim-Programm“ – ein Produkt, mit dem Sparkassen Refinanzierungskosten senken oder Zusatzerträge erzielen können – erhielt von der Ratingagentur Moody's die Bestnote „Aaa“. Das Programm nutzt die grundpfandlich besicherten Kundendarlehen der Sparkassen als Deckung für eine von der Landesbank Berlin emittierte besicherte Anleihe, die Darlehen bleiben aber – ebenso wie die dazugehörigen Grundpfandrechte – in der Verfügungsgewalt der jeweiligen Sparkasse. Besteht kein Refinanzierungsbedarf, kann die Sparkasse der Landesbank Berlin gegen eine Gebühr Deckung „leihen“ und damit einen Zusatzertrag generieren. So profitieren die Sparkassen bei überschaubarem Aufwand von den Vorteilen gedeckter Finanzierung – ein Gewinn für alle Seiten.

Erste Teilnahme am SQM-Monitoring

Nur wer sich selbst kritisch hinterfragt, kann kontinuierlich besser werden. Mit dem Ziel, eine betriebsübergreifende Übersicht wesentlicher Indikatoren der Steuerung, Managementansätze und Instrumente zu erhalten, nahm die Landesbank Berlin 2009 erstmals am Sparkassen-Qualitätsmanagement-Monitoring, kurz SQM-Monitoring, teil. Organisiert und koordiniert wird der Vergleich deutscher Sparkassenorganisationen

von der Deutschen Sparkassenakademie. Die Kennzahlen orientieren sich dabei an vier Kategorien: „Finanzen“, „Kunden“, „Prozesse“ sowie „Mitarbeiter, Innovation und Lernen“. Nach Abschluss des Monitorings konnte die Landesbank Berlin wertvolle Erkenntnisse aus den Ergebnissen gewinnen. Während sich die globale Kundenzufriedenheit, Durchlaufzeiten in der privaten Baufinanzierung und die globale Mitarbeiterzufriedenheit als klare Stärken herauskristallisierten, ließ sich auch Verbesserungspotenzial identifizieren, etwa bei der Beschwerde-Wechsler-Quote oder der Teilnahme der Mitarbeiter am Ideenmanagement.

Zertifizierte Qualität im Kapitalmarktgeschäft

Servicequalität ist bei der Akquisition neuer Kunden eines der wichtigsten Kriterien überhaupt. Die BankenService GmbH bekam ihr hohes Qualitätsniveau von unabhängiger Stelle bestätigt: Das gesamte Management-System mit allen Prozessen und Dienstleistungen ist zertifiziert. Damit erfüllt die BankenService GmbH als einer der ersten Back-Office-Dienstleister für Sparkassen und Banken diesen weltweit anerkannten Qualitätsstandard der ISO Norm 9001. →

Die Einführung des zertifizierten Qualitätsmanagement-Systems erfolgte in mehreren Stufen. Ganz im Sinne eines Best-Practice-Ansatzes wurden die Ergebnisse vom Zahlungsverkehr für die Optimierung der Geschäftsprozesse im gesamten BankenService genutzt und so konzernweite Standards geschaffen. „Unser Ziel ist es, die Back-Office-Funktionen optimal für die kommenden Herausforderungen aufzustellen“, sagt beispielsweise Michael Langner, der bei der

BankenService GmbH für den Betriebsbereich Kapitalmarktgeschäft Service verantwortlich ist. Dazu gehören auch, Prozesse und Strukturen regelmäßig kritisch zu prüfen und bei Bedarf anzupassen. „Die Qualität unserer Dienstleistungen und ein ausgeprägtes Serviceverständnis sind ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Unser Qualitätsmanagement-System ist der wesentliche Schlüssel dazu.“

Anerkannte Risikobetreuung

Auf den Prüfstand der Auditoren kam auch das Qualitätsmanagement-System des Bereichs Risikobetreuung der Landesbank Berlin. Mitarbeiter und Führungskräfte stellten in Interviews unter Beweis, dass ihre Prozesse nicht nur gut dokumentiert, sondern auch gelebt und gesteuert werden. Danach stand fest: Alle Befragten haben eine hohe Motivation für den Qualitätsprozess und eine außerordentliche Bereit-



// Christoph Westerbarkey gehört mit der DELIGHT RENTAL SERVICES GmbH zu den Gründern, die die Sparkasse finanziert hat. Bei ihm mieten professionelle Fotografen hochwertiges Equipment. Heute arbeiten bereits mehr als 20 feste und freie Mitarbeiter für ihn.

schaft, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen. Für Ute Elsholz, Qualitätsmanagement-Beauftragte des Bereichs, sind diese Eigenschaften das Herz eines funktionierenden Qualitätsmanagements. Mit dem zertifizierten System haben die Risikobetreuer nun nicht nur eine international anerkannte Bestätigung in der Hand, sondern auch ein Steuerungsinstrument, um Fehlerpotenziale frühzeitig zu erkennen. Perspektivisch werden alle Bereiche der Marktfolge über ein Qualitätsmanagement-System verfügen, das der ISO Norm 9001 entspricht.

Erfolgsfaktor Datenmanagement

In allen Bereichen des Bankgeschäfts werden verlässliche Daten benötigt. Die Anforderungen an die Datenqualität sind daher hoch und werden in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Denn selbst die besten Systeme liefern keine korrekten Informationen, wenn die Daten, mit denen sie arbeiten, Mängel aufweisen. Im schlimmsten Fall kann dies sogar erhebliche finanzielle Konsequenzen haben und zu Imageverlusten führen. Daher befasst sich bei der Landesbank Berlin eine eigene Abteilung mit dem Thema Datenqualitätsmanagement. Die Mitarbeiter um Stefan Tulkop spüren mögliche Schwachstellen und Probleme auf, bewerten sie hinsichtlich ihrer Risiken und steuern die Fehlerbehebung. Hierfür wurden Vorgaben und Instrumente zur Durchführung des Datenqualitätsmanagements entwickelt – im Sinne einer bestmöglichen Nutzung von Daten als Ressource für alle Unternehmensbereiche. ■

IM BLICKPUNKT

Ausgezeichneter Service

Auch bei diesen Vergleichstests konnte sich die Berliner Sparkasse über Top-Platzierungen freuen:

Anlageberatung:

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Service-Qualität im Auftrag von n-tv bietet die Berliner Sparkasse bundesweit die beste Beratung für Geldanlagen. Besonders hervorgehoben wurden dabei die Leistungen in den Disziplinen Bedarfsanalyse und Kommunikationsqualität.

Sparkasse in Berlin den dritten Platz. Ausschlaggebend für den Erfolg waren neben der hohen Beratungsqualität auch die kundenfreundlichen Öffnungszeiten und das flächendeckende Filialnetz.

Telefon Banking-Systeme:

Das SprachPortal der Berliner Sparkasse wurde beim VOICE Award in der Kategorie „Bestes Telefon Banking-Portal“ unter die besten drei gewählt. Erst Ende 2008 war das System noch komfortabler gestaltet und mit mehr Funktionen ausgestattet worden. Bis zu monatlich 60.000 Kunden nutzen es bereits.

Altersvorsorge:

Bei der Studie „Beste Altersvorsorge 2008“ vom Deutschen Institut für Service-Qualität ließ die Berliner Sparkasse in der Kategorie „Persönliche Beratung“ mit 83,7 von 100 möglichen Punkten alle 14 Mitbewerber hinter sich. Zudem war sie die einzige Bank mit der Note „sehr gut“ für die Qualität ihrer Bedarfsanalyse. Mit der als „gut“ bewerteten Serviceleistung konnte sich die Berliner Sparkasse insgesamt bundesweit den dritten Platz sichern.

Internetauftritt:

Der Online-Auftritt der Berliner Sparkasse gehörte beim ibi Website Rating bereits zum vierten Mal in Folge zu den besten zehn von 150 untersuchten Kreditinstituten. Anhand von 230 Kriterien wurden im Test insbesondere Beratungsqualität, Kundenorientierung und Benutzerfreundlichkeit bewertet.

Regionalbanken:

Nach einer Untersuchung des Magazins Focus Money unter 33 Kreditinstituten in deutschen Großstädten belegt die Berliner

Berlin liegt uns am Herzen

Seit beinahe 200 Jahren steht die Berliner Sparkasse für Kompetenz, Sicherheit, Fairness, Vertrauen – und Nähe. Die spiegelt sich zum Beispiel in dem flächendeckenden Filialnetz wider, das es jedem Berliner einfach macht, das umfangreiche Serviceangebot persönlich in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus werden die Landesbank Berlin und die Berliner Sparkasse auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Hauptstadt gerecht. Im Rahmen zahlreicher Projekte zeigen beide Häuser Engagement und regionale Verbundenheit in Bildung und Erziehung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Kunst und Kultur.



Langfristige Qualitätssicherung im eigenen Hause fängt bei der Nachwuchsförderung an.

Die Landesbank Berlin gehört zu den größten Arbeitgebern und Ausbildern der Region. 241 angehende Bankkaufleute und 31 Studierende der Berufsakademie waren zum Jahresende 2009 in der Ausbildung.

Durch die hohe Bereitschaft, junge Leute beim Karrierestart zu begleiten, wird die Landesbank Berlin ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht und sichert zudem eine ausgewogene und zukunftsfähige Mitarbeiterstruktur.

Mitarbeiter gezielt fördern

Um die Marktführerschaft in Berlin konstant zu halten, fördert die Berliner Sparkasse die regelmäßige Qualifizierung ihrer Mitarbeiter. Ziel ist es, unternehmensintern ein lernfreundliches Klima zu schaffen, in dem Weiterbildung Spaß macht und honoriert wird. Am besten

gelingt dies durch attraktive Qualifizierungsangebote bei intensiver Begleitung und Unterstützung.

Zwei Maßnahmen wurden im Jahr 2008 eingeführt: Mit dem „S-PowerCheck“ steht den Beratern ein praxisorientiertes und onlinebasiertes Selbstlernprogramm zur Verfügung. Damit lässt sich zum einen das Fachwissen strukturiert auffrischen oder vertiefen, zum anderen bekommen die Teilnehmer durch virtuelle Kundengespräche eine fundierte Leistungseinschätzung, anhand derer sie ihre Stärken gezielt ausbauen können.

Das Programm „Vertriebskarriere“ spricht Vertriebsmitarbeiter an, die das nächsthöhere Beratungssegment anstreben. In individuellen Trainings bekommen sie das nötige Know-how und werden durch Schulungen in der Gesprächsführung auf die erforderlichen Beratungssituationen vorbereitet.

Da Fachwissen viel, aber längst nicht alles ist, legt die Berliner Sparkasse zudem großen Wert auf die ausführliche begleitende Einarbeitung in die jeweils neuen Aufgaben.

Partner der Berliner Schulen

Nachwuchsförderung ist der Landesbank Berlin auch unabhängig von ihrem eigenen Ausbildungsprogramm eine Herzensangelegenheit. Mit der Bildungsinitiative CidS! (Computer in die Schulen) treibt sie die Internetnutzung und damit den Leistungsstandard an Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen voran. Dazu gehören Maßnahmen wie kostenfreie Internetpräsenz für Schulen mit E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte und Schüler sowie technischer Support.

Im Rahmen des SchulService unterstützt die Berliner Sparkasse alle Schultypen und Jahrgangsstufen mit umfangreichen Unterrichtsmaterialien zu The-



Ausbildung ist uns wichtig: Das Traineeprogramm für Hochschulabsolventen der Landesbank Berlin ist vorteilhaft für beide Seiten: Die Bank bietet einen modernen, entwicklungsorientierten Arbeitsplatz, die Absolventen neue Ideen und innovative Herangehensweisen. Zum Jahresende 2009 waren es in der Landesbank 39 Trainees, die sich „on the job“ für ihre künftigen Aufgaben qualifizierten. Vorträge aus verschiedenen Bereichen der Bank – hier im Veranstaltungshaus am Wannsee – gehören zum Programm (Abb. 1). Gemeinsam arbeiten, gemeinsam feiern: Trainees beim Sommerfest im Veranstaltungshaus am Wannsee (Abb. 2). 20 Jahre Mauerfall: Azubis der Berlin Hyp und der Berliner Sparkasse gestalteten einige der Dominosteine, die den Verlauf der Berliner Mauer zwischen Reichstag und Potsdamer Platz nachzeichneten und bei der Gedenkfeier zu Fall gebracht wurden (Abb. 3).



// Die Bäckermann Backwaren und Feinkost GmbH backt nach alter schwäbischer Tradition mit natürlichen Rohstoffen. Mit Hilfe der Berliner Sparkasse eröffnete Herbert Heinig eine weitere Bäckerei. Hier können die Kunden direkt beim Backen zusehen.

men rund ums Geld, aber auch zur Verkehrserziehung oder Wirtschafts- und Sozialpolitik. Den frühen und spielerischen Einstieg in das Thema Wirtschaft fördert sie mit dem „Planspiel Börse“. An dem bundesweiten Wettbewerb für Schüler und Auszubildende beteiligten sich 2009 europaweit etwa 45.000 Teilnehmergruppen, 420 davon aus Berlin. Und auch beim bundesweiten Existenzgründer-Planspiel „Deutscher Gründerpreis für Schüler“ arbeitet das Unternehmen eng mit den Berliner Schulen zusammen.

Noch praxisnäher gestaltet sich das Engagement im Rahmen der Initiative „Schule – Betrieb“ der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Mitarbeiter

der Sparkasse Berlin bringen ihr Know-how im Unterricht und in Projekten ein. Außerdem können die Schüler Bewerbungstrainings nutzen und erhalten Hilfe bei der Suche nach Praktikumsplätzen.

2008 vereinbarte die Landesbank Berlin eine Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht. Die Studierenden des Bachelor-Studiengangs Unternehmensnachfolge und -gründung haben dabei Gelegenheit, auf Veranstaltungen Kontakte zu Existenzgründern und Vertretern von Unternehmen mit Nachfolgebedarf zu knüpfen. In Gastvorträgen vermitteln Dozenten der Landesbank Berlin darüber hinaus praktisches Wissen.

Starthilfe für Innovationen

Gute Ideen mit Zukunft und Potenzial sind bei der Landesbank Berlin und der Berliner Sparkasse immer willkommen. Deshalb sponsern sie die klugen Köpfe, die dahinterstecken, gleich bei zwei Wettbewerben als Premiumpartner. Der Innovationspreis Berlin-Brandenburg würdigt seit 25 Jahren innovative Entwicklungen, Geschäftsideen oder Erfolg versprechende Produkte aus der Region. Beim Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg geht es um mehr als die reine Auszeichnung des besten Beitrags. Unternehmensgründer können hier an Seminaren und Expertentrainings teilnehmen oder Netzwerke mit anderen Gründern, möglichen Partnern und Kunden aufbauen. →

So bietet die größte regionale Gründungsinitiative in Deutschland wertvolle Unterstützung bei der Planung und Umsetzung zukunftssträchtiger Geschäftskonzepte.

Helfen, damit anderen geholfen wird

Die Berliner Sparkassenstiftung Medizin hat die Berliner Sparkasse vor über zehn Jahren mit dem Ziel gegründet, die Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer medizinischer Verfahren voranzutreiben. Schwerpunkt der Stiftungsarbeit ist die Förderung der Grund-

lagenforschung in verschiedenen medizinischen Bereichen, wie Rheumatologie oder die Erforschung und Behandlung von Großstadterkrankungen im Raum Berlin. Zum anderen konzentriert sie sich auf neuartige Verfahren und Hilfsmittel für die praktische Anwendung bei der klinischen Krankenversorgung. ■

IM BLICKPUNKT



STIFTUNG BRANDENBURGER TOR

Wie bringt man Engagement in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur sowie Wissenschaft und Forschung zusammen? Die Landesbank Berlin hat zu diesem Zweck Ende 1997 die gemeinnützige Stiftung *Brandenburger Tor* ins Leben gerufen. Dreh- und Angelpunkt aller Aktivitäten ist das Max Liebermann Haus am historisch bedeutsamen Pariser Platz.

Ausstellungen, Workshops, Schulprojekte sowie die „Torgespräche“ als Diskussionsplattform für Themen aus Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – seit über zehn Jahren bereichert die Stiftung die Hauptstadt als Ort des Dialogs und Begegnungsstätte für Künstler, Wissenschaftler und natürlich alle interessierten Berliner Bürger. Die erfreuliche Bilanz: Über 350.000 Besucher haben bisher an Veranstaltungen unterschiedlichster Art teilgenommen.

Das Jubiläum „20 Jahre Mauerfall“ würdigte die Stiftung *Brandenburger Tor* im Jahr 2009 mit der Ausstellung „Szenen und Spuren eines Falls – Die Berliner Mauer im Fokus der Fotografen“. Mit knapp 140 Arbeiten von 21 renommierten Fotografen wurde diese Zeitwende individuell und gleichzeitig repräsentativ erzählt.

**Werkstatt im Rahmen
des Programms „Schulen
übernehmen Verantwortung“
im Kaminzimmer
des Liebermann Hauses.**



**Ein Werk des Fotografen
Wolfgang Bellwinkel,
Asiatische Touristen vor den
Resten der Mauer am Branden-
burger Tor, Berlin, 1989
© Wolfgang Bellwinkel/laif.**



Die Zukunft im Blick.

Jeder zweite Berliner ist bereits unser Kunde. Zudem haben wir viele anspruchsvolle institutionelle Kunden, insbesondere deutsche Sparkassen und Kapitalanlagegesellschaften. Mit überzeugenden Leistungen möchten wir noch für viele weitere die Bank erster Wahl werden. Denn wir haben eine Menge zu bieten, unsere bestehenden Kunden wissen das zu schätzen. Wir verstehen uns als Dienstleister in allen Finanzfragen, der in jeder Situation die richtige Antwort kennt. Das macht uns zum zuverlässigen Begleiter, auch wenn es teils schwierige Rahmenbedingungen zu meistern gilt. Gerade dann sind neben schneller Problemlösungskompetenz auch Weitblick und Flexibilität gefragt. Das persönliche Gespräch ist dabei durch nichts zu ersetzen – und genau hier liegt unsere Stärke. Für die Zukunft sind wir bestens gerüstet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Gerade in einem Geschäftsjahr wie 2009 mit besonders herausfordernden Rahmenbedingungen wurden die bewährten systematischen Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung konsequent fortgeführt: Hierzu zählen zum einen die Programme zur Vorbereitung auf eine erste Führungsaufgabe und auf weitergehende Führungsaufgaben und zum anderen das Fachkräfteprogramm für engagierte und leistungsstarke Fachspezialisten. Darüber hinaus wurden zwei neue Programme gestartet: die Vertriebskarriere und ein Qualifizierungsprogramm für Teamkoordinatoren. Maßnahmen zur fachlichen und vertrieblichen Qualifizierung sowie neue Selbstlernprogramme mit Wissenscheck für den Vertrieb bildeten weitere Schwerpunkte der Qualifizierungsaktivitäten.

Im Rahmen des diesjährigen Führungs-Feedbacks konnten die Führungskräfte Anregungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur weiteren Verbesserung ihres Führungsverhaltens und zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Team mitnehmen.

Auf gewohnt hohem Niveau wurden Nachwuchskräfte für die Erstausbildung zur Bankkauffrau beziehungsweise zum Bankkaufmann und im Rahmen des dualen Studiums zum Bachelor of Arts (Fachrichtung Bank) sowie zum Bachelor of Science (Fachrichtung IT) ausgebildet. Hochschulabsolventen wurden im Rahmen von hausinternen Traineeprogrammen auf die Übernahme anspruchsvoller Tätigkeiten im Haus vorbereitet. Die Übernahme unserer erfolgreichen Nachwuchskräfte stellt einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Bank dar.

Darüber hinaus fördert die LBB Maßnahmen, die die Beschäftigungsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft des Unternehmens und der Belegschaft frühzeitig unterstützen. Entsprechend erhält jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter eine angemessene Möglichkeit, sich persönlich mit der eigenen Beschäftigungsfähigkeit auseinanderzusetzen. Neben allgemeinen Informationen stehen auch spezielle Angebote und Beratung zur Verfügung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor und in Veränderungssituationen individuelle Unterstützung und Begleitung geben.

Durch den Abschluss einer Betriebsvereinbarung zum Personaleinsatz- und Beschäftigungsmanagement sowie der Implementierung des Zentralen PersonalService zur Ermöglichung und zum Ausbau von beruflichen Perspektiven für Beschäftigte in Veränderungsprozessen bekennen sich Bank und Arbeitnehmervertretungen aktiv zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

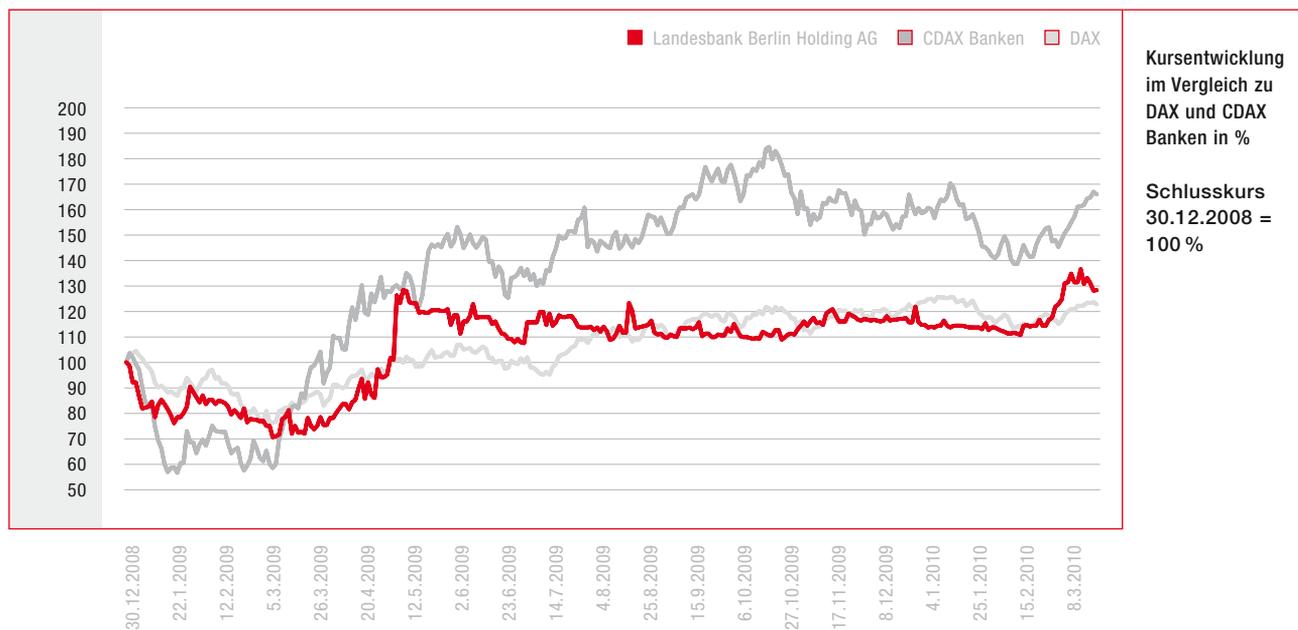
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

Die Entwicklung des Aktienkurses der Landesbank Berlin Holding AG 2009 spiegelt ein weiteres für die Bankenbranche und die gesamte Wirtschaft anspruchsvolles Jahr wider.

Im ersten Halbjahr 2009 konnte sich der Kurs noch gut behaupten und im Mai sogar deutlich erholen. In der zweiten Jahreshälfte konnte unsere Aktie allerdings nicht an die signifikante Aufwärtsbewegung

des Vergleichsindex CDAX Banken anschließen und notierte im weiteren Verlauf auch unterhalb des DAX. Zum Ende des Jahres 2009 lag der Aktienkurs der Landesbank Berlin Holding AG bei 3,33 € und damit leicht über dem Niveau des Jahresanfangs (2,89 €).

Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.



Angesichts des gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnisses der Landesbank Berlin Holding AG werden Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 15. Juni 2010 vorschlagen, an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 0,14 € pro Aktie auszuschütten. Aus dem Gewinn wurden im Rahmen der Aufstellung 11,5 Mio. € in die gesetzliche Rücklage und 89,5 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Konzernlagebericht

Der Konzern im Überblick	42
Organisatorische und rechtliche Struktur	42
Vorstand und Ressortverteilung	44
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	44
Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat	45
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	51
Allgemeiner Verlauf im Überblick	54
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	54
Aktivitäten der Geschäftsfelder und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung	54
Weitere Maßnahmen	59
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009	60
Ertragslage	61
Vermögenslage	69
Finanzlage	72
Auswirkungen der Konsolidierung	72
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009	73
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	73
Risikobericht	74
Rahmenbedingungen	74
Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling	75
Gesamt-Risikosteuerung	75
Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns	76
Adressenausfallrisiken	80
Auslandsvolumen	86
Liquiditätsrisiken	90
Marktpreisrisiken	95
Verbriefungstransaktionen	99
Immobilienrisiken	100
Operationelle Risiken	100
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	106
Sonstige Risiken	107
Prognosebericht / Ausblick	108
Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	108
Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder	109
Soll / Ist-Vergleich	112
Schätzverfahren / Mittelfristplanung	112
Zusammenfassung / Gesamtaussage	112

Der Konzern im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) stellt sich zum 31. Dezember 2009 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Die mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008/1. Januar 2009 erfolgte Übertragung der LBB-INVEST von der Landesbank Berlin auf die Holding wurde über ein Bankdarlehen am externen Markt refinanziert. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,03 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft

der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,66 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.

- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der BankenService GmbH (BankenService), an der netbank AG (netbank) und an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp). Im November 2009 erhöhte die Berlin Hyp ihr Grundkapital um 84,9 Mio. € auf 658,3 Mio. €. Durch die Partizipation der Landesbank Berlin AG an der Kapitalerhöhung stieg deren Anteilsquote an der Berlin Hyp von 90,38 % auf 91,58 %. Die Landesbank Berlin unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 6.009 am 31. Dezember 2009 leicht über dem Vorjahreswert von 5.999. Der Frauenanteil lag bei 62,5 % der Gesamtbelegschaft und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 1,9 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,2 % sehr gering und gegenüber den jeweiligen Vorjahreswerten weiter rückläufig.

Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Vorbereitung einer ersten Führungsaufgabe und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten wurden fortgeführt. Darüber hinaus startete die Landesbank Berlin mit der Vertriebskarriere und dem Programm für Teamkoordinatoren zwei neue Qualifizierungsaktivitäten.

Der Konzern im Überblick

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding setzte sich zum 31. Dezember 2009 aus den Herren Dr. Johannes Evers und Dr. Thomas Veit zusammen.

Mit Ablauf des 10. Juni 2009 war Herr Hans-Jörg Vetter aus dem Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG bestellte Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in den Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und ernannte ihn

zum selben Termin zum Vorsitzenden des Vorstands. Auch der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 zum Vorsitzenden des Vorstands der Gesellschaft ernannt.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2009 wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers

(Vorsitzender)
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Private Kunden
Unternehmensentwicklung und Recht
Revision

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie
Personal

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Firmenkunden

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG
Risiko und Controlling
Compliance
Kreditgeschäft
Risikobetreuung
BankenService GmbH

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite www.lbb-holding.de veröffentlicht.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands entspricht sowohl den Anforderungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Rundschreibens 22/2009 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 21. Dezember 2009 (BaFin-Rundschreiben). Die Risikoanalyse im Rahmen einer Selbsteinschätzung der Holding und der LBB zur Anwendbarkeit der „Besonderen Anforderungen“ des Abschnitts 4 des BaFin-Rundschreibens ergab, dass unter Berücksichtigung der für den Betrieb der LBB wesentlichen Risiken in ihren vier Geschäftsfeldern die Anwendung des besonderen Teils des Rundschreibens auf die LBB und die Holding erforderlich ist.

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor. Dabei wird die Gesamtvergütung insbesondere unter Berücksichtigung eines Vergleichs festgesetzt, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht. Weitere Kriterien für die Bemessung der festen Vergütung sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstands, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach den dargestellten Kriterien sowie nach der nachhaltigen Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Holding und der LBB ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Holding hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung zum 1. Juli 2009 in den Vorstand berufen und ihn ebenso wie der Aufsichtsrat der LBB mit Wirkung ab diesem Tag jeweils zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Dem Vorstand der

Der Konzern im Überblick

Holding gehörten somit zum 31. Dezember 2009 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Dr. Thomas Veit an. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organ-schaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstands-dienstverträge, Versorgungsvereinbarun-gen und vergleichbaren Verträge von Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Dr. Thomas Veit mit der LBB, für die sie über-wiegend tätig sind.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unter-nehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orien-tierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungs-weise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Ent-sprechend wurden im Jahr 2009 von der Holding 128 T€ (Vorjahr: 132 T€) der LBB als Aufwandsersatz erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ist ein Selbstbehalt von min-destens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des 1,5fachen der festen jährlichen Vergütung für die Zeit ab dem 1. Juli 2010 vereinbart worden.

Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D&O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Feste Vergütung

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunab-hängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltsfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhe-gehaltsfähige) Vergütung, die nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausge-zahlt wird. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jewei-ligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die oben genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifiersteigerungen in der Bundesrepublik Deutsch-land herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Variable Vergütung

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätig-keit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichts-ratsplenum nach Vorberatung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst, dabei werden die oben genannten Kriterien herangezogen.

Entsprechend den neuen aktien- und aufsichtsrecht-lichen Anforderungen wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 noch stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung aus-gerichtet und eine mehrjährige Bemessungsgrund-lage haben.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen Vergütung und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die variable Vergütung wird im Anschluss an die Festsetzung zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist – unter Ausblendung von Sondereinflüssen – das Ergebnis der Holding vor Steuern in dem der Festsetzung der jeweiligen Teilrate vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein Ergebnis erreicht, das zu mindestens 100 % dem Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), ist von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns auszugehen, welche die Festsetzung einer Teilrate in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, ent-

scheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe die jeweilige Teilrate ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe einer jeden Teilrate prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken mit einbezogen.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,5 % und der damit verbundenen Marktengpass die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Die Ausgabe von neuen Aktien der LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionär nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding, die nicht liquide handelbar sind, stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Der Konzern im Überblick

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2009 nicht.

Sonstige Vergütungen

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern, der sich durch die private Nutzung des Fahrzeugs ergibt.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

Gesamtvergütung

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung von insgesamt 4.475 T€ bezogen (Vorjahr: 6.861 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte, nicht ruhegehaltsfähige Vergütung in Höhe von 1.844 T€, die im Geschäftsjahr 2010 zur Auszahlung kommt (Vorjahr: 2.092 T€). Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2008 wurde an die Mitglieder des Vorstands entsprechend den dargestellten Kriterien wegen des erheblich gesunkenen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2008 keine variable Vergütung gezahlt (Vorjahr: 2.015 T€). Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2010 dargestellt.

Für die Tätigkeit in Tochtergesellschaften der Holding und der LBB haben die Mitglieder des Vorstands keine zusätzlichen Leistungen, insbesondere weder Sitzungsentgelt noch Aufwandsentschädigungen, erhalten.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Serge Demolière oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehalts bereits im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltsfähigen Festgehalt, der sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist

vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltsfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Serge Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungsanspruch per 31.12.2009 in %	Höchstsatz in %
Herr Demolière	51	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	58	75
Herr Müller	44	70
Herr Dr. Veit	54	60
Herr Vetter	58	58

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend seinem Dienstvertrag unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen ihm und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, hat Herr Dr. Thomas Veit Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Vergütungsbericht 2008 wurde bereits darauf hingewiesen, dass mit Herrn Martin K. Müller im Rahmen seiner Wiederbestellung mit Wirkung ab 1. Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag abgeschlossen wurde, der eine Anpassung des ruhegehaltsfähigen monatlichen Festgehalts mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat. Der Aufsichtsrat hat zudem die Anpassung der ruhegehaltsfähigen monatlichen Festgehälter von

vier weiteren Vorstandsmitgliedern entsprechend den Gehaltssteigerungen im Tarifbereich zum 1. April 2009 beschlossen.

Mit Herrn Hans-Jörg Vetter wurden zu seinem Ausscheiden folgende Vereinbarungen getroffen: Das monatliche ruhegehaltsfähige Festgehalt wurde unverändert bis einschließlich zum 10. Juni 2009 fortgezahlt. Für den Monat Juni erfolgte die Zahlung zeiteiliger. Für das anteilige Geschäftsjahr 2009 erhält Herr Hans-Jörg Vetter die vertraglich vereinbarte jährliche (nicht ruhegehaltsfähige) Vergütung zeiteilig. Über die variable Vergütung für das anteilige Geschäftsjahr 2009 entscheidet das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Abschluss des Geschäftsjahres. Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Gehaltsfortzahlungen nach dem Ausscheiden von Herrn Hans-Jörg Vetter aus dem Dienstverhältnis, nachträgliche Prämien, Abfindungszahlungen oder Ähnliches wurden nicht vereinbart, die Regelungen zum Ruhegehalt blieben unverändert.

Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Johannes Evers wurde bezüglich der Vergütung und des Ruhegehalts auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum 1. Juli 2009 angepasst.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 11.404 T€ (Vorjahr: 13.095 T€). Im Jahr 2009 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen 2.262 T€ (Vorjahr: 1.255 T€) zugeführt.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2009 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 296 T€ (Vorjahr: 344 T€).

Der Konzern im Überblick

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.442 T€ gezahlt (Vorjahr: 8.046 T€). In der Vorjahresangabe sind Nachzahlungen an ein ehemaliges Organmitglied für mehrere Jahre enthalten.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für diese Personengruppe betrug zum Bilanzstichtag 94.206 T€ (Vorjahr: 86.735 T€).

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, der Vorsitzende erhält 15.000,- €, der Stellvertreter 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der Holding am 9. Juni 2009. Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der LBB am 8. Juni 2009. In der jeweiligen Hauptversammlung fanden Neuwahlen statt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats wurden bereits im Mai in beiden Unternehmen gewählt.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

■ Aufsichtsrat Holding:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge in Höhe von 390 T€ zu zahlen (Vorjahr: 389 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat LBB:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 268 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat Holding (Konzern):

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding und in Aufsichtsräten anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für das Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge in Höhe von 634 T€ zu zahlen (Vorjahr: 657 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2009 insgesamt im Volumen von 111 T€ (Vorjahr: 2 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Der Konzern im Überblick

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar 88,03 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt, er besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein müssen und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im Xetra-Handelsystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten dürfen. Zudem darf der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 bis zum 30. September 2009 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über-

beziehungsweise unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Lage spitzte sich zu Beginn des Jahres zunächst weiter zu und erreichte im März 2009 ihren Tiefpunkt. Die deutsche Wirtschaft war vor allem mittelbar betroffen, litt jedoch aufgrund der starken Exportabhängigkeit überdurchschnittlich unter den realwirtschaftlichen Krisenfolgen. Die Industrieproduktion wies zweistellige Schrumpfungsraten auf. Im Verlauf des Frühjahres ließ die starke Verunsicherung der Akteure allmählich nach. Aufgrund der niedrigeren Ausgangswerte wäre eine rasche gesamtwirtschaftliche Erholung vorstellbar gewesen, doch blieb der Wirtschaftsverlauf zunächst schleppend, weil die im Winterhalbjahr gestiegenen Lagerbestände noch abgetragen werden mussten.

Stimulierende Maßnahmen der öffentlichen Hand, zu denen in Deutschland vor allem die großzügige Ausweitung der Kurzarbeit sowie die Einführung der Abwrackprämie gehörten, trugen entscheidend zur Lagestabilisierung bei. Die unkonventionellen Maßnahmen der Notenbanken wurden das ganze Jahr über beibehalten. Trotz üppiger Liquiditätsausstattung blieb die Investitionsneigung aber gedämpft, weil die Risikoprämien zunächst noch hoch waren und ihnen angesichts eines großen Kapazitätsüberhangs keine vergleichbaren Rentabilitätserwartungen gegenüberstanden.

Liquiditätszuweisungen sowie direkte Markteingriffe der Notenbanken sorgten an den Kapitalmärkten für ein wieder freundlicheres Umfeld. Finanzinstitute konnten so Kapitalmaßnahmen vollziehen und größeren Industrieunternehmen gelang es, über Anleiheplatzierungen Mittel aufzunehmen.

Trotz positivem Trend in vielen Frühindikatoren blieb die wirtschaftliche Lage insgesamt noch labil. Für Deutschland sind die internationalen Rahmenbedingungen schwierig, weil sich die USA, die Peripherie der Eurozone und auch große Teile der neuen EU-Länder mitten in einer Konsolidierungsphase befinden.

Berlin ist im Berichtsjahr besser durch die Finanz- und Konjunkturkrise gekommen als die anderen Bundesländer. So sank das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2009 zum Vorjahreszeitraum um lediglich 2,3 % gegenüber 6,8 % im Bundesdurchschnitt. Dabei profitierte Berlin vom vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Gewicht des Dienstleistungssektors, auf den mehr als 80 % der Wertschöpfung entfallen. Hinzu kommt, dass die Berliner Industrie im Vergleich zu anderen Ballungsräumen weniger auf konjunkturanfällige Branchen ausgerichtet ist. Die Krise wirkte sich auf Berlin nicht so stark aus, da die Branchen Pharmazie, Druckerzeugnisse und Nahrungsmittel weniger betroffen waren.

Die Belastungen durch die insgesamt schwache Konjunktur finden in der Risikovorsorge des Konzerns ihren Niederschlag. Gleichzeitig profitierte die Bank insbesondere im Kapitalmarktgeschäft von der anhaltend steilen Zinskurve und dem Rückgang der Risikoaufschläge.

Die erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft sowie ein weiterhin gutes Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung unterstreichen die gute Positionierung der Bank im Marktumfeld.

Aktivitäten der Geschäftsfelder und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt inzwischen eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister im öffentlich-rechtlichen Sektor ein. Die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Sparkassen auf verschiedenen Produktfeldern wird ausgebaut.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen in überwiegend kleineren Umsatzgrößenklassen. Das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion des Konzerns ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie den unterstützenden Corporate Centern betrieben.

Private Kunden

Unter der Marke „Berliner Sparkasse“ betreibt der Konzern in Berlin das Geschäft mit privaten Kunden. Mit Produkten und Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung und die Vorsorge werden alle finanziellen Bedürfnisse der Kunden mit zielgerichteten Lösungen versorgt. Der Konzern ist in Berlin Marktführer im Privatkundengeschäft. Überregional betreibt der Konzern darüber hinaus das Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und das Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Direktbankgeschäft ist der Konzern über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG aktiv.

Die Ertragsentwicklung im Geschäftsfeld Private Kunden war 2009 im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Margenverengung im Einlagengeschäft, die schwächeren Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft und die gestiegene Vorsorge aufgrund der Ausweitung des Kreditgeschäfts. Auch der Wegfall von im Vorjahr enthaltenen Sondereffekten aus dem Börsengang einer Beteiligung wirkte sich ergebnismindernd aus.

Mit Beginn des Jahres 2009 hat das Geschäftsfeld Private Kunden seine neuen Privatgirokontomodelle mit großem Erfolg eingeführt. Mit einer Basisvariante und einem Komfortkonto stehen zwei schlanke und transparente Modelle zur Verfügung. Der Kontenbestand erhöhte sich im Berichtsjahr netto um knapp 27.000. Die Kunden honorieren damit das überzeugende Angebot der Berliner Sparkasse aus flächendeckender Erreichbarkeit, persönlicher Beratung, bedarfsgerechten Produkten und modernen Vertriebskanälen und sind bereit, für dieses Angebot einen fairen Preis zu bezahlen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Im Bereich der Spar- und Geldanlagen waren die Einflüsse der Finanzmarktkrise am deutlichsten spürbar. Für die Privatkunden steht seitdem der Aspekt der Sicherheit an vorderster Stelle bei ihren Anlageentscheidungen. Das Geschäftsfeld Private Kunden profitierte davon durch gestiegene Einlagenbestände (+ 6 %) und beim Absatz von eigenen Schuldverschreibungen. Deutlich schwächer als im Vorjahr entwickelte sich hingegen das Provisionsgeschäft mit Wertpapieren.

Das Kreditgeschäft konnte 2009 weiter ausgebaut und das Volumen der Allzweckkredite um 6,5 % gesteigert werden. Die überregionalen Aktivitäten am Point of Sale wurden dabei unter der Marke „LBB Finanzkauf“ ausgeweitet. Mit dem ADAC wurde im Laufe des Frühjahres eine neue Kooperation zum ADAC-Autokredit gestartet, der durch den Konzern bereitgestellt wird. Die engere Zusammenarbeit in der Sparkassenorganisation hat der Konzern durch die Entwicklung eines Sparkassen-Privatkredits vorangetrieben, den er ab 2010 allen Sparkassen in Kooperation anbietet.

Im überregionalen Kreditkartengeschäft ist der Konzern mit rund 1,95 Mio. Karten zum Jahresende 2009 weiterhin größter Emittent von Kreditkarten in Deutschland. Das Wachstum wird insbesondere von den drei großen Co-Brandings mit dem ADAC, mit Amazon und Air Berlin getragen. Mit Air Berlin wurde Ende 2009 die erste europäische Chip- und PIN-basierte Bankkarte (VPay-Karte) herausgegeben.

Das flächendeckende Vertriebsnetz der Berliner Sparkasse blieb 2009 unverändert. Mit 146 PrivatkundenCentern, 27 VermögensanlageCentern, 3 ImmobilienCentern und einem Private Banking-Standort betont der Konzern weiterhin, dass Nähe

zum Kunden zu den besonderen Werten der Sparkassen im Privatkundengeschäft zählt. Der persönliche Kontakt zu den Kunden durch die Berater vor Ort erwies sich für die Berliner Sparkasse in der Finanzkrise als ein entscheidender Faktor zur Festigung des Kundenvertrauens.

Zusätzlich bietet die Berliner Sparkasse ihren Kunden seit Jahren ein leistungsfähiges Multikanalangebot, bestehend aus ihrem Telefon Banking und aus der Internetpräsenz mit dem Online Banking. Das Ende 2008 eingeführte neue Sprachportal im Telefon Banking war im Herbst 2009 bei der Verleihung der VOICE Awards in der Kategorie „Bestes Telefon Banking-Portal“ unter den drei besten Anbietern.

Firmenkunden

Der Konzern ist in der Kernregion Berlin-Brandenburg in einem intensiven Wettbewerbsumfeld der Marktführer im Firmenkundengeschäft. Insgesamt werden im Markenverbund „Berliner Sparkasse“ und „Landesbank Berlin“ rund 65.000 Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen betreut. Das erfolgreiche Geschäft basiert auf langjährig gewachsenen Kundenbeziehungen, einem engen Vertrauensverhältnis sowie einem qualitativ hochwertigen Angebot klassischer und innovativer Produkte. Durch intensive Marktbearbeitung wurden 2009 bestehende Kundenverbindungen vertieft und zahlreiche neue Kunden und Konten hinzugewonnen. So stieg die Zahl der Gewerbe- und mittelständischen Kunden 2009 netto um rund 1.400.

Die Kunden können auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf die Landesbank Berlin und die Berliner Sparkasse zählen. Ungeachtet der anhaltenden öffentlichen Diskussionen um eine Kreditklemme wurden Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse ihrer Verantwortung zur Kreditversorgung der regional ansässigen Unternehmen in vollem Umfang gerecht.

Der Konzern stellte ausreichende Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs der Unternehmen der Region zur Verfügung. Ebenso engagierte sich das Geschäftsfeld bei regionalen Großprojekten, wie zum Beispiel durch Mitwirkung im Finanzierungskonsortium des Großflughafens BBI Berlin-Brandenburg International. Auch 2009 haben Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse das regionale Gründungsgeschehen, den Innovationspreis Berlin-Brandenburg und die Initiative Business-Plan-Wettbewerb intensiv begleitet. Die Berliner Sparkasse gehörte 2009 bei Existenzgründungen bundesweit wieder zu den marktführenden Sparkassen.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden hat sich 2009 in einem anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld erneut gut behauptet und stabile Erträge erwirtschaftet. Dazu trug die strukturierte Marktbearbeitung unter gezielter Einbindung von Spezialisten ebenso bei wie die stringente Risikopolitik.

Im Firmenkundenkreditgeschäft führte die Investitionszurückhaltung der Unternehmen zu einem Nachfragerückgang. Insgesamt erreichte das Neugeschäft konjunkturbedingt nicht das Vorjahresniveau. Der Bestand an Kundenforderungen lag Ende 2009 wegen des rückläufigen Neugeschäfts unter dem Vorjahreswert.

Die Einlagen der Firmenkunden stiegen 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Damit spiegelt auch dieses Produktfeld das Vertrauen der Unternehmen in die Geschäftspolitik des Konzerns nachhaltig wider.

Das Betreuungskonzept mit einem wertorientierten Steuerungsansatz ist Ausdruck einer konsequenten Qualitätsstrategie, deren Umsetzung weiter vorangetrieben wurde. Durch Maßnahmen zur Verbesserung der Beratungsqualität, der Kundenbindung und vertieften Potenzialausschöpfung soll die Ertragsbasis

weiter gestärkt werden. Im Jahr 2009 wurde die Zufriedenheits- und Loyalitätsmessung mit Einführung eines innovativen Loyalitätsmanagements auf eine qualitativ neue Basis gestellt. Kunden bescheinigten in diesem Zusammenhang sehr gute Zufriedenheitswerte, insbesondere mit der Betreuungs- und Beratungsqualität ebenso wie mit dem Leistungsangebot rund um den Zahlungsverkehr. Die Ergebnisse zeigten, dass die verschiedenen Firmenkonto-Modelle mit differenzierten Leistungspaketen im Markt sehr gut angenommen wurden.

Für qualifizierte Beratungsgespräche wurden strukturierte Gesprächstypen zu wichtigen Themenfeldern eingeführt beziehungsweise breiter angewendet. Dazu zählt auch die Bilanz-Rating-Kommunikation, die mit den Kunden weiterhin verstärkt werden soll. Auch die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 2009 erneut durchgeführte LBB-Mittelstandsumfrage lieferte wichtige Erkenntnisse zur Lage und den Zukunftsaussichten unserer Kunden aus erster Hand. Darauf stellte sich die Bank mit geeigneten Angeboten ein, zum Beispiel zur Liquiditätsversorgung oder Investitionsfinanzierung der Unternehmen unter Einbindung der öffentlichen Förderprogramme.

Der geschäftsfeldbezogene Betreuungsansatz mit einem innovativen Vertriebswegemix aus Business-Line, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich bewährt. Der TÜV-Rheinland bescheinigte dem Geschäftsfeld die gute Service- und Beratungsqualität für das gesamte Gewerbe-kundensegment mit entsprechenden Zertifikaten. Die TÜV-Zertifizierungen wurden in 2009 erneut bestätigt. Diese Qualitätssiegel untermauern den hohen Anspruch an Qualität, Prozessabläufe und Leistung im Firmenkundengeschäft der LBB.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Immobilienfinanzierung

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Marktfolge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften sowie Developer. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Geschäftsfelds sind. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld unverändert im oberen Mittelfeld der Branche.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung setzte im Jahr 2009 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter trotz anhaltender Schwierigkeiten auf den Immobilienmärkten erfolgreich fort. Nachdem der inländische Markt im ersten Halbjahr gravierende Umsatzrückgänge von bis zu 80 % zu verzeichnen hatte und folglich die Kreditnachfrage nur geringes Neugeschäft ermöglichte, zeigte sich ab dem dritten Quartal eine spürbare Marktbelebung. Hiervon profitierte das Geschäftsfeld erheblich und konnte unter diesen Umständen ein erfreuliches Neugeschäftsvolumen von 4,8 Mrd. € (Vorjahr: 6,7 Mrd. €) erreichen.

Schwerpunkt im Neugeschäft bilden in den Kundensegmenten weiterhin die Investoren mit mehr als 80 %. Im Jahr 2009 erhöhte sich der Anteil der Auslandsfinanzierungen insbesondere aus Frankreich und Polen. Der höchste Neugeschäftsanteil entfiel

jedoch unverändert auf die Ballungszentren der alten Bundesländer. Bei diesen Objekten hatten Büro- und Geschäftshäuser den größten Anteil. Die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung erfolgte anhand der Neugeschäftsvolumina sowie des Margenbarwerts aus dem Neugeschäft.

Der Konzern hielt 2009 unverändert an seinem Grundsatz fest, nur Geschäfte einzugehen, die den strengen internen Rentabilitäts- und Risikokriterien entsprechen. Dementsprechend lag die Quote der sehr guten und guten Risikoklassen im Neugeschäft bei mehr als 90 %. Gleichwohl hat der Konzern den Auswirkungen der Kapitalmarktkrise auf die Immobilienmärkte Rechnung getragen und die Neubildung von Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

Das Auslandsgeschäft wurde 2009 behutsam weiterentwickelt. Im Jahr 2010 ist die Eröffnung einer Repräsentanz in Paris für den französischen Markt geplant. Der Anteil der Auslandsfinanzierungen am gesamten Immobilienfinanzierungsbestand lag im Berichtsjahr bei 12 % (Vorjahr: 8 %).

Die Refinanzierungsbedingungen verbesserten sich im Laufe des Jahres 2009. Die Liquiditätsaufschläge gingen zurück, so dass sich in der Folge Entlastungen auf der Konditionenseite für die Kunden ergaben. Die Margen lagen auf Vorjahresniveau.

Der Konzern wird seine erfolgreiche Strategie in der Immobilienfinanzierung fortführen. Er setzt unverändert auf einen leistungsfähigen und kunden nahen Vertrieb, der qualitativ und quantitativ weiter gestärkt werden soll. Gerade in der Krise hat es sich bewährt, dass unsere Geschäftspolitik auf langfristige Partnerschaft im Sinne einer traditionellen Hausbankverbindung ausgelegt ist, von der Kunden und Bank profitieren.

Kapitalmarktgeschäft

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft (KMG) des Konzerns umfasst die Tätigkeitsbereiche Client Business (Distribution und Production), Treasury und Trading und Internationales Geschäft sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der LBB-INVEST.

Client Business konzipiert (Client Production) und vertreibt (Client Distribution) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

Treasury und Trading steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

Das Internationale Geschäft konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Auch das Jahr 2009 war geprägt von der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Seit Beginn des Jahres haben sich die wirtschaftlichen Indikatoren verbessert und zu einer Erholung geführt. Es ist jedoch noch nicht klar, ob dies schon eine Trendwende darstellt. Unsicherheit besteht weiterhin über die Entwicklung der Kreditausfälle. Das Kapitalmarktgeschäft profitierte von seiner breiten Aufstellung und konnte sich bietende Marktopportunitäten nutzen. Die Landesbank Berlin führte die Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte fort und passte ihre Produktpalette an das veränderte Risikobewusstsein der Anleger an. Die Kundenbasis

konnte dadurch verbreitert werden, so dass der Zertifikatebestand nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte inzwischen über dem Niveau des Vorjahres liegt.

Als Reaktion auf die Finanzkrise hat das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft im Jahr 2009 das Risikomanagement weiter optimiert. Das Investitionsvolumen wurde bei vermindertem Kreditrisiko reduziert und die Ertragsziele wurden weitestgehend beibehalten. Damit wird der Konzern den Anforderungen des geänderten Marktumfelds und der neuen Risikosituation im Verlauf der Finanzkrise gerecht.

Weitere Maßnahmen

Ausbau des Qualitätsmanagements

Qualität ist ein zentraler Unternehmenswert und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Das bedeutet auch, Veränderungen im Markt und Kundenanforderungen frühzeitig zu erkennen und einzubeziehen. Daher steht das Thema Qualitätsmanagement seit Anfang 2008 weit oben auf der Agenda. In allen Bereichen wurden Qualitätsinitiativen gestartet. Sie sollen nicht nur die Produkte und Dienstleistungen für die Kunden verbessern, sondern auch die internen Abläufe und die Zusammenarbeit an Schnittstellen optimieren. In der Marktfolge wurden die Managementsysteme der Risikobetreuung und der Bankenservice GmbH durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach der internationalen Qualitätsmanagementnorm ISO 9001 2008 zertifiziert.

Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält bereits Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft (Depot A und B), die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Mit dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft befanden sich die Industrieländer bis zum Frühjahr 2009 in einer schweren Rezession. Schwellenländer und Teile Osteuropas, die in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten verzeichneten, waren von der Entwicklung ebenso betroffen und konnten keinen Ausgleich für die fehlende Nachfrage aus den Industrieländern schaffen.

Die seit dem zweiten Quartal zu beobachtende Verlangsamung der konjunkturellen Talfahrt, einhergehend mit einer Aufhellung der Stimmungsindikatoren, signalisierte eine wirtschaftliche Erholung. Auch in ihrem Herbstgutachten gingen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass der Tiefpunkt der Rezession überschritten sei. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5 % im Jahr 2009 gehen die Prognosen von einem Anstieg von 1,2 % im Jahr 2010 bei steigenden Arbeitslosenzahlen und einer nur moderaten Erholung der deutschen Exportwirtschaft aus. Im Gegensatz zu anderen Ballungsräumen ist die Berliner Wirtschaft weniger vom Export abhängig. Dennoch führt der Konjunkturunbruch auch in unserer Kernregion zu einem deutlichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Die Märkte wurden insbesondere durch die reichliche Liquiditätsversorgung der Notenbanken gestützt. Neben dem Programm der US-Notenbank FED zum Ankauf von Papieren am Kreditmarkt, startete auch die EZB ein erstes Ankaufprogramm für besicherte Anleihen. In Verbindung mit historisch niedrigen Leitzinsen haben sich die Finanzmärkte im Laufe des Jahres beruhigt. Die anfänglich vorhandene Liquiditätsverknappung am Geld- und Kapitalmarkt hat sich entspannt und die zu Beginn des Jahres noch hohen Credit Spreads haben sich im Jahresverlauf reduziert. Darüber hinaus haben zahlreiche Institute des deutschen Bankensektors Liquiditätsgarantien und Eigenkapitalhilfen des staatlichen Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) beziehungsweise von Bundesländern und Sparkassenverbänden in Anspruch genommen. Die mit den EU-rechtlichen Beihilfegenehmigungen einhergehenden Restrukturierungsmaßnahmen werden die Struktur des deutschen Bankenmarkts dauerhaft beeinflussen.

Ertragslage

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderung	
	2009	2008 ¹⁾	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	862	1.247	-385	-31
Zinserträge	4.686	6.919	-2.233	-32
Zinsaufwendungen	3.824	5.672	-1.848	-33
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185	63	122	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	677	1.184	-507	-43
Provisionsüberschuss	262	302	-40	-13
Provisionserträge	395	439	-44	-10
Provisionsaufwendungen	133	137	-4	-3
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-15	-18	3	17
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	478	-344	822	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-97	-308	211	69
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-14	-18	4	22
Sonstiges betriebliches Ergebnis	41	139	-98	-71
Verwaltungsaufwendungen	985	940	45	5
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	347	-3	350	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-8	12	-20	< -100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	339	9	330	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	67	-35	102	> 100
Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern	272	44	228	> 100
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	272	44	228	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	15	12	3	25
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	257	32	225	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Das operative Ergebnis/Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 330 Mio. € auf 339 Mio. €. Zu der Ergebnisverbesserung trugen insbesondere die positiven Entwicklungen des Ergebnisses aus Finanzanlagen und des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten bei. Neben positiven Bewertungseffekten schlägt sich in diesem Anstieg insbesondere der laufende Zinsüberschuss aus Derivaten nieder, die zur Zinssicherung eingesetzt wurden. Infolge der

Zinsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Zinsüberschuss aus den gesicherten Geschäften nicht beim Grundgeschäft (Ausweis unter „Zinsüberschuss“), sondern beim wirtschaftlichen Absicherungsgeschäft (Ausweis unter „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“) zur Wirkung gekommen.

Der Konzern erzielte ein Ergebnis nach Steuern von 272 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €).

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der Zinsüberschuss lag mit 862 Mio. € unter dem sehr guten Vorjahresniveau von 1.247 Mio. €. Dieser Rückgang hängt, wie oben erläutert, mit deutlich positiven Zinseffekten beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	2.281	3.578	-36
Zinserträge aus Finanzanlagen	914	2.092	-56
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	12	46	-74
Sonstige Zinserträge	1.479	1.203	23
Summe der Zinserträge	4.686	6.919	-32
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.926	4.015	-52
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	91	79	15
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.807	1.578	15
Summe der Zinsaufwendungen	3.824	5.672	-33
Zinsüberschuss	862	1.247	-31

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft spiegelt grundsätzlich die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die schlechte konjunkturelle Situation der Unternehmen wider. Trotz des sich allgemein eintrübenden Kreditumfelds blieben die Aufwendungen von 331 Mio. € leicht unter dem Vorjahresausweis von 337 Mio. €. Unter Berücksichtigung vorzunehmender

Auflösungen von 146 Mio. € (der Vorjahreswert von 274 Mio. € war auch durch einen erheblichen Auflösungsbetrag aufgrund eines gewonnenen Rechtsstreits geprägt) ergab sich im Geschäftsjahr ein Gesamtaufwand für die Risikovorsorge von 185 Mio. € (Vorjahr: 63 Mio. €).

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	146	274	-47
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	331	337	-2
Gesamt	185	63	> 100

Der **Provisionsüberschuss** verringerte sich im Vorjahresvergleich um 40 Mio. € auf 262 Mio. €. Ursächlich für den Ergebnismrückgang waren insbesondere geringere Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie dem Kreditgeschäft, die trotz

deutlicher Ertragssteigerungen im Kartengeschäft nicht kompensiert werden konnten. Hier spiegeln sich unverändert deutlich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise wider.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	114	147	-22
Zahlungsverkehr / Kontoführung	111	116	-4
Kreditgeschäft	33	48	-31
Kartengeschäft	108	95	14
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	18	-22
Sonstige Provisionserträge	15	15	0
Summe der Provisionserträge	395	439	-10
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	41	43	-5
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	-25
Kreditgeschäft	10	9	11
Kartengeschäft	55	53	4
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	15	-27
Sonstige Provisionsaufwendungen	7	5	40
Summe der Provisionsaufwendungen	133	137	-3
Provisionsüberschuss	262	302	-13

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** belief sich auf -15 Mio. € (Vorjahr: -18 Mio. €).

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** hat sich gegenüber dem Vorjahreswert um 822 Mio. € auf 478 Mio. € deutlich verbessert. Besonders erfreulich entwickelte sich das Ergebnis der Handelskategorie (HfT), welches sich im Vergleich zum Vorjahr um 445 Mio. € auf 547 Mio. € verbesserte und somit das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) deutlich überkompensieren konnte. Die Entwicklung des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert

bilanzierten Finanzinstrumenten korrespondiert, wie oben erläutert, mit gegenläufigen Effekten im Zinsüberschuss.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 211 Mio. € auf -97 Mio. €. Neben dem Aufwand aus dem Abgang von Finanzanlagen von 25 Mio. € waren auch Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen von insgesamt 72 Mio. € auszuweisen, die im Vorjahr noch mit einem deutlich höheren Aufwand von insgesamt 294 Mio. € anzusetzen waren.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erhöhte sich um 4 Mio. € auf –14 Mio. € (Vorjahr: –18 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag mit 41 Mio. € um 98 Mio. € unter dem des Vorjahreszeitraums. Darin enthalten sind Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute und IT-Erträge von insgesamt 43 Mio. €. Im übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnis saldieren sich unter anderem Erträge aus der Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten bezie-

hungsweise Verbindlichkeiten von 21 Mio. € mit Aufwendungen aus Finance Lease Objekten von 18 Mio. €. Im Vorjahresausweis waren Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters VISA und Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen enthalten.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 985 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (940 Mio. €). Sie beinhalten die Personalaufwendungen, die Abschreibungen sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %	
Personalaufwendungen	537	492	9	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	62	62	0	
Andere Verwaltungsaufwendungen	386	386	0	
Gesamt	985	940	5	

Der Personalaufwand belief sich auf 537 Mio. € nach 492 Mio. € im Vergleichsjahr. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem Tarifierhöhungen und variable Vergütungen. Die Abschreibungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen bewegten sich mit 448 Mio. € auf Vorjahresniveau. Insgesamt ist die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr moderat und blieb deutlich unter unseren Erwartungen.

Der Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen von –8 Mio. € beinhaltet Aufwendungen aus der Dotierung und der Aufzinsung von Restrukturierungsrückstellungen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zeigen die tatsächlichen Steuern in Höhe von 66 Mio. €. Der Effekt aus latenten Steuern beträgt rund 1 Mio. €. Die niedrige Steuerquote von 19,7 % resultiert im Wesentlichen aus der Nutzung der vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in Mio. € in %	
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	272	44	228	> 100
Erfolgsneutrales Ergebnis ²⁾	461	–472	933	> 100
Gesamtergebnis der Periode	733	–428	1.161	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich Anteile im Fremdbesitz, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Das **erfolgsneutrale Ergebnis** verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 933 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die Veränderung der Neubewertungsrücklage zurückzuführen. Die im Höhepunkt der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 stark gestiegenen Credit Spreads von Unternehmen, Kreditinstituten und Staaten sind 2009 wieder deutlich gesunken, wodurch sich die Bewertung von Wertpapieren wieder spürbar erholt hat.

Das operative Ergebnis / Ergebnis vor Steuern im **vierten Quartal des Geschäftsjahres 2009** betrug 33 Mio. €. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahresquartal um 27 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Verbesserung des Ergebnisses aus Finanzanlagen und des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, die zusammen den Rückgang im Zinsüberschuss überkompensierten. Damit wurde die bisherige Entwicklung im Jahr 2009 fortgesetzt. Gegenläufige Entwicklungen gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres gab es bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und bei den Verwaltungsaufwendungen.

Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** betrug das operative Ergebnis im Berichtsjahr 73 Mio. € und lag damit um 52 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 125 Mio. €.

Der Zinsüberschuss lag mit 357 Mio. € um 2 % beziehungsweise 8 Mio. € unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2008 Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters VISA in Höhe von 19 Mio. € enthalten gewesen waren. Positive Effekte im Jahr 2009 resultierten insbesondere aus dem Drittkartengeschäft und der Absatzfinanzierung.

Das Stichtagsvolumen der Landesbank Berlin AG, insbesondere der Einlagen, wuchs im Segment Private Kunden zum Stichtag 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 6 %. Der Anstieg ist auch Folge der Finanzmarktkrise, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenzuflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das Stichtagsvolumen der Allzweckdarlehen um 7 % im Vergleich zum Vorjahresendbestand. Im Jahr 2009 war zudem der Erfolg der neuen Produktpalette bei Privatgirokonten deutlich spürbar: Per 31. Dezember 2009 wurde bereits ein Bestand von mehr als 483.000 Konten in den neuen Kontomodellen verzeichnet.

Der Provisionsüberschuss lag 2009 mit 201 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Während der Ertrag im Kartengeschäft um 9 Mio. € gesteigert wurde, lag der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft aufgrund starker Zurückhaltung der Anleger um 7 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Vom schwierigen Marktumfeld profitierte weiterhin erheblich der Absatz eigener Schuldverschreibungen. Der Bestand erhöhte sich bei der Landesbank Berlin AG um 71 % auf 628 Mio. €. Der Absatz von Personen-Versicherungsprodukten blieb um 35 Mio. € unter dem guten Vorjahresniveau. Dies konnte durch den erhöhten Absatz von Sachversicherungen kompensiert werden (+ 75 Mio. €). Insgesamt betrug die nettopolicierte Beitragssumme im Berichtszeitraum 334 Mio. € und lag damit 40 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) konnte die LBB im Vergleich zum 31. Dezember 2008 sowohl bei den Provisionserträgen als auch bei den Kreditkartenkonten (+ 6 %) wachsen.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 60 Mio. € lag über dem Vorjahresniveau (37 Mio. €). Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Risikovorsorge im Kartengeschäft und der Konsumentenfinanzierung zurückzuführen. Darüber hinaus ergab sich eine Anpassung in der Portfoliowertberichtigung.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen lag mit –16 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert und ist unter anderem mit einem erhöhten Abschreibungsbedarf auf eine Beteiligung belastet.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 413 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Mitarbeiterkapazitäten (MAK) verzeichneten 2009 einen leichten Rückgang (–6 MAK).

Das Segment **Firmenkunden** entwickelte sich im Jahr 2009 trotz der anhaltend schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen erneut gut. Das Zinsergebnis stieg spürbar um 25 Mio. € auf 139 Mio. €. Dazu trug der Anstieg der Kundenverbindlichkeiten bei, die sich bis zum Stichtag 31. Dezember 2009 um insgesamt 876 Mio. € auf 5.049 Mio. € erhöhten. Die Kunden- und Kontenzahlen konnten ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Gewerbe- und Firmenkunden stieg um circa 1.400 Kunden auf rund 65.000.

Das Kreditneugeschäft mit Firmen- und Gewerbe-kunden erreichte vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht das Vorjahresniveau. Aus diesem Grund verringerte sich der Bestand der Kundenforderungen per 31. Dezember 2009 um 145 Mio. € auf 5.338 Mio. €. Dennoch konnte auch der Zinsüberschuss aus dem Aktivgeschäft gesteigert werden.

Der Provisionsüberschuss lag unter dem Vorjahreswert, da konjunkturbedingt geringere Nettoerträge aus der Exportfinanzierung zu verzeichnen waren. Ohne diesen Effekt bewegte sich der Provisionsüberschuss knapp 4 % über Vorjahresniveau.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten um 6 Mio. € auf 86 Mio. € gesenkt werden. Ursächlich waren niedrigere Personalaufwendungen und geringere IT- sowie Verrechnungskosten im Konzern. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber dem Vorjahr, blieb aber in der Gesamthöhe mit 1 Mio. € moderat. Das Segment Firmenkunden erzielte ein gutes operatives Ergebnis von 88 Mio. €. Im Vorjahreswert von 100 Mio. € war der Einmaleffekt aus dem Abgang eines Vermögensgegenstands in einer Beteiligung enthalten.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Berichtsjahr ein unter Berücksichtigung der anhaltenden Finanzkrise gutes operatives Ergebnis* von 191 Mio. € (2008: 228 Mio. €). Sowohl der Zinsüberschuss mit 394 Mio. € (2008: 332 Mio. €) als auch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzierungsinstrumenten mit 47 Mio. € (Vorjahr: –23 Mio. €) übertrafen die jeweiligen Vorjahresniveaus deutlich. Die Risikovorsorge wurde hingegen mit einer Nettozuführung von 140 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (Nettoauflösung von 37 Mio. €) deutlich erhöht, um den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Immobilienmärkte Rechnung zu tragen.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 3 % reduziert werden.

Am inländischen Immobilienmarkt zeigten sich im zweiten Halbjahr leichte Erholungstendenzen. Nachdem das Transaktionsgeschäft zu Jahresbeginn 2009 einen Rückgang von bis zu 80 % gegenüber dem

* Per 30. September 2009 erfolgt erstmals ein veränderter Ausweis von Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp; siehe auch Erläuterungen in der Note 6 „Segmentberichterstattung“, Vergleichszahlen Vorjahr sind angepasst.

Vorjahreszeitraum hinnehmen musste, waren ab Jahresmitte steigende Umsätze am Markt festzustellen. Gleichwohl hat sich das Transaktionsvolumen bei Gewerbeimmobilien im Gesamtjahr mit 10 Mrd. € gegenüber 2008 halbiert. Von der Marktbelebung und von den verbesserten Refinanzierungsbedingungen profitierte das Neugeschäft. Im zweiten Halbjahr führte ein erheblicher Anstieg des Kontrahierungsvolumens zu einem erfreulichen Neugeschäft im Jahr 2009 von 4,8 Mrd. €, das jedoch wegen des schwachen ersten Halbjahres unter dem sehr guten Vorjahresniveau in Höhe von 6,7 Mrd. € liegt. Der Bestand der Kundenforderungen erreichte das Niveau des Vorjahres. Die Bank hat unverändert das strategische Ziel, ihren Kunden Immobilienfinanzierungen auf Basis unveränderter Risikokriterien zur Verfügung zu stellen und von einer Belebung des Markts im Neugeschäft zu profitieren.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv. Die Erholung der internationalen Finanzmärkte setzte sich bis zum Jahresende 2009 fort, auch wenn nach wie vor erhebliche Unsicherheit über die Entwicklung der Kreditausfälle in der Wirtschaft besteht und die schlechte Bonität einzelner Staaten Sorge bereitet. Das Segment profitierte von dieser Erholung und konnte dank seiner breiten Aufstellung und der relativ komfortablen Liquiditätsausstattung der Bank Marktopportunitäten nutzen.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug 225 Mio. € und lag damit um 616 Mio. € über dem des Vorjahreszeitraums. Insbesondere das zweite Halbjahr trug mit einem Ergebnisanteil in Höhe von 154 Mio. € zu der Verbesserung bei.

Der Zinsüberschuss stieg um 52 Mio. € auf 433 Mio. €. Der Zinsüberschuss ist maßgeblich bestimmt durch die Anlagestrategien im Treasury, die 2009 insbesondere von günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten sowie Neuinvestitionen mit höheren Margen profitierten.

Die Risikovorsorge war 2009 geprägt durch eine Nettozuführung über 6 Mio. € im Internationalen Geschäft für Risiken im Ausland. Durch Nettoauflösungen in anderen Bereichen verblieb per saldo ein Aufwand von 1 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss lag mit 17 Mio. € um 13 Mio. € unter dem Wert für 2008. Dies resultierte aus einer Verschiebung von Aktienprodukten hin zu Zins- und Kreditprodukten und dadurch verringerten Brokerage-Erträgen sowie aus dem niedrigeren durchschnittlichen Fondsvolumen der LBB-INVEST.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten hat sich insbesondere durch die Einengung der Credit Spreads im zweiten Halbjahr verbessert und lag im Gesamtjahr 2009 bei 13 Mio. €, ein Anstieg um 297 Mio. € gegenüber 2008.

Wie auch im Vorjahr wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen durch weitere Impairments auf Fonds sowie die erneut geringeren Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet. Es fiel jedoch mit –85 Mio. € um 208 Mio. € besser aus als im Vorjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen dank eines konsequenten Kostenmanagements mit 145 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Wert von 2008.

Das Volumen der Kreditinanspruchnahmen im Internationalen Geschäft reduzierte sich 2009 um 454 Mio. €. Dieser Rückgang resultierte aus Rückzahlungen und gezielten Forderungsverkäufen bei einem gleichzeitig unverändert restriktiven Neugeschäft in der Zielregion.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Das Zertifikatevolumen lag 2009 nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte mit 2,5 Mrd. € leicht über dem Niveau des Vorjahres. Assets under Management der LBB-INVEST überstiegen per 31. Dezember 2009 mit 11,6 Mrd. € geringfügig den Jahresendwert 2008, geprägt von der positiven Wertentwicklung der Publikumsfonds. Durch den konsequenten Ausbau des Vertriebs und die Ausrichtung auf neue Produkthanforderungen und Kundenbedürfnisse ist es gelungen, das Kundengeschäft insgesamt weiter zu entwickeln.

Im Segment **Zinsmanagement** wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der LBB angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamt-Risikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert.

Angesichts der anhaltenden weltweiten Konjunkturkrise blieb auch in der Eurozone das Niedrigzinszenario während des gesamten Berichtsjahres intakt. Dabei war die Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr jedoch weniger durch einen weiteren Rückgang als vielmehr durch eine volatile Seitwärtsbewegung der Zinsen auf dem erreichten niedrigen Niveau gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund war die Steuerung des Segments Zinsmanagement seit Beginn des zweiten Halbjahres von einer gezielten Begrenzung der bestehenden Transformationsrisiken geprägt.

Den Bilanzierungsregeln entsprechend stehen die Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin den Zinserträgen der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Im Segment **Sonstiges** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (2008: 28 Mio. €).

Im Berichtszeitraum reduzierte sich das operative Segmentergebnis gegenüber dem Vorjahr um 145 Mio. € auf –245 Mio. €. Das Ergebnis des Vorjahres war jedoch begünstigt gewesen durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen sowie durch den ergebnisbedingten Wegfall der Vergütung der stillen Einlage.

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 verringerte sich die **Bilanzsumme** um 1,6 Mrd. € auf 143,8 Mrd. € (31. Dezember 2008: 145,4 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 22,5 Mrd. € annähernd auf Vorjahresniveau. Während sich Termin- und Sichteinlagen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mrd. € erhöhten, reduzierten sich die Bestände an Darlehen (-0,7 Mrd. €), Schuldscheindarlehen (-0,7 Mrd. €) und Kommunaldarlehen (-0,7 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 1,1 Mrd. € beziehungsweise 2 % auf 48,6 Mrd. €, was den erfreulichen Verlauf im Kundengeschäft widerspiegelt.

Im Rahmen der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** war ein Rückgang um 0,1 Mrd. € auf 1,1 Mrd. € (31. Dezember 2008: 1,2 Mrd. €) zu verzeichnen.

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** lagen mit 1,0 Mrd. € um 0,2 Mrd. € über dem Vorjahresniveau (0,8 Mrd. €).

Neben den Bestandsveränderungen und Verrechnungsmaßnahmen für Finanzterminkontrakte wirkte sich die Veränderung des Zinsniveaus auf die Wertansätze der derivativen Finanzinstrumente aus. Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** verringerten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2008 (18,3 Mrd. €) um 0,7 Mrd. € auf 17,6 Mrd. €.

Die **Finanzanlagen** reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 4 % auf 48,7 Mrd. € (Vorjahr: 50,5 Mrd. €).

Die nach der **Equity-Methode bewerteten Anteile** beliefen sich auf 106 Mio. € nach 98 Mio. € im Vorjahr. Veränderungen ergaben sich insbesondere durch den Zugang eines Spezialfonds.

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Barreserve	1.342	1.727	-385	-22
Forderungen an Kreditinstitute	22.461	22.369	92	0
Forderungen an Kunden	48.592	47.462	1.130	2
Risikovorsorge	-1.116	-1.245	129	10
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	983	749	234	31
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	17.586	18.295	-709	-4
Finanzanlagen	48.687	50.466	-1.779	-4
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	106	98	8	8
Immaterielle Vermögenswerte	654	650	4	1
Sachanlagen	569	578	-9	-2
Investment Properties	86	65	21	32
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	34	99	-65	-66
Latente Ertragsteueransprüche	795	930	-135	-15
Sonstige Aktiva	3.043	3.074	-31	-1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	13	71	-58	-82
Gesamt	143.835	145.388	-1.553	-1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Die immateriellen Vermögenswerte blieben mit 654 Mio. € nahezu unverändert (31. Dezember 2008: 650 Mio. €) und beinhalteten im Wesentlichen Geschäfts- und Firmenwerte von 591 Mio. € (31. Dezember 2008: 592 Mio. €).

Die Sachanlagen reduzierten sich leicht von 578 Mio. € auf 569 Mio. € (–2 %).

Fremdgenutzte Immobilien (Investment Properties) wurden mit 86 Mio. € und damit 21 Mio. € höher ausgewiesen als im Vorjahr (65 Mio. €). Der Hauptgrund für die Zunahme liegt in der Umgliederung zweier ursprünglich zur Veräußerung gehaltener Objekte in die Investment Properties (10,7 Mio. €) sowie in dem Rückerwerb eines bereits veräußerten Objekts (14,8 Mio. €).

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche lagen mit insgesamt 34 Mio. € um 65 Mio. € unter dem Vorjahresniveau.

Die latenten Ertragsteueransprüche reduzierten sich um 135 Mio. € auf 795 Mio. €.

Der Rückgang der Sonstigen Aktiva um 31 Mio. € auf 3.043 Mio. € ist größtenteils auf die reduzierten Forderungen aus gestellten Barsicherheiten zurückzuführen.

Der Ausweis unter zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenständen und Abganggruppen betraf hauptsächlich die beabsichtigte Veräußerung von Beteiligungen und Gebäuden/Objekten. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 58 Mio. € wird ganz wesentlich durch den Verkauf der Anteile an der InvestitionsBank des Landes Brandenburg beeinflusst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mrd. € oder 10 % auf 41,4 Mrd. €. Der Rückgang basiert vor allem auf geringeren Termin- und Sichteinlagen (–3,5 Mrd. €), Schuldscheindarlehen (–0,9 Mrd. €) sowie Namenspfandbriefen (–0,4 Mrd. €). Demgegenüber stiegen die anderen Verbindlichkeiten um 0,3 Mrd. €.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.370	45.950	–4.580	–10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35.129	32.720	2.409	7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.657	29.826	–1.169	–4
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.624	1.340	284	21
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	28.321	27.097	1.224	5
Rückstellungen	1.214	1.168	46	4
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	136	157	–21	–13
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	15	33	–18	–55
Sonstige Passiva	2.113	1.915	198	10
Zur Veräußerung gehaltenen Abganggruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	0	83	–83	–100
Nachrangkapital	2.544	3.137	–593	–19
davon Stille Einlagen	700	687	13	2
Eigenkapital	2.712	1.962	750	38
Gesamt	143.835	145.388	–1.553	–1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Mrd. € oder 7 % auf 35,1 Mrd. €. Einen hohen Anteil an dem Anstieg hatten mit 4,5 Mrd. € die Termin- und Sichteinlagen, während sich die Spareinlagen um 1,3 Mrd. € verringerten.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € oder 4 % auf 28,7 Mrd. €. Hiervon entfielen auf die begebenen öffentlichen Pfandbriefe 11,5 Mrd. €, auf Hypothekendarlehen 7,9 Mrd. € und auf Schuldverschreibungen 9,1 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** erhöhten sich im Stichtagsvergleich um 0,3 Mrd. € auf 1,6 Mrd. €.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** stieg unter anderem aufgrund von Bestandsveränderungen und des veränderten Zinsniveaus um 1,2 Mrd. € auf 28,3 Mrd. €. Teilweise gegenläufig wirkten Verrechnungsmaßnahmen für Finanzterminkontrakte.

Die **Rückstellungen** lagen mit 1,2 Mrd. € leicht über Vorjahresniveau. Den Auflösungen und Inanspruchnahmen in Höhe von insgesamt 0,1 Mrd. € standen höhere Zuführungen gegenüber.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 39 Mio. € auf 151 Mio. €. Sie setzten sich aus den tatsächlichen Verpflichtungen (136 Mio. €) und den latenten Verpflichtungen (15 Mio. €) zusammen.

Der Posten **Sonstige Passiva** erhöhte sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 0,2 Mrd. € auf 2,1 Mrd. € und beinhaltete insbesondere Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten (1,9 Mrd. €).

Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen bestanden zum Stichtag nicht (31. Dezember 2008: 83 Mio. €).

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** nach IAS 19 wurden die Entwicklungen des Rechnungszinses auf 5,5 % (31. Dezember 2008: 5,8 %), des Gehaltstrends (unverändert 3,0 bis 3,5 %), des Rententrends (unverändert 1,0 % bis 3,0 %) sowie die Fluktuationsrate berücksichtigt. Diese Veränderungen verringerten das Eigenkapital – vor latenten Steuern – um 33 Mio. €.

Die per 31. Dezember 2009 auf Ebene der RVG-Gruppe gemeldete **Gesamtkennziffer** für das haftende Eigenkapital betrug 16,82 %; die **Kernkapitalquote** lag bei 14,45 %. Die per 31. Dezember 2008 nach Feststellung der Jahresabschlüsse der LBB und der Holding gemeldete Gesamtkennziffer der RVG-Gruppe betrug 16,41 %; die Kernkapitalquote lag bei 13,74 %. Für die LBBH-Gruppe betrug die Gesamtkennziffer per 31. Dezember 2009 11,79 % (31. Dezember 2008: 10,96 %), die Kernkapitalquote 8,50 % (31. Dezember 2008: 7,76 %).

Das **Nachrangkapital** reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € und beinhaltet nachrangige Verbindlichkeiten (1,8 Mrd. €) und stille Einlagen (0,7 Mrd. €). Der Rückgang im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten in Höhe von 1,1 Mrd. € zurückzuführen, denen die Emission einer Nachrangdarlehen über 0,5 Mrd. € gegenüberstand.

Das **Konzerneigenkapital** gemäß IFRS belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 2,7 Mrd. €. Das entsprach im Vergleich zum 31. Dezember 2008 einem Zuwachs um 0,7 Mrd. € (vergleiche Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns). Dies war neben dem Konzernüberschuss vor allem auf die positive Entwicklung der Neubewertungsrücklage zurückzuführen.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

In der Neubewertungsrücklage schlagen sich insbesondere zeitweilige Wertschwankungen unserer Wertpapierbestände der Kategorie Available-for-Sale (insbesondere Schuldverschreibungen von Unternehmen des Finanzsektors) nieder. Zum Ende des Berichtsjahres ergab sich per saldo eine Verbesserung der Neubewertungsrücklage um 0,5 Mrd. €.

Eine Umkategorisierung von Wertpapieren gemäß IAS 39.50 aus den IFRS-Kategorien Held-for-Trading und Available-for-Sale nach Loans and Receivables wurde im Jahr 2009 nicht vorgenommen.

Der Bestand zum 31. Dezember 2009 an außerbilanziellen Finanzierungsinstrumenten nach Risikovorsorge beläuft sich auf 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2008: 6,0 Mrd. €). Die außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente beinhalten überwiegend Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern gemäß Liquiditätsverordnung wurden jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Eine detaillierte Darstellung der Steuerung und des Controllings der Liquiditätsrisiken ist im Risikobericht enthalten. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Vor dem Hintergrund der allgemein angespannten Situation an den Refinanzierungsmärkten stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns geordnet dar. Dabei erfolgte die Refinanzierung schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten. Während die Einlagen von Kreditinstituten einen leichten Rückgang verzeichneten, gewann vor allem die Mittelaufnahme bei Kunden an Bedeutung.

Das ausgewiesene Eigenkapital konnte insbesondere aufgrund der deutlichen Verbesserung der Neubewertungsrücklagen für Available-for-Sale-Bestände und des Konzernjahresüberschusses gesteigert werden. Die Entwicklung des Nachrangkapitals war geprägt durch Rückzahlungen fälliger Nachrangverbindlichkeiten. Zur Stärkung des Ergänzungskapitals sowie der Gesamtkapitalquote wurde im vierten Quartal eine nachrangige (Lower Tier II) Anleihe mit einem Volumen von 500 Mio. € emittiert, womit bereits ein Teil des geplanten Nachrangvolumens für 2010 vorfristig refinanziert werden konnte. Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Realisierung von Investitionsplänen unserer Kunden hängt vorrangig davon ab, ob ausreichend Eigenkapital zur Verfügung steht und unsere Kunden positive Marktentwicklungen erwarten. Die Sparkasse wird in ihrem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation der LBB erlaubte – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfielen 90,5 % der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften (Vorjahr: 90,2 %).

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009

Der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Patrick Tessmann zum 1. April 2010 zum Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin AG bestellt. Er wird die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden übernehmen.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsge-

schäften und sonstigen Maßnahmen mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Der Risikobericht des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) enthält sowohl die nach DRS 5-10 als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 61 (Risikomanagement) enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagement-System gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der LBB-INVEST.

Aufgrund der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Im Berichtsjahr wurden die Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems infolge der Finanz- und Vertrauenskrise erneut auf eine harte Probe gestellt. Auch unter diesen Bedingungen haben unsere Steuerungssysteme uns in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Infolge der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung zeigen unsere Ratingverfahren insgesamt eine moderate Verschlechterung

der Qualität des Kreditportfolios. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Auf die derzeit diskutierte Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an Banken plant der Konzern gegebenenfalls mit Maßnahmen zur Kapitalfreisetzung durch Umstrukturierung der Portfolien, Gewinnthesaurierung oder Kapitalmaßnahmen zu reagieren. Dies ist in der Mittelfristplanung entsprechend berücksichtigt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat im August 2009 die Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) final veröffentlicht. Sie waren in den wesentlichen Teilen bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen.

Wesentlicher Treiber für die Überarbeitung der MaRisk sind internationale Regulierungsinitiativen, die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise in Angriff genommen wurden. Die wesentlichen Änderungen umfassen erweiterte Anforderungen bezüglich Stress-tests, Liquiditätsrisiken und Risikokonzentrationen sowie der Ausgestaltung des Vergütungssystems.

Der Konzern hat hierfür ein Umsetzungsprojekt, das auch die Koordination der Aktivitäten in den Teilinstituten beinhaltet, durchgeführt und abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem ein Vergütungsausschuss gegründet. Für die Weiterentwicklungen zum Stresstesting und zu den Risikokonzentrationen wurde im Januar/Februar 2010 der Probetrieb aufgenommen.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamt-Risikosteuerung des Konzerns. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzern-einheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Gesamt-Risikosteuerung

Die integrierte Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risiko-tragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
(inklusive Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken
(Cashflow und Fair Value)
Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken/Restrisiken

Die Risikoarten werden in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Risikobericht

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung von Risikokapital abgewendet werden.

Die weiteren nicht-monetären Risiken (zum Beispiel das strategische Risiko) werden qualitativ gesteuert. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird. Dadurch wird sichergestellt, dass die Einbeziehung der Risiken in die Risikosteuerung auf deren Wesentlichkeit aus ökonomischer Sicht abstellt.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden, ebenso wie die entsprechenden Limite, regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko sowie dem Ergebnis der Risikoauswertung des Krisenszenarios auf Gesamtbankebene gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Das im Berichtsjahr durchgeführte Projekt zur Erweiterung des Stresstesting im Zusammenhang mit der Neufassung der MaRisk ergänzt die vorhandenen Methoden, so dass weitergehende Aussagen zu den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Auswirkungen sowie zur Ertragslage möglich sind.

Kapitalmanagement

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind die jährlich festgelegten Beobachtungsgrenzen hinsichtlich des gebundenen ökonomischen Kapitals, eine Kernkapitalquote von mindestens 8 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single A Bereich. Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel werden auf Basis der HGB-Rechnungslegung der Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises bestimmt und unterscheiden sich dementsprechend von den bilanziellen Eigenmitteln.

Eigenmittelstruktur der LBBH in Mio. €	2009	2008
Eingezahltes Kapital abzüglich anteiliger Buchwerte	2.557	2.623
Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter	700	687
Kapitalrücklagen abzüglich anteiliger Buchwerte	274	173
Sonstige Rücklagen	-925	-1.001
Aktivischer Unterschiedsbetrag gemäß § 10a (6)	795	841
Immaterielle Vermögensgegenstände	-44	-51
Sonstige Abzugsposten nach § 10 (2a)	-284	-76
Kernkapital für Solvenz Zwecke	3.073	3.196
Ergänzungskapital für Solvenz Zwecke (§ 10 (2b) KWG) und Drittrangmittel (§ 10 (2c) KWG)	1.186	1.315
Kapitalabzugspositionen insgesamt (nach § 10 (6) und (6a) KWG)	-568	151
<i>davon Abzugsbeträge nach § 10 (6a) 1 und 2 KWG</i>	<i>-294</i>	<i>31</i>
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital und anrechenbare Drittrangmittel	4.259	4.511

Die nach IAS/IFRS bilanzierten Eigenkapitalbestandteile können der Note 19 (Eigenkapital) im Jahresabschluss des Konzerns entnommen werden.

Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung noch effektiver zu gestalten, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. Diese Grenze ist enger gefasst und so können bei ihrer Annäherung bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse werden im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und sind darüber in die weiteren Prozesse, wie zum Beispiel die Planung von Kapitalmaßnahmen, eingebunden. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit im Planungszeitraum sicherzustellen.

Im Berichtsjahr wurden vor dem Hintergrund der Finanzkrise die Auswirkungen von Ratingmigrationen auf die Kapitalquoten untersucht und umfangreiche Maßnahmen ergriffen beziehungsweise Vorkehrungen getroffen. Darüber hinaus konnte zur Kompensation der auslaufenden nachrangigen Verbindlichkeiten eine großvolumige Nachrangemission erfolgreich platziert werden.

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug zum 31. Dezember 2009 4.365 Mio. € (Vorjahr: 4.200 Mio. €). Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Risikobericht

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2009 im Konzern wie folgt dar:



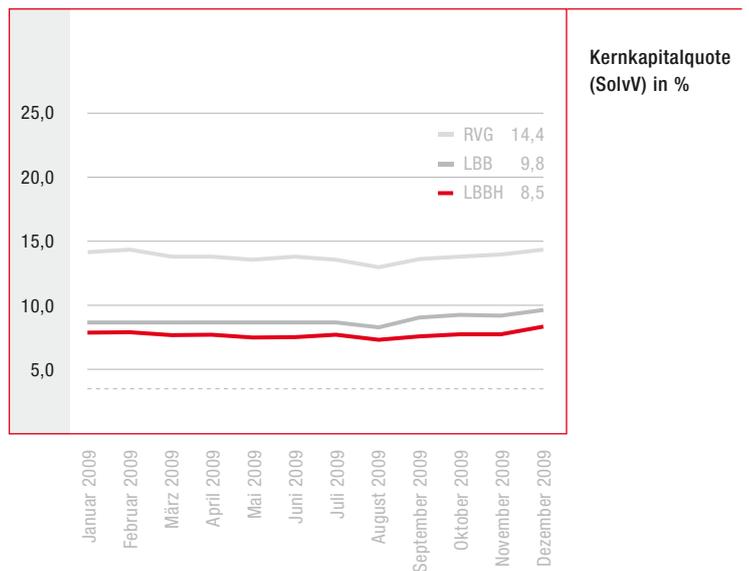
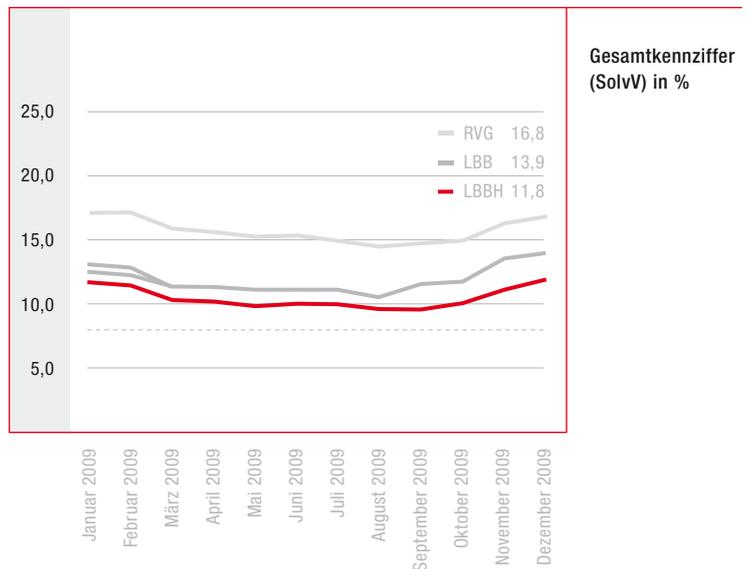
Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding, der LBB AG und auf Ebene der RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2009 werden für die LBB und LBBH die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH (LBB) betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2009 4.259 Mio. € (3.650 Mio. €).

Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen. Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung regelmäßig eingehalten.



Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

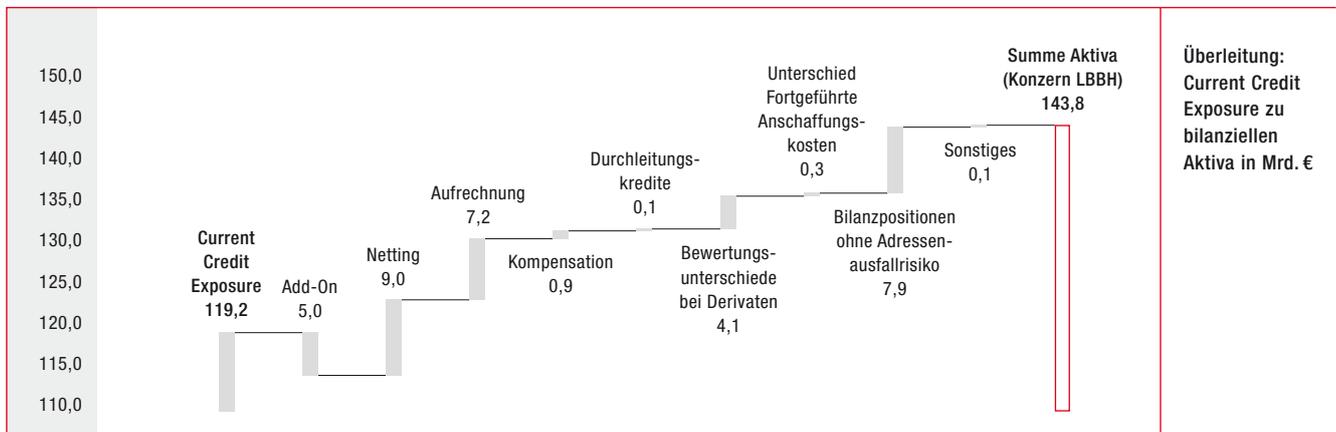
Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht einbezogen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten methodischen Unterschiede ist eine Überleitung des Current Credit Exposure auf die bilanziellen Aktiva möglich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den bilanziellen Aktiva auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten sind. In der folgenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.

Das gesamte Current Credit Exposure des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2009 119 Mrd. €. Dabei entfielen 39 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 80 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.



Der überwiegende Teil des Current Credit Exposures entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt

es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2009 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

STRATEGISCHES GESCHÄFTSFELD

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure				Summe	
	2009	2008	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerisiken		2009	2008
			2009	2008	2009	2008		
Private Kunden	10.617	10.194	3.875	3.868	750	395	4.624	4.262
Firmenkunden	7.040	6.720	5.053	5.448	0	0	5.053	5.448
Immobilienfinanzierung	53.196	54.944	26.898	28.180	23.521	22.992	50.419	51.173
davon Hypothekendarlehen	28.771	28.805	26.062	26.043	0	0	26.062	26.043
Kapitalmarktgeschäft	45.655	50.627	3.568	3.979	41.716	46.258	45.284	50.237
Sonstige	13.804	13.738	2	2	13.801	13.735	13.803	13.737
Konzern LBBH	130.312	136.223	39.396	41.477	79.787	83.380	119.183	124.857

Hier und in allen folgenden Tabellen werden Werte kaufmännisch gerundet, so dass es dazu kommen kann, dass die angegebenen Summenwerte geringfügig von der Summe der Einzelpositionen abweichen.

Risikobericht

Die LBB geht vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland, zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der Immobilienfinanzierung betreut die LBB Kunden

mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland.

CCE REGIONALE VERTEILUNG

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %
Deutschland	32.386	34.524	82	83	39.639	36.504	50	44
Berlin	14.896	16.538	38	40	4.313	3.610	5	4
Alte Bundesländer	12.962	13.037	33	31	32.332	30.188	41	36
Neue Bundesländer	4.528	4.948	11	12	2.994	2.705	4	3
Ausland	6.923	6.542	18	16	40.147	46.876	50	56
Sonstige	87	412	0	1	0	0	0	0
CCE Konzern LBBH	39.396	41.478	100	100	79.787	83.379	100	100

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkunden-

geschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

CCE BRANCHENAUFTEILUNG

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %
Immobilienfinanzierung	20.373	19.919	52	48	273	193	0	0
Kreditgewerbe	4.493	5.215	11	13	58.182	64.763	73	78
Enthaftetes Geschäft	3.450	4.605	9	11	14	15	0	0
Privatpersonen	3.801	3.918	10	9	1	1	0	0
Handel & Gewerbe	2.084	2.642	5	6	587	631	1	1
Dienstleistungen	2.486	2.437	6	6	1.139	1.888	1	2
Gesundheit & Soziales	816	954	2	2	1	1	0	0
Gebietskörperschaften	566	719	1	2	18.762	15.555	24	19
Beteiligungsgesellschaften	723	663	2	2	421	68	1	0
Versicherungen	26	21	0	0	131	165	0	0
Chemische Industrie	25	12	0	0	123	84	0	0
Sonstige	551	375	1	1	153	17	0	0
CCE Konzern LBBH	39.396	41.478	100	100%	79.787	83.379	100	100

Die volumengewichtete Restlaufzeit liegt bei Kreditrisiken über der bei Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken.

CCE RESTLAUFZEITEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €	2009 in %	2008 in %
unter drei Monate	6.426	7.958	16	19	7.852	10.675	10	13
drei Monate bis ein Jahr	2.380	2.104	6	5	10.193	9.537	13	11
ein Jahr bis fünf Jahre	9.981	7.904	25	19	42.629	39.240	53	47
über fünf Jahre	20.609	23.513	52	57	19.113	23.928	24	29
CCE Konzern LBBH	39.396	41.478	100	100	79.787	83.379	100	100

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Die Schätzung erfolgt auf Ebene des Einzelkreditnehmers. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala

findet einheitlich über alle Geschäftsfelder Anwendung und ermöglicht die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die Landesbank Berlin verwendet kundengruppen-spezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die sie in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolvV wahr.

Zusätzlich zur Ausfallwahrscheinlichkeit werden in der Kreditbeurteilung auch fazilitätsspezifische Aspekte berücksichtigt und zu Risikoklassen verdichtet. Für die Risikoklasse wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Sie ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien, für die Intensität der Kreditüberwachung und bestimmt die Kreditkompetenz.

Risikobericht

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Sub-Performing Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Non-Performing Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert. Die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer werden berechnet und im Rahmen des Kreditrisikoreportings dargestellt.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

CURRENT CREDIT EXPOSURE KREDITQUALITÄT

Risikoklassen in Mio. €	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmersrisiken	
	2009	2008	2009	2008
1 bis 3	22.648	25.132	76.494	78.359
4 bis 7	6.713	6.717	2.287	3.963
8 bis 12	3.910	4.497	528	624
13 bis 15	997	698	136	16
keine Risikoklasse verfügbar	469	562	212	213
CCE Konzern LBBH – weder überfällig noch wertgemindert	34.738	37.606	79.658	83.175
Anteil am gesamt CCE Konzern LBBH	88,2 %	90,7 %	99,8 %	99,8 %
Gesamt CCE Konzern LBBH	39.396	41.478	79.787	83.379

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und proaktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmer-Limite

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

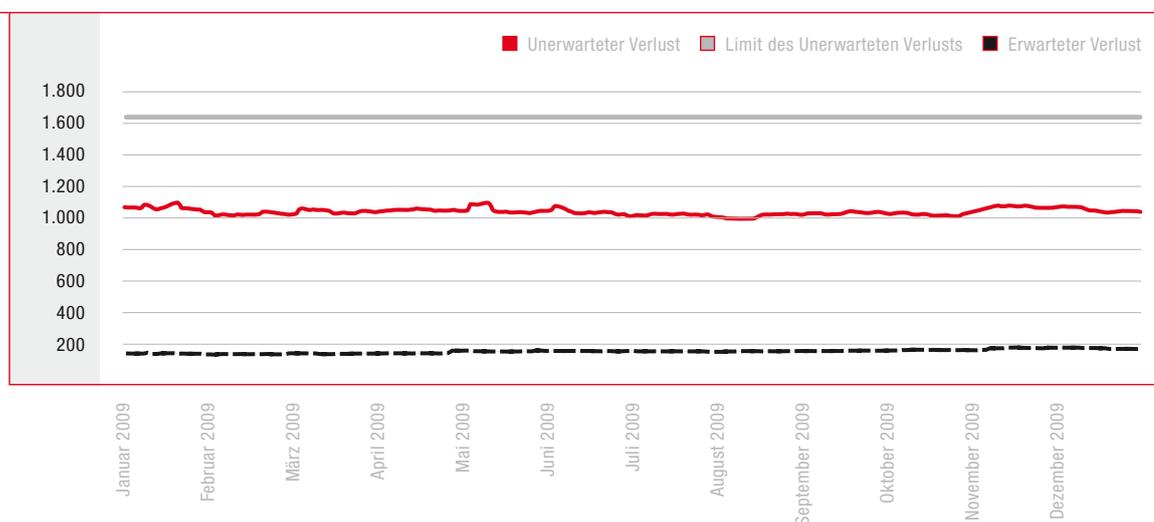
Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2009 dargestellt.

Risikobericht

Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limit-höhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisiko-Komitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure. Dies entspricht dem Current Credit Exposure inklusive Add-Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Wie im Folgenden dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 95 % auf unlimitierte Länder mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)).

Auslandsvolumen

in Mrd. €	2009	2008
Ohne Limitierung des Auslandsvolumens	39,3	46,6
davon		
Euro-Zone	23,3	28,6
Rest EU ohne Limitierung	8,0	9,8
Europa ohne Limitierung	1,5	1,3
Nordamerika	6,4	6,9
Limitiertes Auslandsvolumen	2,1	2,9
davon mit		
geringem Transferrisiko	1,7	2,2
mittlerem Transferrisiko	0,3	0,7
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	0,0	0,1
Auslandsvolumen des Konzerns	41,3	49,5

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risiko-

controllings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 253,8 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung.

Im Folgenden findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans, Sub-Performing Loans und Non-Performing Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtigt wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien wiedergegeben.

Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Non-Performing Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgeschirmt.

CURRENT CREDIT EXPOSURE DES KREDITRISIKOS

per 31.12.2009 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	5.074,0	16.036,8	4.178,1	9.761,6	35.050,4	26.932,2	146,4
davon in Verzug	184,5	684,2	72,3	368,7	1.309,8		
davon Rückstände	1,1	8,5	9,8	120,4	139,8		
Sub-Performing	320,6	512,8	49,9	421,3	1.304,6	841,7	146,4
davon in Verzug	111,6	54,3	5,6	135,9	307,4		
davon Rückstände	0,1	9,8	0,1	94,7	104,7		
Non-Performing	243,1	1.191,1	394,7	1.211,8	3.040,7	2.002,3	987,6
davon in Verzug	27,0	95,0	4,2	83,8	210,0		
davon Rückstände	0,1	9,8	0,7	16,1	26,6		
Konzern LBBH	5.637,7	17.740,6	4.622,7	11.394,7	39.395,7		
davon in Verzug	323,1	833,6	82,1	588,5	1.827,2		
davon Rückstände	1,3	28,1	10,5	231,1	271,1		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

²⁾ bei Good Loans und Sub-Performing Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;
bei Non-Performing Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

Risikobericht

CURRENT CREDIT EXPOSURE DES KREDITRISIKOS Vergleichswerte des Vorjahres

per 31.12.2008 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	8.496,9	13.510,5	5.573,8	10.149,1	37.730,3	29.023,3	152,5
davon in Verzug	100,3	197,5	75,7	448,6	822,1		
davon Rückstände	1,2	12,4	2,2	149,1	164,8		
Sub-Performing	102,8	328,5	54,5	501,3	987,1	658,3	152,5
davon in Verzug	7,1	62,8	12,1	207,5	289,6		
davon Rückstände	0,5	0,3	1,4	93,0	95,1		
Non-Performing	79,9	807,6	478,9	1.394,1	2.760,6	1.587,6	1.117,2
davon in Verzug	25,7	84,2	21,5	155,5	287,0		
davon Rückstände	0,1	0,3	6,5	28,8	35,7		
Konzern LBBH	8.679,6	14.646,7	6.107,2	12.044,6	41.478,0		
davon in Verzug	133,2	344,6	109,3	811,6	1.398,7		
davon Rückstände	1,8	12,9	10,1	270,9	295,6		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

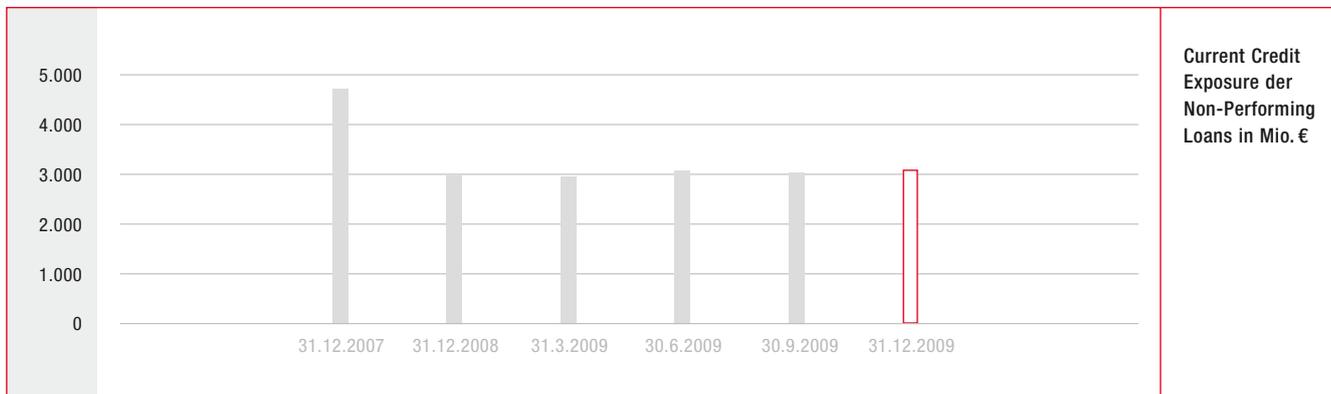
²⁾ bei Good Loans und Sub-Performing Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;

bei Non-Performing Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken bestehen in diesen Bereichen so gut wie keine Sub- oder Non-Performing Loans.

CURRENT CREDIT EXPOSURE DER EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN

in Mio. €	Alter								Summe		in % vom CCE der Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	0 bis 3 Monate		3 Monate bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		> 5 Jahre		2009	2008	2009	2008
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008				
Sub-Performing	0,2	0,0	0,0	0,0	93,6	14,9	42,2	1,2	136,1	16,0	0,17	0,02
Non-Performing	0,0	0,0	14,7	26,1	69,3	120,3	45,6	58,4	129,6	204,7	0,16	0,25
Summe	0,2	0,0	14,7	26,0	163,0	135,2	87,8	59,5	265,7	220,8	0,33	0,26



Das Current Credit Exposure der Non-Performing Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist nach einem Rückgang im Jahr 2008 im Berichtsjahr moderat gestiegen. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2009 bei 2,7 % (Vorjahresstichtag: 2,4 %).

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisiko-Vorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteileignerrisiken

Das Anteileignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Die Anteileignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung. Im Reporting sind Szenariobetrachtungen, zum Beispiel „Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure“, integriert.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Risikobericht

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die zugeordneten Beteiligungen berücksichtigt. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Das Anteilseignerrisiko im Konzern hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Verkäufe beziehungsweise Liquidationen um 5 Mio. € beziehungsweise 21 % reduziert. Mit der InvestitionsBank des Landes Brandenburg ist eine wesentliche Beteiligung zum Jahresende 2009 verkauft worden.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Auswirkungen der Finanzkrise

Die krisenbedingt eingeschränkte Funktion der Refinanzierungsmärkte im Vorjahr war im ersten Halbjahr 2009 weiterhin zu beobachten. Mit Greifen der Hilfsmaßnahmen seitens der Notenbanken und der staatlichen Unterstützungssysteme für den Finanzsektor hat sich im weiteren Jahresverlauf diese Situation verbessert. Eine Normalisierung der Märkte kann jedoch keinesfalls konstatiert werden. Die Abhängigkeit des Gesamtmarkts vom Fortbestehen der Unterstützungssysteme ist deutlich.

Für die LBB hat sich diese Entwicklung eher in den Refinanzierungspreisen statt in den Volumina niedergeschlagen. Im gesamten Jahresverlauf gelang es, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Aufrechterhaltung angemessener Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

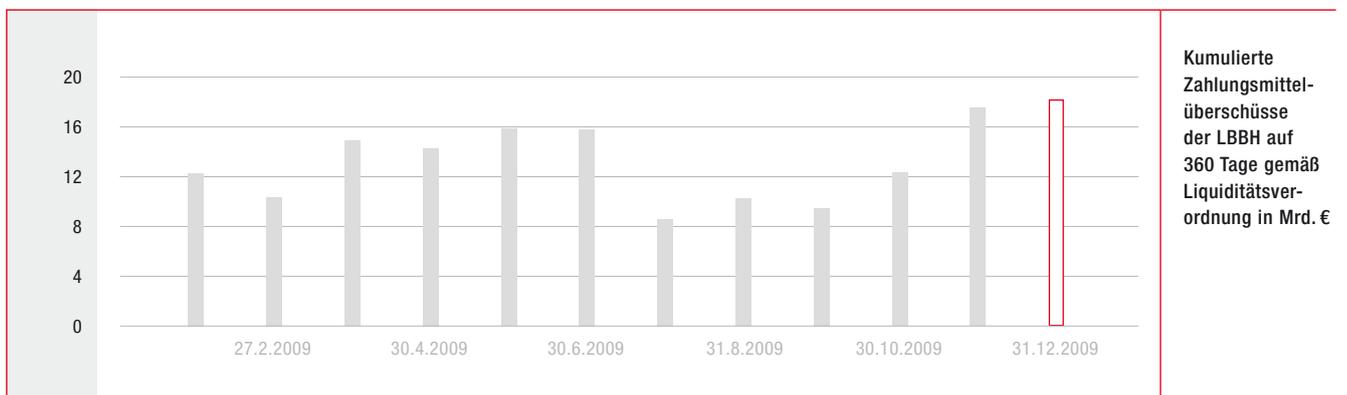
Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisiko-Messverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach Liquiditätsverordnung als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 365 Tage Beobachtungskennziffern errechnet.

Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo an die BaFin gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung:

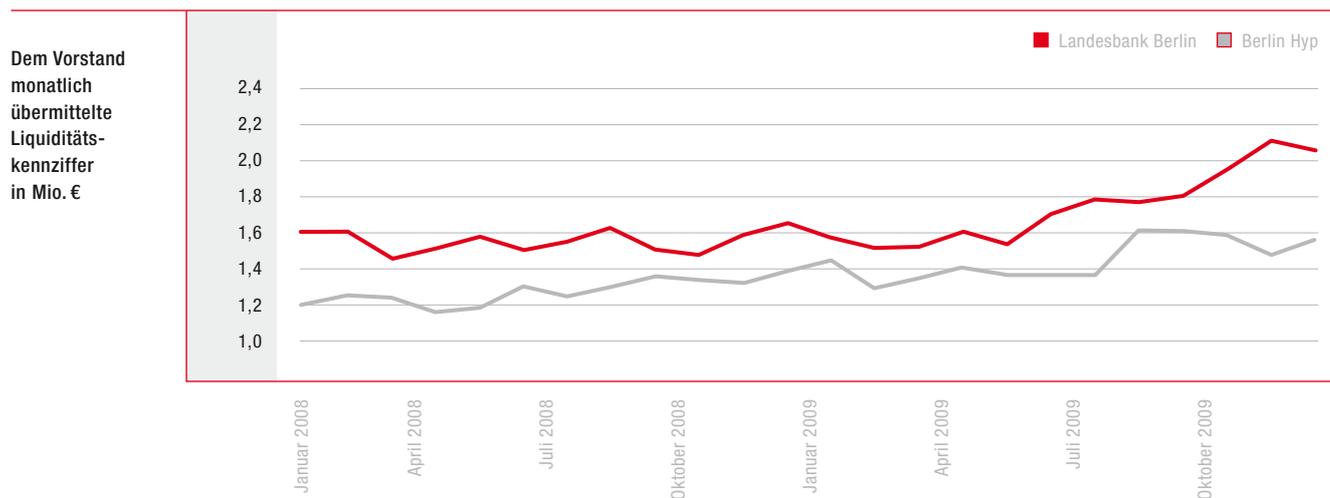


Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung der LBB wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Risikobericht

Die folgende Grafik zeigt die dem Vorstand monatlich übermittelte Liquiditätskennziffer.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

Teilinstitut	2009	2008
Landesbank Berlin	2,05	1,64
Berlin Hyp	1,54	1,37

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es wurden jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern eingeführt, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind.

Das interne Liquiditätsrisiko-Controlling wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie

die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisiko-Situation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen

der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2009 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiko-Politik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % im deutschen Raum. Durch den im Berichtsjahr krisenbedingt weiterhin gestörten Interbanken-Geldmarkt war die Deutsche Bundesbank der wichtigste Refinanzierungspartner. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

Risikobericht

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der notwendigen Refinanzierungen im Jahr 2009 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Auch alle Neuemissionen von Pfandbriefen der LBB wurden im Berichtsjahr als Privatplatzierungen getätigt, auf Jumbotransaktionen wurde verzichtet. Der Absatz sowohl der gedeckten als auch der ungedeckten Neuemissionen erfolgte mit einem Anteil von mehr als 90 % im Inland.

Die einzige Benchmark-Transaktion der LBB im Jahr 2009 war die Emission einer Nachranganleihe mit einem Volumen von 500 Mio. €. Bei wieder besser funktionierenden Kapitalmärkten im vierten Quartal des Geschäftsjahres konnte das zehnjährige Wertpapier im November erfolgreich begeben werden. Der Auslandsanteil dieser Transaktion war mit circa 80 % außergewöhnlich hoch.

ANGABEN AUS DER BILANZ (PASSIVA)

in %	2009	2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28,8	31,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24,4	22,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	20,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	19,7	18,6
Andere Passiva	7,2	6,7
Bilanzsumme Konzern	100,0	100,0

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2009 gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten

Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisiko-Controllings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

VERBINDLICHKEITEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mio. €	Kreditinstitute 2009
<= 1 Monat	25.537
> 1 Monat und <= 1 Jahr	18.032
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.664
Summe	45.232

in Mio. €	Kunden 2009
<= 1 Monat	23.385
> 1 Monat und <= 1 Jahr	4.398
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	5.948
Summe	33.731

in Mio. €	Emittierte Wertpapiere 2009
<= 1 Monat	382
> 1 Monat und <= 1 Jahr	11.461
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	31.424
Summe	43.267

in Mio. €	Derivate Verbindlichkeiten 2009
<= 1 Monat	3.823
> 1 Monat und <= 1 Jahr	5.569
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.037
Summe	15.429

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken (insbesondere Credit Spread-Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein. Das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs wird im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken ebenfalls ausgewertet und überwacht.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels-

als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Marktpreisrisikolimiten und -inanspruchnahmen im Konzern 2009

In der Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

MARKTPREISRISIKOLIMITE UND -INANSPRUCHNAHMEN IM KONZERN 2009

Einheit in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern 2009							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	31.12.2009	31.12.2008
Trading	11	20	5	10	20	37	40	15
Client Business	11	13	4	5	22	24	25	25
Treasury	79	121	36	49	186	195	180	160
Internationales Geschäft	1	1	0	1	2	5	5	5
Kapitalmarktgeschäft	86	137	38	56	210	221	180	175
Bankbuch Landesbank	60	39	26	17	166	98	150	150
Bankbuch Berlin Hyp	73	67	25	8	131	127	110	130
Sonstige Bankbücher	2	3	1	2	7	5	12	12
Bankbuch	118	98	47	23	235	210	260	290
Konzern	157	199	85	85	336	370	400	420
Aktienrisiko	17	27	11	14	47	58		
Währungsrisiko	9	12	2	4	25	28		
Zinsrisiko	80	78	23	32	193	153		
Credit Spread-Risiko	124	170	68	74	263	401		
Konzern	157	199	85	85	336	370		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikobericht

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommt eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie zwei Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses

Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2009 gegenüber Zinsschwankungen leicht aktivisch aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100, +130 beziehungsweise –190 Basispunkte werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

	+ 100 BP		+ 130 BP		– 190 BP	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Konzern	– 184	– 94	– 231	– 133	163	– 85
LBB	– 123	– 4	– 155	– 17	134	– 149
Berlin Hyp	– 44	– 79	– 55	– 103	– 15	38
Andere	– 17	– 10	– 22	– 13	45	25

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen bei Währungen ein. Das in der oben genannten Tabelle in Höhe von durchschnittlich 9 Mio. € aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2009 hielt der Konzern ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

Das Marktpreisrisiko ist im Vergleich zum 31. Dezember 2008 um 228 Mio. € auf 86 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt betrug es 157 Mio. €. Maßgeblichen Einfluss auf den stetigen Risikorückgang hatten die merklich beruhigten Marktbewegungen und das Ausbleiben stresshafter Sprünge, wobei jedoch die Volatilität bei Credit Spreads im langfristigen historischen Vergleich noch außergewöhnlich hoch war.

Das Marktpreisrisiko im Kapitalmarktgeschäft lag aufgrund der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 zum damaligen Jahresende über dem Limit, konnte aber bereits Mitte Januar 2009 wieder in die Limitgrenzen zurückgeführt werden. Unterjährig auffällig waren Risikobeiträge durch divergente Bewegungen von Swap- und Pfandbriefrenditen und

von Renditen von 3-Monats-Swaps und 6-Monats-Swaps. Diese Auffälligkeiten führten zum Beispiel im Juni auch zu kurzzeitigen Risikosprüngen.

Im Jahresverlauf 2009 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit 180 Mio. €) und das Bankbuch (Limit 260 Mio. €):



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimits/-auslastungen, der Stress-tests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risikocontrolling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch (inklusive Zinsmanagement) erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Alle zwei Wochen berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells gemeldet.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt den Konzern in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 2.000 zentralen Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen im Viertelstunden-Rhythmus. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge führt der Konzern das so genannte Hedge Accounting durch. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 7.7 im Konzernabschluss.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten),
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen durch die Finanzmarktkrise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden derzeit nur sehr selektiv und in sehr begrenztem Umfang vorgenommen. Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

VERBRIEFUNGSPORTFOLIO DES KONZERNS PER 31. DEZEMBER 2009

31.12.2009 in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating					
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. grade	Not rated
CMBS	148	148	73	48	6	21	–	–
RMBS	1.024	1.023	878	19	28	4	94	–
Verbriefte Auto Loans	267	266	236	26	–	3	–	–
Verbriefte Student Loans	513	513	352	161	–	–	–	–
Verbriefte Credit Cards	433	434	385	–	49	–	–	–
Ausgewählte strukturierte Verbriefungen	2.384	2.383	1.923	255	83	28	94	–
Synthetische CDOs	332	152	31	43	0	15	63	–
True-Sale-CDOs von nicht-strukturierten Underlyings	1.272	1.271	235	777	201	40	18	–
CDO of ABS	101	55	0	14	2	0	38	–
CDOs gesamt	1.705	1.478	266	834	204	54	119	–
Sonstige strukturierte Verbriefungen	820	692	267	128	137	59	–	101
Konzern LBBH	4.910	4.553	2.457	1.217	423	141	213	101

Risikobericht

Bei den sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind, sowie um Fonds, die Verbriefungen enthalten. Diese sind aufgrund des nicht vorhandenen externen Ratings zwar als „not rated“ aufgelistet, enthalten jedoch geratete Verbriefungen und wären gemäß interner Ratingmethodik mindestens analog B, zu über 80 % als BBB einzustufen.

Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure – aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte – der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Szenario-Analysen im Rahmen des Projekts Stresstesting erweitert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die strategischen Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2009 im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen um circa 3,1 Mio. € beziehungsweise 4 % leicht angestiegen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst

sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamt-Risikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle

Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenario-Analyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- einen Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet der Konzern derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2009 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 170 Mio. € (Vorjahr: 167 Mio. €) ermittelt.

Risikobericht

Der Konzern hat sein Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenario-Analyse (Festlegung des künftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium DakOR wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenario-Analyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung ÖffSchOR herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2009 einen Wert von 70,3 Mio. € (Vorjahr: 90 Mio. €), der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt ist.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den unten genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung der IT-Dienstleister wurde seitens der Finanz Informatik der Konzern über die Risiken eines Totalausfalls des Rechenzentrums in Hannover (Haupt- und Ersatzrechner) in Kenntnis gesetzt. Das angenommene Katastrophenszenario hat eine sehr geringe Eintrittswahrscheinlichkeit und ein sehr hohes Schadenspotenzial. Zur Risikominderung wurde vom Aufsichtsrat der Finanz Informatik im Jahr 2009 ein Projekt zur Sicherstellung eines zeitnahen Wiederanlaufs beauftragt.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 27002 ständig aktualisiert und verfeinert. Der Konzern hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit

sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Flankierend wird das Qualitätsmanagement kontinuierlich weiterentwickelt – so wurde die BankenService GmbH nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2009 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur:

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Verfahren sowie
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik bis April 2011.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Risikobericht

Darüber hinaus verfügt der Konzern vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Im Mai 2009 hat die Bank einen internen Arbeitskreis zur Bekämpfung einer Pandemie eingerichtet und in Abstimmung mit den staatlichen Stellen umfangreiche Abwehrmaßnahmen ergriffen.

Outsourcing

Aufgrund der Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat der Konzern im Jahr 2009 das interne Regelwerk turnusmäßig überarbeitet und eine weitergehende Risikoanalyse zur Bestimmung wesentlicher Auslagerungen eingeführt.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Organisation implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Holding, damals noch firmierend Bankgesellschaft Berlin AG, hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwai gen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA)

sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert.

Klage einer Fondsgesellschaft

Wie schon in den Vorjahren berichtet, hat die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € zuzüglich Zinsen gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – Letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die Landesbank Berlin AG (LBB) übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Landesbank Berlin Holding (LBBH) sowie die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG). Für die LBB und die LBBH umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Einzel- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 (nach E-DRÄS 5) zugrunde gelegt. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der Einzel- und Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen

Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der Internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management.

Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisiko-Strategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und -überwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und untersteht nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Veit.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von handelsrechtlichen Einzel- und Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz und implementiert. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben.

Die Interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen

und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die Interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Werden bei Kontrollen Abweichungen und Fehler festgestellt, erfolgt eine Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die weltweite Krise der Kapital- und Finanzmärkte ist entschärft, aber nicht bewältigt. Die private Investitionstätigkeit bleibt zunächst noch gedämpft und auch der Konsum entwickelt sich in den Regionen der Weltwirtschaft, die vormalig hohe Einfuhrüberhänge aufwiesen, schwach. Insgesamt kommt es damit nur zu einer langsamen Erholung.

Für die Wirtschaftsleistung Deutschlands werden in der ersten Jahreshälfte 2010 nur geringe Zuwächse erwartet. Die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen haben in ihrer Gesamtheit keine stimulierende Wirkung mehr, auch wenn öffentliche Infrastrukturmaßnahmen neuen Schub für die Bauwirtschaft mit sich bringen. Aus der Lagerentwicklung ergeben sich noch positive Wachstumsbeiträge. In diesem Kontext steigen allerdings auch die Einfuhren schneller an, so dass die Impulse über den Außenbeitrag begrenzt bleiben. Aufgrund von weiterhin verhaltenen Beschäftigungsaussichten und Kaufkraftverlusten, die mit anziehenden Energiepreisen einhergehen, ist der Konsum zunächst rückläufig.

Für die Region Berlin-Brandenburg wird erwartet, dass sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnik weiterhin als vergleichsweise stabil erweisen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt unverändert die Bauwirtschaft. In anderen Branchen bleibt das Wachstum aber mäßig.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bleiben die Ertragschancen aus der Fristentransformation bei vergleichsweise steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Zudem dürften die Belastungen durch Kreditausfälle zunehmen, je länger die gesamtwirtschaftliche Schwächephase dauert. Diese Konstellation würde mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, wobei auch die Diskussionen um höhere Eigenkapitalanforderungen eine zusätzliche Belastung darstellen könnten. Folglich setzen sich am deutschen Bankenmarkt die Tendenzen zur Bilanzverkürzung fort. Der Druck zur Konsolidierung hält weiter an.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt inzwischen eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister im öffentlich-rechtlichen Sektor ein, die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Sparkassen auf verschiedenen Produktfeldern wird ausgebaut.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen. Der gesamtwirtschaftliche Konjunkturunbruch ist

in Berlin schwächer ausgefallen, weil Industrie und Exportwirtschaft unterrepräsentiert sind. Das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion des Konzerns ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Fortsetzung der sich bereits gegen Jahresende 2009 abzeichnenden konjunkturellen Erholung in Verbindung mit einer positiven Entwicklung an den Börsen bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Darüber hinaus würden sich positive Effekte für die Bewertung der strategischen Portfolien ergeben.

Hinzu kommt, dass die aufgrund der Finanzkrise eingeschränkten Möglichkeiten von Konkurrenzinstituten, ihre Geschäfte auszuweiten, dem Konzern die Möglichkeit eines verstärkten Wachstums in seinen Kerngeschäftsfeldern eröffnen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen allgemeinen Ausrichtung werden in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Chancen ergeben sich aus den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft und einer Zusammenarbeit mit den Sparkassen in der Konsumentenfinanzierung.

Die neu entwickelten Girokontenmodelle, die zum Jahresbeginn 2009 am Markt eingeführt wurden, unterstützen die Aktivitäten zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Stellung im Regionalgeschäft. Die Anzahl der Kontoschließungen konnte deutlich gesenkt werden, die Anzahl der Girokontoinhaber wächst wieder.

Prognosebericht / Ausblick

Darüber hinaus wurde mit dem Projekt „Wege zum Kunden“ ein mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Bank sehr wichtiges Vorhaben im Privatkundengeschäft gestartet. Das im laufenden Jahr begonnene Strategieprojekt zur Neuausrichtung des Vertriebs wird ab 2010 schrittweise umgesetzt. Hierdurch soll die Betreuungsqualität der Kunden weiter verbessert und das Geschäft ausgebaut werden. Mit der Intensivierung der Kundenbeziehungen und dem weiteren Wachstum des Geschäftsvolumens sollen entsprechende Ertragssteigerungen einhergehen.

Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Das Wertpapiergeschäft sollte sich zumindest teilweise wieder von den Folgen der Finanzkrise erholen. In der Konsumentenfinanzierung ist beim klassischen Absatzfinanzierungsgeschäft sowie beim ADAC-Mobilitätskredit ein moderates Wachstum geplant. Darüber hinaus wird die Etablierung einer überregionalen Kreditplattform für Sparkassen angestrebt. Aufgrund der Expansionsstrategie in der Konsumentenfinanzierung wird erwartet, dass die Risikovorsorge planmäßig steigt. Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird intensiviert.

Das Geschäft mit Privaten Kunden der Berliner Sparkasse soll sich auch künftig stabil entwickeln und in den nächsten zwei Jahren eine Eigenkapitalrentabilität in der Größenordnung von 25 % gewährleisten.

Firmenkunden

Die Landesbank Berlin AG will auch in Zukunft für die Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg die kundennahe, kompetente Regionalbank mit einem umfassenden Finanzdienstleistungsangebot sein. Strategisches Ziel bleibt die Festigung der starken Marktposition, verbunden mit einem weiteren Ausbau der Ertragsbasis.

Diese Ziele werden durch Maßnahmen zur Stärkung der Kundenbindung, die Erweiterung der Potenzialausschöpfung bei bestehenden Kundenverbindungen und die Akquisition von Neukunden unterstützt. An der strengen ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik wird auch künftig festgehalten. Das marktgerechte Produkt- und Serviceangebot im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im provisionstragenden Dienstleistungsgeschäft wird regelmäßig bedarfsgerecht strukturiert.

Dabei hat die Umsetzung der Qualitätsstrategie in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung. Das Firmenkundengeschäft soll sich weiterhin stabil entwickeln und in den nächsten zwei Jahren eine Eigenkapitalrentabilität von circa 20 % erzielen.

Immobilienfinanzierung

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Mischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios. Die Auswirkungen der Krise

werden auch 2010 an den Immobilienmärkten noch zu spüren sein, weshalb nur mit einem leichten Rückgang der Risikovorsorge zu rechnen ist. Das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft dürfte sich dennoch auch künftig positiv entwickeln. Wir gehen davon aus, im Jahr 2010 ein Neugeschäft etwa in Vorjahreshöhe, eine moderate Erhöhung des Kreditbestands und eine Eigenkapitalrentabilität von circa 20 % zu erzielen.

Kapitalmarktgeschäft

Zur weiteren Stärkung des kundenorientierten Geschäfts und im Sinne einer Positionierung der LBB als Dienstleister für die Sparkassen rückt die Etablierung dauerhafter Geschäftsbeziehungen zu den deutschen Sparkassen in den Fokus der Vertriebsaktivitäten des Client Business. Die Mehrproduktbeziehungen sollen in allen Kundengruppen ausgeweitet werden. Nach einer Belebung des Geschäfts in der zweiten Jahreshälfte 2009 konnten die Vorjahresvolumina bei Zertifikaten wieder erreicht werden. Insgesamt wird eine weitere Erholung dieses Segments für 2010 erwartet, wobei der Trend zu Zins- und Kreditprodukten anhalten wird.

Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst Publikumsfonds sowie Spezialfonds für Institutionelle. Die Positionierung der LBB-INVEST als Nischenanbieter („Boutique“) wird weiter vorangetrieben. Innerhalb der Sparkassenorganisation wird erweiternd dazu eine Etablierung der LBB-INVEST als Anbieter von Speziallösungen neben dem großen Standardangebot der Deka-Bank angestrebt. Nach anfänglichen marktbedingten Rückgängen konnte bis zum Ende des Jahres 2009 das Vorjahresniveau wieder erreicht werden. Für 2010 erwartet der Konzern eine Belebung des Fondsgeschäfts.

Das Internationale Geschäft wird in der Zielregion Zentral- und Osteuropa mit unverändertem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen und mit besonderem Augenmerk auf die Länderrisiken der Zielregion fortgeführt. Die Angebotspalette wird gezielt um Produkte erweitert, die auf die Bedürfnisse der Sparkassen zugeschnitten sind und das Angebot der LBB sinnvoll ergänzen.

Die Bedeutung von Treasury und Trading für den Gesamterfolg des Kapitalmarktgeschäfts bleibt weiterhin hoch. Die Entwicklung hin zu einem rendite- / risikooptimierten Zielfortfolio wird sich fortsetzen. Zugleich wird die Reduzierung des Investitionsvolumens bei vermindertem Kreditrisiko und der Beibehaltung von Zielerträgen angestrebt. Die relevanten Marktpreis- und Ausfallrisiken werden dabei sowohl einzelfallbezogen als auch unter Portfoliogesichtspunkten betrachtet. Damit wird die LBB den Anforderungen des geänderten Marktumfelds und der neuen Risikosituation durch die Finanzkrise gerecht.

Der Eigenhandel konzentriert sich auf die Strategien, in denen bewährtes Produkt- und Markt-Know-how vorhanden sind und mit reduziertem Risiko angemessene Erträge erzielt werden können.

Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft eine Eigenkapitalrentabilität von 20 % an.

Prognosebericht / Ausblick

Soll / Ist-Vergleich

Das operative Ergebnis des Konzerns im Jahr 2009 ist etwas hinter der ursprünglichen Planung zurückgeblieben. Die Finanzmarktkrise führte dazu, dass sich die Kunden im Wertpapiergeschäft zurückhielten und daher die geplanten Provisionserträge in dieser Sparte nicht erreicht wurden. Die Niedrigzinspolitik der EZB belastete die Margen im Einlagengeschäft, gleichzeitig konnte der Zinsüberschuss durch das Ausnutzen der steileren Zinskurve gestützt werden. Der gesamtwirtschaftliche Einbruch führte zu einer erhöhten Kreditrisikovorsorge. Die Geschäftsfelder Private Kunden und Immobilienfinanzierung konnten daher die Planungen nicht ganz erreichen, während die Ergebnisse der übrigen strategischen Geschäftsfelder im Zielkorridor lagen.

Schätzverfahren / Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Daneben ist absehbar, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung der Kreditinstitute verschärft werden. Für das Jahr 2010 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2014 unterstellt der Konzern grundsätzlich funktionierende Märkte. Bereits erkennbare Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die übrige Wirtschaft wurden planerisch berücksichtigt. Mittelfristig geht der Konzern davon aus, dass die Zinsstrukturkurve sich wieder auf ein Niveau wie vor der Finanzmarktkrise entwickeln wird. Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite

Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der Kerngeschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2014 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Konzern erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung seiner Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Daher geht die Bank davon aus, ihre positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die noch nicht absehbaren Folgen des konjunkturellen Abschwungs erschweren jedoch eine Prognose. Ungeachtet dessen geht der Vorstand für die nächsten zwei Jahre davon aus, das „Operative Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ sukzessive steigern zu können, die Kapitalbasis des Konzerns kontinuierlich zu stärken, eine Dividendenzahlung zu ermöglichen und eine Eigenkapitalrendite von circa 15 % zu erreichen.

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	114
Der Konzern im Quartalsvergleich	116
Bilanz des Konzerns	118
Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	119
Kapitalflussrechnung des Konzerns	120
Notes	122

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %	
Zinsüberschuss	21	862	1.247	-385	-31
Zinserträge		4.686	6.919	-2.233	-32
Zinsaufwendungen		3.824	5.672	-1.848	-33
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	185	63	122	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		677	1.184	-507	-43
Provisionsüberschuss	23	262	302	-40	-13
Provisionserträge		395	439	-44	-10
Provisionsaufwendungen		133	137	-4	-3
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-15	-18	3	17
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	478	-344	822	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-97	-308	211	69
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-14	-18	4	22
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	41	139	-98	-71
Verwaltungsaufwendungen	29	985	940	45	5
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		347	-3	350	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	-8	12	-20	< -100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		339	9	330	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	67	-35	102	> 100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		272	44	228	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		15	12	3	25
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		257	32	225	> 100

Ergebnis je Aktie	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	257	32	> 100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)²⁾	0,26	0,03	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ verwässertes / unverwässertes Ergebnis

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %	
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	272	44	228	> 100
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	616	– 479	1.095	> 100
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	18	288	– 270	– 94
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	– 18	– 138	120	87
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	18	5	13	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	– 33	28	– 61	< – 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	11	– 7	18	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile ²⁾	2	(– 3)	5	> 100
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	132	– 91	223	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	– 6	– 41	35	85
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	– 10	8	– 18	< – 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	0	1	x
Erfolgsneutrales Ergebnis³⁾	461	– 472	933	> 100
Gesamtergebnis der Periode	733	– 428	1.161	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	19	9	10	> 100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	15	12	3	25
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	4	– 3	7	> 100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	714	– 437	1.151	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ Berücksichtigung dieser Veränderung ab dem ersten Quartal 2009 gemäß IAS 1.82 im erfolgsneutralen Ergebnis; zuvor in den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals enthalten (Angabe Vorjahreszahlen nachrichtlich)

³⁾ einschließlich Anteilen im Fremdbesitz, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Der Konzern im Quartalsvergleich

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	IV / 2009	III / 2009	II / 2009	I / 2009	IV / 2008 ¹⁾	III / 2008 ¹⁾	II / 2008 ¹⁾	I / 2008 ¹⁾
Zinsüberschuss	188	197	222	255	369	315	287	276
Zinserträge	1.015	1.055	1.178	1.438	1.596	1.701	1.789	1833
Zinsaufwendungen	827	858	956	1.183	1.227	1.386	1.502	1557
Risikoversorge im Kreditgeschäft	47	77	38	23	50	-6	32	-13
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	141	120	184	232	319	321	255	289
Provisionsüberschuss	73	64	63	62	67	77	75	83
Provisionserträge	109	100	96	90	106	110	107	116
Provisionsaufwendungen	36	36	33	28	39	33	32	33
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	4	-7	-20	8	-21	2	6	-5
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	91	156	144	87	-116	-115	-12	-101
Ergebnis aus Finanzanlagen	-13	-20	-22	-42	-56	-234	-2	-16
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-12	-5	2	1	-6	-4	-3	-5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12	8	12	9	64	34	17	24
Verwaltungsaufwendungen	259	227	245	254	243	216	241	240
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	37	89	118	103	8	-135	95	29
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-4	-1	-2	-1	-2	0	0	14
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	33	88	116	102	6	-135	95	43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-15	53	17	12	-49	-7	15	6
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	48	35	99	90	55	-128	80	37
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	2	5	5	3	9	2	-11	12
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	46	30	94	87	46	-130	91	25

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	IV / 2009	III / 2009	II / 2009	I / 2009	IV / 2008 ¹⁾	III / 2008 ¹⁾	II / 2008 ¹⁾	I / 2008 ¹⁾
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	48	35	99	90	55	-128	80	37
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	67	225	147	177	8	-17	-3	-467
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-5	-1	9	15	73	195	5	15
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	18	6	0	-42	-70	-34	-29	-5
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	4	5	5	4	-3	6	4	-2
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	5	-40	-60	62	40	-19	-59	66
Rücklage aus Währungsumrechnung	-2	7	18	-12	-7	0	0	0
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile ²⁾	1	4	-3	0	(2)	(-1)	(-3)	(-1)
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	15	68	24	25	3	3	4	-101
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	5	-11	0	0	2	1	1	-45
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	2	-12	-19	19	12	-6	-18	20
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	1	0	0	0	0	0	0
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis³⁾	67	156	97	141	-46	-68	-78	-280
Gesamtergebnis der Periode	115	191	196	231	9	-196	2	-243
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	5	5	6	3	9	1	12	-13
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	2	5	5	3	9	2	-11	12
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	3	0	1	0	0	-1	23	-25
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	110	186	190	228	0	-197	-10	-230

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) Berücksichtigung dieser Veränderung ab dem ersten Quartal 2009 gemäß IAS 1.82 im erfolgsneutralen Ergebnis; zuvor in den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals enthalten (Angabe Vorjahreszahlen nachrichtlich)

3) einschließlich Anteile im Fremdbesitz, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2009

Aktiva

in Mio. €	Notes	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung		1.1.2008
				in %		
Barreserve	8, 33	1.342	1.727	-385	-22	986
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	22.461	22.369	92	0	26.514
Forderungen an Kunden	7, 35	48.592	47.462	1.130	2	47.026
Risikovorsorge	7, 36	-1.116	-1.245	129	10	-1.411
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	983	749	234	31	397
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	7, 38	17.586	18.295	-709	-4	13.637
Finanzanlagen	7, 39	48.687	50.466	-1.779	-4	50.696
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	106	98	8	8	129
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	654	650	4	1	665
Sachanlagen	11, 12, 42	569	578	-9	-2	583
Investment Properties	14, 43	86	65	21	32	82
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	34	99	-65	-66	85
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	795	930	-135	-15	795
Sonstige Aktiva	45	3.043	3.074	-31	-1	1.915
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	15, 46	13	71	-58	-82	66
Gesamt		143.835	145.388	-1.553	-1	142.165

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Passiva

in Mio. €	Notes	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung		1.1.2008
				in %		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	41.370	45.950	-4.580	-10	50.686
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	35.129	32.720	2.409	7	29.552
Verbrieftete Verbindlichkeiten	7, 49	28.657	29.826	-1.169	-4	30.517
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	1.624	1.340	284	21	985
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	28.321	27.097	1.224	5	21.893
Rückstellungen	16, 52	1.214	1.168	46	4	1.270
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	136	157	-21	-13	199
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	15	33	-18	-55	32
Sonstige Passiva	54	2.113	1.915	198	10	1.018
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	55	0	83	-83	-100	1
Nachrangkapital	18, 56	2.544	3.137	-593	-19	3.163
davon Stille Einlagen		700	687	13	2	700
Eigenkapital	19, 57	2.712	1.962	750	38	2.849
Gezeichnetes Kapital	19, 57	2.555	2.555	0	0	2.555
Kapitalrücklage	19, 57	77	76	1	1	76
Gewinnrücklagen	19, 57	137	-76	213	>100	-12
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 57	1	-9	10	>100	-182
Neubewertungsrücklagen	19, 57	-196	-664	468	70	-2
Anteile im Fremdbesitz	19, 57	138	80	58	73	414
Gesamt		143.835	145.388	-1.553	-1	142.165

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2007		2.555	76	-143	-2	-182	414	113	2.831
Anpassungen gemäß IAS 8	58			131				-113	18
Eigenkapital zum 31.12.2007 angepasst		2.555	76	-12	-2	-182	414	0	2.849
Konzernüberschuss/Ergebnis nach Steuern	32						12	17	29
Ausschüttungen				-100					-100
Erfasste Erträge und Aufwendungen				20	-7	-482	-3		-472
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			1			-343 ¹⁾	-17 ²⁾	-359
Eigenkapital zum 31.12.2008	19, 57	2.555	76	-93	-9	-664	80	0	1.945

¹⁾ darunter aus Entkonsolidierungen -187 Mio. € Albatros Select Fund, -68 Mio. € Keppler Global Value, -116 Mio. € Lingohr Alpha

²⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2008	19, 57	2.555	76	-93	-9	-664	80	0	1.945
Anpassungen gemäß IAS 8				17					17
Eigenkapital zum 31.12.2008 angepasst		2.555	76	-76	-9	-664	80	0	1.962
Konzernüberschuss/Ergebnis nach Steuern	32						15	257	272
Erfasste Erträge und Aufwendungen				-21	10	468	4		461
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5		1	234			39	-257 ¹⁾	17
Eigenkapital zum 31.12.2009	19, 57	2.555	77	137	1	-196	138	0	2.712

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

in Mio. €	Notes	2009	2008 ¹⁾
Konzernjahresüberschuss		272	44
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26	319	419
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	52	136	45
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-783	536
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	4	-26
Zinsüberschuss	21	-863	-1.247
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-362	-604
Zwischensumme		-1.277	-833
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	-244	4.081
Forderungen an Kunden	35	-1.383	-598
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	1.795	-5.779
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-101	-1.323
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-9.924	-10.967
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		12.088	11.297
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-4.422	-4.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	2.415	3.214
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-1.024	-709
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	948	5.101
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		178	972
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.773	6.985
Gezahlte Zinsen		-3.740	-5.873
Ertragsteuerzahlungen		-6	-29
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		76	885
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	58	86
Sachanlagen	42	1	33
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	1
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-1	-23
Sachanlagen	42	-25	-34
Immateriellen Vermögenswerten	41	-26	-14
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		7	49
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		0	0
Dividendenzahlungen		0	-100
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	56	606	170
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	56	-1.074	-263
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-468	-193
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode		1.727	986
Cashflow aus operativer Tätigkeit		76	885
Cashflow aus Investitionstätigkeit		7	49
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-468	-193
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode		1.342	1.727

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Notes – Inhalt

Allgemeine Angaben (Notes)	124
1 Grundlagen der Berichterstattung	124
2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften	124
3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	126
4 Konsolidierungsgrundsätze	128
5 Konsolidierungskreis	129
6 Segmentberichterstattung	130
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	135
7 Finanzinstrumente	135
8 Barreserve	141
9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	141
10 Immaterielle Vermögenswerte	141
11 Sachanlagen	141
12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	142
13 Leasinggeschäft	143
14 Investment Properties	143
15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	144
16 Rückstellungen	145
17 Ertragsteuern	145
18 Nachrangkapital	146
19 Eigenkapital	146
20 Außerbilanzielles Geschäft	147
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	148
21 Zinsüberschuss	148
22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	148
23 Provisionsüberschuss	149
24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	149
25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	150
26 Ergebnis aus Finanzanlagen	150
27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	151
28 Sonstiges betriebliches Ergebnis	151
29 Verwaltungsaufwendungen	152
30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	154
31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	154
32 Ergebnis je Aktie	155

Angaben zur Bilanz (Notes)	156
33 Barreserve	156
34 Forderungen an Kreditinstitute	157
35 Forderungen an Kunden	158
36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	159
37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	162
38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	162
39 Finanzanlagen	163
40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	164
41 Immaterielle Vermögenswerte	165
42 Sachanlagen	166
43 Investment Properties	167
44 Ertragsteueransprüche	167
45 Sonstige Aktiva	168
46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	168
47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	169
48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	170
49 Verbriefte Verbindlichkeiten	171
50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	172
51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	172
52 Rückstellungen	174
53 Ertragsteuerverpflichtungen	180
54 Sonstige Passiva	180
55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	181
56 Nachrangkapital	181
57 Eigenkapital	181
Sonstige Erläuterungen (Notes)	182
58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8	182
59 Treuhandgeschäfte	183
60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	183
61 Risikomanagement	184
62 Angaben zu Finanzinstrumenten	185
63 Sicherheiten	190
64 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	190
65 Anzahl Arbeitnehmer	196
66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009	196
67 Anteilsbesitzliste	197
68 Corporate Governance	201

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, ist oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2009 unmittelbar und mittelbar 98,66 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2009 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2009 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Eine Übersicht aller angewandten Standards ist in der nachfolgenden Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern grundsätzlich alle gültigen und zum Stichtag verpflichtend anzuwendenden Standards. Der Konzernabschluss 2009 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und den folgenden relevanten IAS/IFRS:

Norm	Titel	Stand / Letzte Änderung	Tag der Erstanwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2007 / 14.2.2008	1.1.2009
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992 / Dez. 1992	1.1.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000 / Okt. 2000	1.1.2001
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez. 1998	1.1.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / 16.12.2004	1.1.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003 / 15.12.2005	1.1.2006
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2008 / 22.5.2008	1.1.2009
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2008 / 14.2.2008	1.1.2009
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998 / Sept. 1998	1.7.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 27.11.2008	1.7.2008
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	2004 / 31.3.2004	1.1.2005
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	18.8.2005 / 5.3.2009	1.1.2007 / 1.1.2009
IFRS 8	Geschäftssegmente	2006 / 30.11.2006	1.1.2009

Soweit Standardänderungen aus den Improvements IFRSs Mai 2008 sowie April 2009 resultieren und diese verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden waren, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, wurden diese berücksichtigt; eine vorzeitige Anwendung dieser Standardänderungen erfolgt nicht. Materielle Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns resultieren aus den im Geschäftsjahr erstmals angewandten Improvements IFRSs nicht. Die zukünftig verpflichtend anzuwendenden Improvements IFRSs werden keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Die Standards IAS 2, 11, 20, 23, 26, 29, 34 und 41 sowie IFRS 1, 2, 4 und 6 waren für den Konzern nicht einschlägig und wurden daher im Konzernabschluss nicht angewendet.

Losgelöst von den Standardänderungen aus den Improvements IFRSs waren folgende Standardänderungen zum Stichtag noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren künftige Anwendung wird keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben:

Norm	Titel	Stand / Letzte Änderung	Tag der Erstanwendung	Geplante Erstanwendung im Konzern
IAS 27	Amendments to IAS 27 Consolidated and Separate Financial Statements	rev. 2008 / 10.1.2008	1.7.2009	1.1.2010
IAS 32	Amendments to IAS 32 Financial Instruments: Presentations Classification of Rights Issues	rev. 2008 / 8.10.2009	1.2.2010	1.1.2011
IAS 39	Amendments to IAS 39 Financial Instruments: Recognition and Measurement: Eligible Hedged Items	rev. 2004 / 3.8.2008	1.7.2009	1.1.2010
IFRS 3	Revised IFRS 3 Business Combinations	rev. 2008 / 10.1.2008	1.7.2009	1.1.2010

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug	Stand	Tag der Erstanwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	Nov. 1998 / Nov. 2004	1.1.2005
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	Dez. 1998 / Sept. 2007	1.1.2009
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	Juli 2000 / Sept. 2007	1.1.2009
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	Juli 2000 / Sept. 2007	1.1.2009
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	Dez. 2001 / Sept. 2007	1.1.2009
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	2.12.2004 / 30.11.2006	1.1.2008
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	IAS 39	1.3.2006	1.6.2006
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	IAS 34, 36, 39	20.7.2006 / 6.9.2007	1.1.2009
IFRIC 13	Kundenbindungsprogramme	IAS 8, 18, 37	28.6.2007	1.7.2008

Die Interpretationen SIC-7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5-7, 12 und 14–18 waren für den Konzern nicht einschlägig beziehungsweise noch nicht anzuwenden und wurden daher im Konzernabschluss nicht berücksichtigt.

Allgemeine Angaben (Notes)

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2009 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung
DRS 15a	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht
DRS 17	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den neuen Standard IFRS 9 – Financial Instruments. Der neu veröffentlichte Standard ist der erste Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2013 oder später beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist grundsätzlich zulässig.

Die Übernahme des neuen Standards in EU-Recht (Endorsement) wurde vom Jahr 2009 auf das Jahr 2010 verschoben, vor der Übernahme in EU-Recht ist eine Erstanwendung innerhalb des EU-Raums nicht zulässig.

Die Bank verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 und wird sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vorbereiten. Da es sich um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ nicht abschätzbar.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss 2009 der Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsgesamtheiten, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

Nach der extremen Marktsituation des Geschäftsjahres 2008 existierten im Jahr 2009 nur noch wenige Finanzinstrumente, bei denen zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73) konnte.

Der Fair Value-Bewertungshierarchie des IAS 39 folgend, musste in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen werden (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Die der Bewertung dieser Finanzinstrumente zugrunde liegenden angemessenen Bewertungsmodelle und deren Parametrisierung führen zu einer realistischeren Berechnung des Fair Value.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Bei den vorliegenden nicht aktiven Märkten erfolgt die Berechnung auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorien-spreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrumentspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps oder eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen, errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 7.3), die Rückstellungen (Note 16) und die latenten Steuern (Note 17).

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 erfolgte für vom Konzern genutzte Finance Lease-Immobilien eine Neueinschätzung der Wahrscheinlichkeit der Ausübung von Andienungs- und Erwerbsrechten. Die Auswirkungen der Änderungen werden prospektiv erfolgswirksam in zukünftigen Perioden erfasst (IAS 8.36). Zum Stichtag 31. Dezember 2009 erfolgte eine erfolgswirksame Anpassung der Grundstücksbuchwerte und Leasingverbindlichkeiten gemäß IAS 8.37 in Höhe von 17 Mio. €.

Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Zahlungen in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Erfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2008 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Seit dem Zwischenbericht zum 31. März 2009 werden die Regeln des geänderten IAS 1 (revised 2007) umgesetzt. In diesem Zusammenhang wird nunmehr eine Gesamtergebnisrechnung dargestellt, welche neben der Gewinn- und Verlustrechnung auch erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen umfasst. Eine Beschreibung der im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen ist somit entbehrlich.

Die extreme Marktsituation, die seit 2008 vorlag, hat sich im Laufe des Berichtsjahres deutlich entspannt. An den Märkten konnte eine höhere Aktivität beobachtet werden. Das zeigte sich unter anderem in gestiegener Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen und belastbareren Quotierungen. Dadurch konnten Finanzinstrumente, für die bislang keine belastbaren Quotierungen erhältlich waren, mit Marktpreisen (Quotierungen externer Anbieter) bewertet werden. Es blieben jedoch Finanzinstrumente übrig, für die zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden konnte (IAS 39.AG71-73).

Die Credit Spreads, die für die Bewertung verwendet wurden, wurden ständig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst. Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2009 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2008 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 58) dieses Berichts.

Allgemeine Angaben (Notes)

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.28 nach konzernerheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

29 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 6 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene der Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 67) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2009 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2009 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzernerheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2009 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 104 Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt dar:

	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009
Tochterunternehmen	21	0	1	20
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	12	0	1	11
Dotationsbestand Publikumsfonds	3	1	1	3
weitere SIC-12-Gesellschaften	70	1	1	70
Gesamt	106	2	4	104

Im November 2009 erhöhte die Berlin Hyp ihr Grundkapital um 84,9 Mio. € auf 658,3 Mio. €. Durch Partizipation der Landesbank Berlin AG an der Kapitalerhöhung stieg deren Anteilsquote an der Berlin Hyp von 90,38 % auf 91,58 %.

Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2008 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

Zugänge	
Führ-Corporate Bond-LBB-INVEST, Berlin	Neuaufgabe eines Publikumsfonds durch die LBB-INVEST, Berlin (zum Stichtag 30. Juni 2009)
RR II R-11804, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Bond-Programms

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

Abgänge	
ABN AMRO EMMA INKA, Düsseldorf	Schließung des Spezialfonds
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i.L., Berlin	Diese Gesellschaft wird nur noch als Beteiligung ausgewiesen.
Führ-Corporate Bond-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode (zum Stichtag 30. September 2009)
RR II R-11295, City of Wilmington / Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option Bond-Programms

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

Allgemeine Angaben (Notes)

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftssegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** betrug das operative Ergebnis im Berichtsjahr 73 Mio. € und lag damit um 52 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 125 Mio. €.

Der Zinsüberschuss lag mit 357 Mio. € um 2 % beziehungsweise 8 Mio. € unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2008 Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters VISA in Höhe von 19 Mio. € enthalten waren. Positive Effekte im Jahr 2009 resultierten insbesondere aus dem Drittkartengeschäft und der Absatzfinanzierung.

Das Stichtagsvolumen der Landesbank Berlin AG, insbesondere der Einlagen, wuchs im Segment Private Kunden zum Stichtag 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 6 %. Der Anstieg ist auch Folge der Finanzmarktkrise, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenzuflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das Stichtagsvolumen der Allzweckdarlehen um 7 % im Vergleich zum Vorjahresendbestand. Im Jahr 2009 war zudem der Erfolg der neuen Produktpalette bei Privatgirokonten deutlich spürbar: Per 31. Dezember 2009 wurde bereits ein Bestand von mehr als 483.000 Konten in den neuen Kontomodellen verzeichnet.

Der Provisionsüberschuss lag 2009 mit 201 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Während der Ertrag im Kartengeschäft um 9 Mio. € gesteigert wurde, lag der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft aufgrund starker Zurückhaltung der Anleger um 7 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Vom schwierigen Marktumfeld profitierte weiterhin erheblich der Absatz eigener Schuldverschreibungen. Der Bestand erhöhte sich bei der Landesbank Berlin AG um 71 % auf 628 Mio. €. Der Absatz von Personen-Versicherungsprodukten blieb um 35 Mio. € unter dem guten Vorjahresniveau. Dies konnte durch den erhöhten Absatz von Sachversicherungen kompensiert werden (+ 75 Mio. €). Insgesamt betrug die nettopolicierete Beitragssumme im Berichtszeitraum 334 Mio. € und lag damit 40 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) konnte die LBB im Vergleich zum 31. Dezember 2008 sowohl bei den Provisionserträgen als auch bei den Kreditkartenkonten (+ 6 %) wachsen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 60 Mio. € lag über dem Vorjahresniveau (37 Mio. €). Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Risikovorsorge im Kartengeschäft und der Konsumentenfinanzierung zurückzuführen. Darüber hinaus ergab sich eine Anpassung in der Portfoliowertberichtigung.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen lag mit – 16 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert und ist unter anderem mit einem erhöhten Abschreibungsbedarf auf eine Beteiligung belastet.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 413 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Mitarbeiterkapazitäten (MAK) verzeichneten 2009 einen leichten Rückgang (– 6 MAK).

Das Segment **Firmenkunden** entwickelte sich im Jahr 2009 trotz der anhaltend schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen erneut gut. Das Zinsergebnis stieg spürbar um 25 Mio. € auf 139 Mio. €. Dazu trug der Anstieg der Kundenverbindlichkeiten bei, die sich bis zum Stichtag 31. Dezember 2009 um insgesamt 876 Mio. € auf 5.049 Mio. € erhöhten. Die Kunden- und Kontenzahlen konnten ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Gewerbe- und Firmenkunden stieg um circa 1.400 Kunden auf rund 65.000.

Das Kreditneugeschäft mit Firmen- und Gewerbekunden erreichte vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht das Vorjahresniveau. Aus diesem Grund verringerte sich der Bestand der Kundenforderungen per 31. Dezember 2009 um 145 Mio. € auf 5.338 Mio. €. Dennoch konnte auch der Zinsüberschuss aus dem Aktivgeschäft gesteigert werden.

Der Provisionsüberschuss lag unter dem Vorjahreswert, da konjunkturbedingt geringere Nettoerträge aus der Exportfinanzierung zu verzeichnen waren. Ohne diesen Effekt bewegte sich der Provisionsüberschuss knapp 4 % über Vorjahresniveau.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten um 6 Mio. € auf 86 Mio. € gesenkt werden. Ursächlich waren niedrigere Personalaufwendungen und geringere IT- sowie Verrechnungskosten im Konzern. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber dem Vorjahr, blieb aber in der Gesamthöhe mit 1 Mio. € moderat. Das Segment Firmenkunden erzielte ein gutes operatives Ergebnis von 88 Mio. €. Im Vorjahreswert von 100 Mio. € war der Einmaleffekt aus dem Abgang eines Vermögensgegenstands in einer Beteiligung enthalten.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Berichtsjahr ein unter Berücksichtigung der anhaltenden Finanzkrise gutes operatives Ergebnis* von 191 Mio. € (2008: 228 Mio. €). Sowohl der Zinsüberschuss mit 394 Mio. € (2008: 332 Mio. €) als auch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzierungsinstrumenten mit 47 Mio. € (Vorjahr: – 23 Mio. €) übertrafen die jeweiligen Vorjahresniveaus deutlich. Die Risikovorsorge wurde hingegen mit einer Nettozuführung von 140 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (Nettoauflösung von 37 Mio. €) deutlich erhöht, um den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Immobilienmärkte Rechnung zu tragen.

* Per 30. September 2009 erfolgt erstmals ein veränderter Ausweis von Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp; siehe auch unter dem Abschnitt „Methodische Grundlagen“ in dieser Note, Vergleichszahlen Vorjahr sind angepasst.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 3% reduziert werden.

Am inländischen Immobilienmarkt zeigten sich im zweiten Halbjahr leichte Erholungstendenzen. Nachdem die Transaktionen am Markt im ersten Quartal um circa 80% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgingen, waren ab Jahresmitte steigende Umsätze am Markt festzustellen. Gleichwohl hat sich das Transaktionsvolumen bei Gewerbeimmobilien im Gesamtjahr mit 10 Mrd. € gegenüber 2008 halbiert. Von der Marktbelebung und von den verbesserten Refinanzierungsbedingungen profitierte das Neugeschäft. Im zweiten Halbjahr führte ein erheblicher Anstieg des Kontrahierungsvolumens zu einem erfreulichen Neugeschäft im Jahr 2009 von 4,8 Mrd. €, das jedoch wegen des schwachen ersten Halbjahres unter dem sehr guten Vorjahresniveau in Höhe von 6,7 Mrd. € liegt. Der Bestand der Kundenforderungen entspricht dem Niveau des Vorjahres. Die Bank hat unverändert das strategische Ziel, ihren Kunden Immobilienfinanzierungen auf Basis unveränderter Risikokriterien zur Verfügung zu stellen und von einer Belebung des Markts im Neugeschäft zu profitieren.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv. Die Erholung der internationalen Finanzmärkte setzte sich bis zum Jahresende 2009 fort, auch wenn nach wie vor erhebliche Unsicherheit über die Entwicklung der Kreditausfälle in der Wirtschaft besteht und die schlechte Bonität einzelner Staaten Sorge bereitet. Das Segment profitierte von dieser Erholung und konnte dank seiner breiten Aufstellung und der komfortablen Liquiditätsausstattung der Bank Marktopportunitäten nutzen.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug 225 Mio. € und lag damit um 616 Mio. € über dem des Vorjahreszeitraums. Insbesondere das zweite Halbjahr trug mit einem Ergebnisanteil in Höhe von 154 Mio. € zu der Verbesserung bei.

Der Zinsüberschuss stieg um 52 Mio. € auf 433 Mio. €. Der Zinsüberschuss ist maßgeblich bestimmt durch die Anlagestrategien im Treasury, die 2009 insbesondere von günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten sowie Neuinvestitionen mit höheren Margen profitierten.

Die Risikovorsorge war 2009 geprägt durch eine Nettozuführung über 6 Mio. € im Internationalen Geschäft für Risiken im Ausland. Durch Nettoauflösungen in anderen Bereichen verblieb per saldo ein Aufwand von 1 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss lag mit 17 Mio. € um 13 Mio. € unter dem Wert für 2008. Dies resultierte aus einer Verschiebung von Aktienprodukten hin zu Zins- und Kreditprodukten und dadurch verringerten Brokerage-Erträgen sowie aus dem niedrigeren durchschnittlichen Fondsvolumen der LBB-INVEST.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten hat sich insbesondere durch die Einengung der Credit Spreads im zweiten Halbjahr verbessert und lag im Gesamtjahr 2009 bei 13 Mio. €, ein Anstieg um 297 Mio. € gegenüber 2008.

Wie auch im Vorjahr wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen durch weitere Impairments auf Fonds sowie die erneut geringeren Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet. Es fiel jedoch mit –85 Mio. € um 208 Mio. € besser aus als im Vorjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen dank eines konsequenten Kostenmanagements mit 145 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Wert von 2008.

Das Volumen der Inanspruchnahmen im Internationalen Geschäft reduzierte sich 2009 um 454 Mio. €. Dieser Rückgang resultierte aus Rückzahlungen und gezielten Forderungsverkäufen bei einem gleichzeitig unverändert restriktiven Neugeschäft in der Zielregion.

Das Zertifikatevolumen lag 2009 nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte mit 2,5 Mrd. € leicht über dem Niveau des Vorjahres. Assets under Management der LBB-INVEST überstiegen per 31. Dezember 2009 mit 11,6 Mrd. € geringfügig den Jahresendwert 2008, geprägt von der positiven Wertentwicklung der Publikumsfonds. Durch den konsequenten Ausbau des Vertriebs und die Ausrichtung auf neue Produktanforderungen und Kundenbedürfnisse ist es gelungen, das Kundengeschäft insgesamt weiterzuentwickeln.

Im Segment **Zinsmanagement** wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der LBB angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamtbankrisikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert.

Angesichts der anhaltenden weltweiten Konjunkturkrise blieb auch in der Eurozone das Niedrigzinsszenario während des gesamten Berichtsjahres intakt. Dabei war die Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr jedoch weniger durch einen weiteren Rückgang als vielmehr durch eine volatile Seitwärtsbewegung der Zinsen auf dem erreichten niedrigen Niveau gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund war die Steuerung des Segments Zinsmanagement seit Beginn des zweiten Halbjahres von einer gezielten Begrenzung der bestehenden Transformationsrisiken geprägt.

Den Bilanzierungsregeln entsprechend stehen die Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin den Zinserträgen der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Im Segment **Sonstiges** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazugehörigen Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (2008: 28 Mio. €).

Im Berichtszeitraum reduzierte sich das operative Segmentergebnis gegenüber dem Vorjahr um 145 Mio. € auf –245 Mio. €. Das Ergebnis des Vorjahres war jedoch begünstigt gewesen durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen sowie durch den ergebnisbedingten Wegfall der Vergütung der stillen Einlage.

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Allgemeine Angaben (Notes)

Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung	
	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ³⁾
Zinsüberschuss	357	365	139	114	394	332
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	60	37	1	-9	140	-37
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	297	328	138	123	254	369
Provisionsüberschuss	201	200	34	41	17	33
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					5	-10
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					47	-23
Ergebnis aus Finanzanlagen	1					-7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-16	5				
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	4	2	28	-14	-15
Verwaltungsaufwendungen	413	412	86	92	115	119
davon Normalabschreibungen	15	13	2	2	5	8
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	73	125	88	100	194	228
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen					-3	
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	73	125	88	100	191	228
Segmentvermögen ⁴⁾	5.293	4.972	5.248	5.355	51.769	51.381
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ⁴⁾	13.505	12.358	6.156	5.267	42.969	42.217
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	262	267	251	250	1.117	1.187
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ⁵⁾	305	242	222	232	943	865
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.324	2.330	285	293	452	437
Eigenkapitalrentabilität ⁶⁾	23,9 %	51,7 %	39,6 %	43,1 %	20,3 %	26,4 %
Cost-Income-Ratio ⁶⁾	75,6 %	71,8 %	49,1 %	50,3 %	25,6 %	38,4 %

¹⁾ Seit 30. Juni 2009 werden das Segment Zinsmanagement und die Konsolidierung separat ausgewiesen (bisher im Segment „Sonstiges / Konsolidierung“ enthalten), unter „Sonstiges“ werden Servicefunktionen wie Zentralstäbe und Marktfolgefunktionen ausgewiesen.

²⁾ 1. Januar bis 31. Dezember 2009: inklusive 51 Mio. € Aufwand für Vergütung der stillen Einlage; 2008 fiel kein Aufwand an.

³⁾ Vorjahreszahlen angepasst wegen verändertem Ausweis von Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp; siehe auch unter dem Abschnitt „Methodische Grundlagen“ in dieser Note.

⁴⁾ Segmentvermögen/-verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen; in den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und Zinsmanagement angepasste Vorjahreszahlen

⁵⁾ Für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.

⁶⁾ gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

Kapitalmarktgeschäft		Zinsmanagement ¹⁾		Sonstiges ^{1) 2)}		Konsolidierung ¹⁾		Konzern	
1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ³⁾	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008
433	381	-382	114	-78	-60	-1	1	862	1.247
1	53		2	-17	17			185	63
432	328	-382	112	-61	-77	-1	1	677	1.184
17	30	-4				-3	-2	262	302
-23	-4	3	-4					-15	-18
13	-284	418	-37					478	-344
-85	-293	-13	-8					-97	-308
2	-19		-4					-14	-18
14	3	1	-1	155	241	-120	-121	41	139
145	152	15	15	334	276	-123	-126	985	940
7	7	5	4	28	28			62	62
225	-391	8	43	-240	-112	-1	4	347	-3
				-5	12			-8	12
225	-391	8	43	-245	-100	-1	4	339	9
69.670	75.549	15.636	14.792	2.854	3.128	-7.464	-10.818	143.006	144.359
58.708	67.213	24.532	25.003	2.498	1.543	-7.396	-10.365	140.972	143.236
1.035	1.416	151	122	75	50			2.891	3.292
998	1.064	690	985	-807	-1.132			2.351	2.256
419	426			2.529	2.513			6.009	5.999
22,5 %	neg.	1,5 %	5,8 %					14,4 %	0,4 %
39,1 %	neg.	65,2 %	25,0 %					64,9 %	94,0 %

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt, das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Seit dem Zwischenbericht zum 30. Juni 2009 erfolgt die Segmentberichterstattung und -kommentierung anhand einer modifizierten Differenzierung der Segmente. Die Segmente Zinsmanagement sowie Konsolidierung werden seit dem 30. Juni 2009 separat ausgewiesen.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Die Berlin Hyp wird im Rahmen der Segmentberichterstattung grundsätzlich als „Ein-Segment-Institut“ des Segments Immobilienfinanzierung behandelt. Aufgrund der konzernweiten Steuerung des Bankbuchs wurden die Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp bisher jedoch vollständig dem Zinsmanagement des Konzerns zugeordnet. Der Ausweis erfolgte demzufolge bisher im Segment „Zinsmanagement“. Da die Berlin Hyp ihre Bankbuchderivate jedoch eigenständig steuert, werden die daraus resultierenden Ergebnisauswirkungen aus Wertveränderungen zum 30. September 2009 dem Segment „Immobilienfinanzierung“ zugeordnet, womit die Einordnung als „Ein-Segment-Institut“ vollständig umgesetzt ist. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

Allgemeine Angaben (Notes)

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlagen wird für 2009 im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen, für 2008 ist kein Aufwand angefallen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

in Mio. €	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008
Erträge gesamt ¹⁾	1.173	1.231	159	-294	1.332	937
Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern	211	339	128	-330	339	9
Langfristige Vermögenswerte ²⁾	1.184	1.189	39	39	1.223	1.228

¹⁾ Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

²⁾ Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert sämtliche Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden nach ihrem Bilanzansatz teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten sowie Eigenkapital wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung sowie laufende Zins- und Dividendenzahlungen werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die so genannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbrieftete Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, für die ein aktiver Markt existiert, der Kategorie AfS zugeordnet. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird bei börsennotierten Eigenkapitaltiteln zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar korrigiert und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikoversorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen ausgewiesen.

7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Die im Vorjahr durch Umgliederung (siehe hierzu Note 62) nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikoversorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Dabei handelt es sich meist um strukturierte Produkte, welche sich aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei die Einzelbestandteile zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern im Wesentlichen bei strukturierten Emissionen mit Equity-Komponenten identifiziert.

Im Rahmen einer Trennung wird der Basisvertrag der Kategorie OL zugeordnet, mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die herausgelösten eingebetteten Derivate hingegen sind Teil der Unterkategorie HfT, werden zum Fair Value bewertet und den Handelsaktiva/-passiva zugeordnet. Strukturierte Finanzinstrumente, die eingebettete Derivate enthalten und nach dem 31. Dezember 2005 zuzugingen, wurden ausnahmslos als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente designiert. In diesem Falle wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Für dieses so genannte bilanzielle Hedge Accounting werden drei Abbildungskonzepte vorgeschlagen. Im Konzern kommen davon das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Risiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, hat der Konzern Effektivitätstests durchgeführt. Hierfür kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein so genannter Critical Term Match durchgeführt.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/ Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum wurden Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80–125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Im Berichtszeitraum gab es keine gesicherten Grundgeschäfte, mit deren Eintreten nicht mehr gerechnet wird.

7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungsstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln der Kategorie AfS erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

8 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	0	1
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	2	0	0	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	2	1	0	3
Gesamt	5	1	0	6

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- und Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleasteten Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Investment Properties werden – gemäß dem so genannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, mit entsprechender Berufserfahrung, zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwerten, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbarer Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Findung mit berücksichtigt.

15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinnt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demografischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von fünf Jahren unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 131 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

19 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.555 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 25 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz), zu –33 Mio. € (Vorjahr: –9 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu 145 Mio. € (Vorjahr: –80 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelt Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2009 4.365 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2009 4.259 Mio. €.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,82 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 14,45 % nach Feststellung der Abschlüsse. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamt-Risikosteuerung“ des Risikoberichts.

Dividendenzahlung

Im Jahr 2009 wurde keine Dividende ausgeschüttet.

20 Außerbilanzielles Geschäft**Treuhandgeschäfte**

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	2.281	3.578	-36
Zinserträge aus Finanzanlagen	914	2.092	-56
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	12	46	-74
Sonstige Zinserträge	1.479	1.203	23
Summe der Zinserträge	4.686	6.919	-32
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.926	4.015	-52
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	91	79	15
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.807	1.578	15
Summe der Zinsaufwendungen	3.824	5.672	-33
Zinsüberschuss	862	1.247	-31

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 4.511 Mio. € (Vorjahr: 6.731 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 3.322 Mio. € (Vorjahr: 5.013 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.304 Mio. € (Vorjahr: 1.015 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 1.305 Mio. € (Vorjahr: 995 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 65 Mio. € (Vorjahr: 69 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	146	274	-47
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	331	337	-2
Gesamt	185	63	> 100

Die Risikovorsorge resultiert aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	114	147	-22
Zahlungsverkehr / Kontoführung	111	116	-4
Kreditgeschäft	33	48	-31
Kartengeschäft	108	95	14
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	18	-22
Sonstige Provisionserträge	15	15	0
Summe der Provisionserträge	395	439	-10
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	41	43	-5
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	-25
Kreditgeschäft	10	9	11
Kartengeschäft	55	53	4
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	15	-27
Sonstige Provisionsaufwendungen	7	5	40
Summe der Provisionsaufwendungen	133	137	-3
Provisionsüberschuss	262	302	-13

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 240 Mio. € (Vorjahr: 246 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 72 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2009 noch 2008 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-8	83	<-100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-7	-101	93
Gesamt	-15	-18	17

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen. Aufgrund einer nicht idealtypischen Entwicklung der Effektivität in den zugrunde liegenden Sicherungszusammenhängen kann es periodenbezogen zu gleichförmigen Entwicklungen des Ergebnisses aus Grund- und Sicherungsgeschäften kommen, obwohl auf Ebene der einzelnen Sicherungsbeziehungen unverändert effektive Sicherungszusammenhänge vorliegen.

Aus Makro Cashflow-Hedges kann modellbedingt kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung von Derivaten in Makro Cashflow-Hedges entstehen.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	547	102	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-69	-446	85
Gesamt	478	-344	> 100

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	177	-357	> 100
Bewertungsergebnis aus Passiva	-246	-89	< -100
Gesamt	-69	-446	85

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	-25	-14	-79
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	8	19	-58
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	33	33	0
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-72	-294	76
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	14	12	17
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	86	306	-72
Sonstiges Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0
Gesamt	-97	-308	69

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen – 18 Mio. € (Vorjahr: –288 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und –79 Mio. € (Vorjahr: –20 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 67 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 19 Mio. € (Vorjahr: 286 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf – 140 Mio. € (Vorjahr: 538 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt –69 Mio. € (Vorjahr: –35 Mio. €). Enthalten sind –19 Mio. € (Vorjahr: –288 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 588 Mio. € (Vorjahr: –766 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von –484 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf –83 Mio. € (Vorjahr: –789 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	2	–23	> 100
Laufendes Ergebnis	2	5	–60
Wertminderung Beteiligungsansatz	–18	0	x
Gesamt	–14	–18	22

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	3	29	–90
Ergebnis aus Investment Properties	6	7	–14
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	–1	1	< –100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	30	35	–14
IT-Erträge	13	13	0
Entkonsolidierungserfolge	–4	–5	20
Sonstige Steueraufwendungen	1	5	–80
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	–5	64	< –100
Gesamt	41	139	–71

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der verleaste Gegenstände beträgt 42 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	2	1	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	3	-33
Gesamt	4	4	0

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Personalaufwendungen	537	492	9
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	62	62	0
Andere Verwaltungsaufwendungen	386	386	0
Gesamt	985	940	5

Personalaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	402	365	10
Soziale Abgaben	59	56	5
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	76	71	7
Gesamt	537	492	9

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	38	37	3
Planmäßige Abschreibungen	38	36	6
Wertminderungen	0	1	-100
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	24	25	-4
Planmäßige Abschreibungen	24	25	-4
Wertminderungen	0	0	0
Gesamt	62	62	0

Andere Verwaltungsaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	64	63	2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	158	158	0
Werbung und Marketing	26	24	8
Geschäftsbetriebskosten	63	66	-5
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	55	51	8
Personalabhängige Sachkosten	14	18	-22
Sonstige	2	2	0
Gesamt	386	386	0

Das im Geschäftsjahr 2009 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	5	6	-17
für andere Bestätigungsleistungen	2	2	0
Gesamt	7	8	-13

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2009 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aus den Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2008 wurden im Berichtsjahr für die Jahresabschlussprüfungen 0,4 Mio. € ergebniswirksam aufgelöst.

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	27	23	17
über ein Jahr bis fünf Jahre	51	70	-27
über fünf Jahre	17	27	-37
Gesamt	95	120	-21

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 27 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2009 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	1	18	–94
Restrukturierungsaufwendungen	9	6	50
Gesamt	–8	12	< –100

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die diesen Organkreisen nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	66	–28	> 100
Latente Steuern	1	–7	> 100
Gesamt	67	–35	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	339	9
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	102	3
1. Steuerfreie Erträge	–27	–29
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	15	53
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	5	5
4. Steuersatzabweichungen	0	4
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	–46	–12
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	2	2
7. Aperiodische Effekte	16	–60
8. Sonstiges	0	–1
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (–)	67	–35
Effektiver Steuersatz	19,7 %	–374,4 %

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden. Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen und aus der Auflösung von Rückstellungen für steuerliche Nebenleistungen.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8b Abs. 2 und 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land Berlin zu leisten sind.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 30 %. Bei zwei inländischen Konzerngesellschaften liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge. In Höhe der verbrauchten aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge konnten bei der LBB Holding AG und bei der Berlin Hyp aktive latente Steuern auf Verlustvorträge neu gebildet werden (51 Mio. €). Erfasst sind in dieser Position auch die Auswirkungen einer angepassten Mittelfristplanung auf die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge unserer Londoner Niederlassung.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 1.243 Mio. € (Vorjahr: 1.358 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 791 Mio. € (Vorjahr: 764 Mio. €) wurden insgesamt 329 Mio. € an aktiven latenten Steuern (Vorjahr: 358 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden insgesamt aktive latente Steuern in Höhe von 57 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die LBB Holding AG, die Berlin Hyp, die Niederlassung der LBB AG in Luxemburg sowie die LBB International S.A. Luxemburg. Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 1.922 Mio. € (Vorjahr: 2.107 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 2.228 Mio. € (Vorjahr: 2.496 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind jeweils zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, steuerfreie Betriebsstätten-ergebnisse und § 8 GewStG). Die im Konzern der Holding bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 84 Mio. € (Vorjahr: 208 Mio. €). Diese entfällt mit 43 Mio. € (Vorjahr: 171 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 41 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81(f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, liegen wie im Vorjahr unter 1 Mio. €.

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt 2,6 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €). In dem Zeitraum bis 2017 wird der Restbetrag in acht gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2008 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	257	32	> 100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)	0,26	0,03	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2009 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Kassenbestand	426	455	- 6
Guthaben bei Zentralnotenbanken	916	1.272	- 28
Gesamt	1.342	1.727	- 22

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 892 Mio. € (Vorjahr: 1.246 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 621 Mio. € (Vorjahr: 563 Mio. €).

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	16.996	14.839	15
täglich fällig	2.419	2.154	12
bis drei Monate	8.137	7.098	15
über drei Monate bis ein Jahr	6.415	5.587	15
über ein Jahr bis fünf Jahre	25	0	x
Darlehen	1.239	1.894	-35
bis drei Monate	149	323	-54
über drei Monate bis ein Jahr	444	529	-16
über ein Jahr bis fünf Jahre	580	950	-39
über fünf Jahre	66	92	-28
Schuldscheindarlehen	1.326	1.982	-33
bis drei Monate	22	161	-86
über drei Monate bis ein Jahr	287	697	-59
über ein Jahr bis fünf Jahre	863	609	42
über fünf Jahre	154	515	-70
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.363	2.923	-19
bis drei Monate	347	646	-46
über drei Monate bis ein Jahr	291	468	-38
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.059	1.072	-1
über fünf Jahre	666	737	-10
Andere Forderungen	421	429	-2
täglich fällig	169	352	-52
bis drei Monate	1	1	0
über drei Monate bis ein Jahr	3	4	-25
über ein Jahr bis fünf Jahre	232	39	>100
über fünf Jahre	16	33	-52
Gesamt LaR	22.345	22.067	1
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	116	302	-62
bis drei Monate	93	123	-24
über drei Monate bis ein Jahr	23	63	-63
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	116	-100
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	116	302	-62
Gesamt	22.461	22.369	0

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 22.026 Mio. € (Vorjahr: 21.929 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 435 Mio. € (Vorjahr: 440 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2009 Wertberichtigungen in Höhe von 36 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €). Die Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute wurde gegenüber dem Vorjahr verfeinert; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 leicht verändert dargestellt.

Angaben zur Bilanz (Notes)

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	2.279	2.885	-21
täglich fällig	1.349	1.616	-17
bis drei Monate	860	1.078	-20
über drei Monate bis ein Jahr	70	191	-63
Darlehen	10.804	11.241	-4
bis drei Monate	615	581	6
über drei Monate bis ein Jahr	1.159	1.187	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.563	3.886	-8
über fünf Jahre	5.467	5.587	-2
Schuldscheindarlehen	893	358	> 100
bis drei Monate	242	114	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	205	125	64
über ein Jahr bis fünf Jahre	435	48	> 100
über fünf Jahre	11	71	-85
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	15.942	15.248	5
bis drei Monate	2.616	3.196	-18
über drei Monate bis ein Jahr	1.797	1.710	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	7.952	6.406	24
über fünf Jahre	3.577	3.936	-9
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen	1.687	1.660	2
bis drei Monate	31	52	-40
über drei Monate bis ein Jahr	86	71	21
über ein Jahr bis fünf Jahre	426	406	5
über fünf Jahre	1.144	1.131	1
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	6.619	6.580	1
bis drei Monate	304	539	-44
über drei Monate bis ein Jahr	444	47	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.951	1.894	3
über fünf Jahre	3.920	4.100	-4
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	8.325	6.862	21
bis drei Monate	1.312	1.453	-10
über drei Monate bis ein Jahr	2.032	1.106	84
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.479	2.022	23
über fünf Jahre	2.502	2.281	10
Andere Forderungen	1.094	1.043	5
täglich fällig	674	554	22
bis drei Monate	62	114	-46
über drei Monate bis ein Jahr	24	17	41
über ein Jahr bis fünf Jahre	280	304	-8
über fünf Jahre	54	54	0
Gesamt LaR	47.643	45.877	4
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	949	1.585	-40
bis drei Monate	159	281	-43
über drei Monate bis ein Jahr	283	360	-21
über ein Jahr bis fünf Jahre	353	639	-45
über fünf Jahre	154	305	-50
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	949	1.585	-40
Gesamt	48.592	47.462	2

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 47.741 Mio. € (Vorjahr: 46.315 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 851 Mio. € (Vorjahr: 1.147 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2009 Wertberichtigungen in Höhe von 1.080 Mio. € (Vorjahr: 1.227 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (ausschließlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	-36	-18	-100
Forderungen an Kunden	-1.080	-1.227	12
Gesamt	-1.116	-1.245	10

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Risikovorsorge	-1.116	-1.245	10
zuzüglich Rückstellungen	-18	-24	25
Gesamt	-1.134	-1.269	11

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen				Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2009	2008	2009	2008
	2009	2008	2009	2008				
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	8	2	864	1.114	172	111	140	115
Konsolidierungskreisänderung		0	4	0	0	7		
Stand 1.1.	8	2	868	1.114	172	118	140	115
Zuführungen	20	6	222	237	43	37	8	25
Abgänge								
Inanspruchnahmen		0	265	186	5	10		
Auflösungen		0	77	166	3	11	0	0
Unwinding		0	61	67	4	2		
Wechselkursveränderungen / Umbuchungen	-6	0	19	-68		40 ¹⁾	-13	
Stand 31.12.	22	8	706	864	203	172	135	140
Stand 31.12. nach Forderungsarten:								
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	262	273				
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)	0	0	56	71				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	0	0				
Kommunalkredite anderer KI (LaR)	0	0		0				
Andere Forderungen (LaR)	22	8	388	520				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)	0	0	0	0				
Andere Forderungen (AfS)	0	0	0	0				

¹⁾ Es ergaben sich aufgrund von Neuordnungen von Konten Anpassungen im Ausweis zwischen den Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen.

Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam		
2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	
49	59	24	35	12	10	1.269	1.446			
	0	0	0	0	0	4	7			
49	59	24	35	12	10	1.273	1.453			
	0	4	2	3	5	300	312	300	312	
							0			
10	10		0	0	0	280	206			
	0	10	13	4	3	94	193	94	193	
	0		0	0	0	65	69	65	69	
	0		0	0	0	0	-28			
39	49	18	24	11	12	1.134	1.269	141	50	
								Direktabschreibungen	31	24
								Eingang auf abgeschriebene Forderungen	52	80
								Summe	120	-6
								davon		
								GuV-wirksam Risikovorsorge	185	63
								GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	65	69

Angaben zur Bilanz (Notes)

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	865	653	32
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	118	96	23
Gesamt	983	749	31

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Handelsaktiva	12.887	14.472	- 11
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	4.699	3.823	23
Gesamt	17.586	18.295	- 4

Handelsaktiva (HfT):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	812	1.056	- 23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	700	515	36
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.155	10.330	- 21
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	3.220	2.571	25
Gesamt	12.887	14.472	- 11

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	48	114	485	165	812
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	1	699	700
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	486	977	3.696	2.996	8.155
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	106	293	1.546	1.275	3.220
Gesamt	640	1.384	5.728	5.135	12.887

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	52	52	0
Finanzanlagen	4.647	3.771	23
Gesamt	4.699	3.823	23

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2009 beträgt 52 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Forderungen an Kunden	0	0	0	52	52
Finanzanlagen	49	116	2.612	1.870	4.647
Gesamt	49	116	2.612	1.922	4.699

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2009 auf –9 Mio. € (Vorjahr: –50 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen –165 Mio. € (Vorjahr: –118 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
LaR	31.797	42.940	–26
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.786	42.930	–26
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11	10	10
AfS	15.229	6.201	> 100
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.997	5.935	> 100
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	129	162	–20
Beteiligungen	100	102	–2
Verbundene Unternehmen	3	2	50
HtM	1.661	1.325	25
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.661	1.325	25
Gesamt	48.687	50.466	–4

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
LaR					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.522	5.347	17.460	6.457	31.786
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	0	10	0	11
AfS					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	450	2.499	9.692	2.356	14.997
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	129	129
Beteiligungen	0	0	0	100	100
Verbundene Unternehmen	0	0	0	3	3
HtM					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	1.092	569	1.661
Gesamt	2.973	7.846	28.254	9.614	48.687

Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2009	2008	2009	2008
Buchwert 1.1.	102	165	2	4
Zugänge	1	23	1	0
Abgänge	1	84	0	2
Umbuchungen	0	0	0	0
Abschreibungen	2	2	0	0
Buchwert 31.12.	100	102	3	2

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 16 (Vorjahr: 16) assoziierte Unternehmen, Joint Ventures und Publikumsfonds mit untergeordneter Bedeutung, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt bei den assoziierten Unternehmen und Joint Ventures nach IAS 39 zu Anschaffungskosten, bei Publikumsfonds zum beizulegenden Zeitwert.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen, Joint Ventures und Publikumsfonds:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	504	527	-4
Summe der Verpflichtungen	491	512	-4
Erträge	291	276	5
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3	8	-63

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 2) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 3 (Vorjahr: 2) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	60	71	-15
Anteile an sonstigen Unternehmen	46	27	70
Gesamt	106	98	8

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	8.042	8.011	0
Summe der Verpflichtungen	7.439	7.563	-2
Erträge	410	446	-8
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	29	10	>100

41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	591	592	0
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	5	4	25
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	58	54	7
Gesamt	654	650	1

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 3 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 5 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Buchwert 1.1.	592	595	4	6	54	64	650	665
Zugänge	0	0	3	0	26	14	29	14
Abgänge	0	0	0	0	0	1	0	1
Umbuchungen ¹⁾	-1	-3	0	0	0	0	-1	-3
Abschreibungen	0	0	2	2	22	23	24	25
Buchwert 31.12.	591	592	5	4	58	54	654	650

¹⁾ Anpassung aufgrund von Rundung

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 290 Mio. € (Vorjahr: 268 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 210 Mio. € und zum Ende der Periode auf 227 Mio. €.

Die aktivierten Geschäfts- und Firmenwerte des Konzerns sind den folgenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder) zugeordnet:

Geschäfts- und Firmenwerte in Mio. €	Zahlungsmittelgenerierende Einheiten				Gesamt
	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft	
LBB Investment GmbH	0	0	0	23	23
Landesbank Berlin AG	377	70	100	0	547
netbank AG	21	0	0	0	21
Summe	398	70	100	23	591

Angaben zur Bilanz (Notes)

Der Nutzungswert wurde auf Basis der diskontierten Zahlungsströme resultierend aus der fortgesetzten Nutzung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten abgeleitet. Der Wertableitung unter Anwendung eines Dividend-Discount-Modells lagen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsströme wurden auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung des Konzerns geplant.
- Für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums wird eine Wachstumsrate verwendet, die sich an der langfristigen Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Deutschland orientiert.
- Für die Bewertung je strategischem Geschäftsfeld wurde unterstellt, dass die Geschäftsfelder eine Thesaurierung oder Ausschüttung ihres Ergebnisses in der Höhe vornehmen, wie dies zum Erreichen des jeweils in der Mittelfristplanung vorgesehenen ökonomischen Kapitals je Segment erforderlich beziehungsweise möglich ist.
- Zur Bestimmung des Nutzungswerts eines jeden Geschäftsfelds wurden unterschiedliche Diskontierungszinssätze angewendet. Diese variieren aufgrund der Verwendung von geschäftsfeldspezifischen Peergroups und damit verschiedenen Betafaktoren.

Die wesentlichen Bewertungsparameter stellen Einschätzungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen der Geschäftsfelder des Konzerns sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds vor dem Hintergrund der Performance des Konzerns bis zum Bewertungszeitpunkt dar.

Sowohl der Diskontierungszinssatz als auch die langfristige Wachstumsrate wurden einem Sensitivitätstest unterzogen. Selbst bei einer Erhöhung des Kapitalisierungszinses um 200 Basispunkte bei gleichzeitiger Reduzierung der Wachstumsrate um 100 Basispunkte besteht kein Wertberichtigungsbedarf.

42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	436	443	-2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	133	135	-1
Gesamt	569	578	-2

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 319 Mio. € (Vorjahr: 326 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Buchwert 1.1.	443	448	135	135	578	583
Zugänge	1	19	25	30	26	49
Abgänge	0	1	1	5	1	6
Umbuchungen	3	-4	0	-1	3	-5
Abschreibungen	12	13	26	23	38	36
Wertminderungen	0	0	0	1	0	1
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	-6	0	0	1	-6
Buchwert 31.12.	436	443	133	135	569	578

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 615 Mio. € (Vorjahr: 613 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 170 Mio. € und zum Ende der Periode auf 179 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 359 Mio. € (Vorjahr: 346 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 211 Mio. € und zum Ende der Periode auf 226 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	1	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	85	64	33
Gesamt	86	65	32

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 16 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2009	2008
Buchwert 1.1.	65	82
Zugänge	15	0
Abgänge	1	8
Umbuchungen	10	-6
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	2	3
Wertaufholungen	1	2
Buchwert 31.12.	86	65

Die Zugänge betreffen die Umgliederung zweier ursprünglich zur Veräußerung gehaltener Objekte sowie den Rückerwerb eines bereits veräußerten Objekts.

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 201 Mio. € (Vorjahr: 176 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 111 Mio. € und zum Ende der Periode auf 115 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 86 Mio. €.

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	34	99	-66
Latente Steuern	795	930	-15
Gesamt	829	1.029	-19

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 24 Mio. € langfristig, das heißt in mehr als zwölf Monaten fällig.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	385	442	-13
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	4	-100
Finanzanlagen	0	127	-100
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	5	6	-17
Sonstige Aktiva	2	27	-93
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	9	7	29
Verbriefte Verbindlichkeiten	99	75	32
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	455	348	31
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	3.193	3.655	-13
Rückstellungen	132	128	3
Nachrangkapital	31	52	-40
Sonstige Passiva	73	89	-18
Verlustvorräte	329	358	-8
Zwischensumme	4.713	5.318	-11
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-3.918	-4.388	11
Gesamt	795	930	-15

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.904	2.960	-2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60	38	58
Rechnungsabgrenzung	18	17	6
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	3	1	> 100
Übrige	58	58	0
Gesamt	3.043	3.074	-1

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	11	-100
Finanzielle Vermögenswerte	13	59	-78
Abgangsgruppen	0	1	-100
Gesamt	13	71	-82

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2010 erfolgen.

Unter den „zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ bestand kein Abwertungsbedarf.

Die Ende 2008 ausgewiesenen fremdgenutzten Grundstücke und Gebäude wurden bis auf zwei Objekte im Laufe des Jahres 2009 veräußert. Für diese beiden Objekte waren die Verkaufsabsichten nicht mehr gegeben; die während der Zeit als zum Verkauf stehend vermiedenen Abschreibungen wurden zum Reklassifizierungszeitpunkt erfolgswirksam nachgeholt. Darüber hinaus wurden 2009 keine neuen Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Die finanziellen Vermögenswerte betreffen zwei Beteiligungen, die bereits Ende 2008 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurden; die Verhandlungen dauern aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände noch an. Diese Vermögenswerte sind in den Segmenten „Private Kunden“ beziehungsweise „Sonstiges“ enthalten.

Zum 31. Dezember 2008 waren neben den beiden oben genannten Gesellschaften drei weitere zum Verkauf bestimmt, wobei für eine Beteiligung der Veräußerungsplan mit der Absicht sie zu halten, geändert wurde. Diese Beteiligung wird zum Jahresende unter den sonstigen Beteiligungen ausgewiesen; die Reklassifizierung hat keine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Zwei weitere Gesellschaften wurden im Verlauf des Jahres 2009 veräußert; dazu gehörte die wesentliche Beteiligung an der InvestitionsBank des Landes Brandenburg.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern eine Abgangsgruppe bestimmt, die dem Segment Private Kunden zugeordnet ist. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem beschlossenen Verkauf des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die Transaktion wurde im Jahr 2009 vollzogen.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	37.786	41.280	-8
täglich fällig	1.303	850	53
bis drei Monate	24.573	34.619	-29
über drei Monate bis ein Jahr	11.887	5.811	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	23	0	x
über fünf Jahre	0	0	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe ¹⁾	914	1.337	-32
bis drei Monate	57	353	-84
über drei Monate bis ein Jahr	325	301	8
über ein Jahr bis fünf Jahre	416	497	-16
über fünf Jahre	116	186	-38
Aufgenommene Schulscheindarlehen	1.111	2.051	-46
bis drei Monate	70	115	-39
über drei Monate bis ein Jahr	135	880	-85
über ein Jahr bis fünf Jahre	529	569	-7
über fünf Jahre	377	487	-23
Andere Verbindlichkeiten	1.559	1.282	22
täglich fällig	359	208	73
bis drei Monate	62	75	-17
über drei Monate bis ein Jahr	34	99	-66
über ein Jahr bis fünf Jahre	696	473	47
über fünf Jahre	408	427	-4
Gesamt	41.370	45.950	-10

¹⁾ Die Positionen „Begebene Namensschuldverschreibungen“ und „Namenspfandbriefe“ wurden zusammengefasst.

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 37.963 Mio. € (Vorjahr: 41.201 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 3.407 Mio. € (Vorjahr: 4.749 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 114 Mio. € (Vorjahr: 272 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Angaben zur Bilanz (Notes)

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	17.303	12.792	35
täglich fällig	11.816	8.501	39
bis drei Monate	4.256	3.735	14
drei Monate bis ein Jahr	1.220	545	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	11	11	0
über fünf Jahre	0	0	0
Spareinlagen	6.164	7.510	-18
bis drei Monate	5.276	7.454	-29
über drei Monate bis ein Jahr	847	5	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	37	47	-21
über fünf Jahre	4	4	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe ¹⁾	5.481	5.767	-5
bis drei Monate	150	654	-77
über drei Monate bis ein Jahr	407	283	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.250	1.422	-12
über fünf Jahre	3.674	3.408	8
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.730	5.374	-12
bis drei Monate	260	185	41
über drei Monate bis ein Jahr	406	571	-29
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.686	1.640	3
über fünf Jahre	2.378	2.978	-20
Andere Verbindlichkeiten	1.451	1.277	14
täglich fällig	749	592	27
bis drei Monate	29	25	16
über drei Monate bis ein Jahr	7	9	-22
über ein Jahr bis fünf Jahre	92	102	-10
über fünf Jahre	574	549	5
Gesamt	35.129	32.720	7

¹⁾ Die Positionen „Begebene Namensschuldverschreibungen“ und „Namenspfandbriefe“ wurden zusammengefasst.

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 32.783 Mio. € (Vorjahr: 31.858 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 2.346 Mio. € (Vorjahr: 862 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 256 Mio. € (Vorjahr: 344 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurde gegenüber dem Vorjahr verfeinert; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 leicht verändert dargestellt.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 335 Mio. € (Vorjahr: 342 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €*).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 629 Mio. € (Vorjahr: 616 Mio. €).

* Vorjahreswert angepasst

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
bis ein Jahr	59	58	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	254	241	5
über fünf Jahre	863	950	-9
Gesamt	1.176	1.249	-6

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
bis ein Jahr	4	2	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	75	50	50
über fünf Jahre	484	563	-14
Gesamt	563	615	-8

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
bis ein Jahr	55	56	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	179	191	-6
über fünf Jahre	379	387	-2
Gesamt	613	634	-3

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen 0 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 34 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	28.480	29.540	-4
Hypothekenpfandbriefe	7.893	7.887	0
Öffentliche Pfandbriefe	11.534	13.838	-17
Sonstige Schuldverschreibungen	9.053	7.815	16
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	177	286	-38
Gesamt	28.657	29.826	-4

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Angaben zur Bilanz (Notes)

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
bis drei Monate	1.879	3.259	- 42
über drei Monate bis ein Jahr	6.229	2.021	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	13.734	16.126	- 15
über fünf Jahre	6.815	8.420	- 19
Gesamt	28.657	29.826	- 4

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2009 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal (in Mio. WE)
Emissionen	Anleihen	EUR	1.440
	Hypothekendarlehen	EUR	1.560
	Anleihen	USD	1.188
	Anleihen	CHF	229
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	2.025
	Hypothekendarlehen	EUR	3.950
	Anleihen	FRF	3.250
	Anleihen	USD	599
Rückkäufe	Anleihen	EUR	319

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 401 Mio. € (Vorjahr: 546 Mio. €). Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.169	857	36
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	455	483	- 6
Gesamt	1.624	1.340	21

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Handelspassiva	12.011	13.423	- 11
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	16.310	13.674	19
Gesamt	28.321	27.097	5

Handelsspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	507	274	85
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.356	10.403	-20
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	3.148	2.746	15
Gesamt	12.011	13.423	-11

Gliederung der Handelsspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	476	0	31	0	507
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	531	1.022	3.706	3.097	8.356
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	104	277	1.339	1.428	3.148
Gesamt	1.111	1.299	5.076	4.525	12.011

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	633	624	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.015	1.066	-5
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.531	11.802	23
Nachrangkapital / Hybridkapital	131	182	-28
Gesamt	16.310	13.674	19

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50	169	314	100	633
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29	136	232	618	1.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.086	712	9.739	2.994	14.531
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	26	105	131
Gesamt	1.165	1.017	10.311	3.817	16.310

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2009 auf 80 Mio. € (Vorjahr: -93 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -70 Mio. € (Vorjahr: -41 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf -161 Mio. € (Vorjahr: -342 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -578 Mio. € (Vorjahr: -591 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

Angaben zur Bilanz (Notes)

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	907	844	7
Sonstige Rückstellungen	307	324	-5
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	16	15	7
Restrukturierungsrückstellungen	48	46	4
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	18	24	-25
Übrige Rückstellungen	225	239	-6
Gesamt	1.214	1.168	4

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen betreffen den Verkauf der Berliner Bank. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal, Prozesskosten, Rückbaukosten und sonstige Steuern enthalten.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. Lediglich die in den übrigen Rückstellungen enthaltenen Beträge für Personal und sonstige Steuern sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs verdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2009 –33 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 556 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 555 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e. V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2009 erhielten noch 853 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2009 rund 18,2 Mio. € (Vorjahr: rund 20,4 Mio. €).

Angaben zur Bilanz (Notes)

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2009	31.12.2008
Rechnungszins	5,50 %	5,80 %
Gehaltstrend	3,00 % – 3,50 %	3,00 % – 3,50 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 % – 3,00 %	1,00 % – 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 % – 3,00 %	2,00 % – 3,00 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,40 %	4,20 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

Demografische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	24	25
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerten	-18	-20
	6	5
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	901	839
Gesamt	907	844

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2009	2008
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	844	842
Laufender Dienstaufwand	17	18
Nachzuverrechnender Dienstaufwand	-	-
Zinsaufwand	49	48
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-36	-35
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	-
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	33	-28
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	907	844

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2009	2008
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	864	865
Laufender Dienstzeitaufwand	17	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–
Zinsaufwand	49	48
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	–39	–38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	–
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	33	–29
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	925	864

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 63 Mio. € auf 907 Mio. € (Vorjahr: 844 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2009	2008
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	72,7	75,6
Nicht festverzinslich	4,8	4,8
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	17,6	15,5
Ausland	3,5	2,0
Bankguthaben	1,4	2,1
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (18,2 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2009	2008
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	20	23
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	0	–1
Rentenzahlungen	–3	–3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	18	20

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 867 T€ (Vorjahr: 634 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2009	2008
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste		
Geschäftsjahr	–33	28
Kumuliert Vorjahre	–14	–42
Gesamt	–47	–14

Angaben zur Bilanz (Notes)

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2009	2008
Laufender Dienstzeitaufwand	17	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–
Zinsaufwand	49	48
Erwartete Erträge aus Planvermögen	–1	–1
Gesamt	65	65

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen drei Jahre:

in Mio. €	2009	2008	2007	2006
Pensionsverpflichtung (DBO)	925	864	865	946
Planvermögen	18	20	23	26
Überschuss des Plans	907	844	842	920
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	–33	28	101	–20 ¹⁾
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	5,4	2,0	12,5 ²⁾	–0,75
Planvermögen	0,3	–2,0	–5,0	1,4

¹⁾ ohne Berücksichtigung Berliner Bank

²⁾ betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2010	2009
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	–37	–36

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2009 ein Rechnungszins von 3,5 % (Vorjahr: 5,2 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	324	428
Zuführungen	86	42
Inanspruchnahmen	90	82
Auflösungen	22	67
Umbuchungen	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	1	–1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	–1
Aufzinsungseffekte	8	5
Stand zum 31.12.	307	324

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	15	21
Inanspruchnahmen	1	0
Auflösungen	0	7
Aufzinsungseffekte	2	1
Stand zum 31.12.	16	15

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	46	63
Zuführungen	5	4
Inanspruchnahmen	6	7
Auflösungen	0	11
Umbuchungen	0	-5
Aufzinsungseffekte	3	2
Stand zum 31.12.	48	46

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	24	35
Zuführungen	4	2
Inanspruchnahmen	0	1
Auflösungen	10	13
Umbuchungen	0	1
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	18	24

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	239	309
Zuführungen	77	36
Inanspruchnahmen	83	74
Auflösungen	12	36
Umbuchungen	0	4
Änderung Konsolidierungskreis	1	-1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	-1
Aufzinsungseffekte	3	2
Stand zum 31.12.	225	239

Angaben zur Bilanz (Notes)

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	136	157	- 13
Latente Steuern	15	33	- 55
Gesamt	151	190	- 21

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 120 Mio. € langfristig, das heißt in mehr als zwölf Monaten fällig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	0	7	- 100
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	299	228	31
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	3.171	3.540	- 10
Finanzanlagen	103	66	56
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	111	109	2
Sonstige Aktiva	9	0	x
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	222	298	- 26
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	139	- 100
Rückstellungen	12	5	> 100
Sonstige Passiva	6	29	- 79
Zwischensumme	3.933	4.421	- 11
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	- 3.918	- 4.388	11
Gesamt	15	33	- 55

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.885	1.733	9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77	71	8
Rechnungsabgrenzungsposten	33	43	- 23
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	1	3	- 67
Übrige	117	65	80
Gesamt	2.113	1.915	10

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Verbindlichkeiten der Abgangsgruppe	0	83	-100
Gesamt	0	83	-100

Der zum 31. Dezember 2008 ausgewiesene Posten enthält Verbindlichkeiten des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 beschlossene Veräußerung dieses Privatkundengeschäfts wurde im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen.

56 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.844	2.446	-25
bis drei Monate	12	927	-99
über drei Monate bis ein Jahr	383	220	74
über ein Jahr bis fünf Jahre	478	825	-42
über fünf Jahre	971	474	>100
Genusrechtskapital	0	4	-100
bis drei Monate	0	4	-100
Stille Einlagen	700	687	2
über fünf Jahre	700	687	2
Gesamt	2.544	3.137	-19

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Aufgrund des erzielten handelsrechtlichen Jahresüberschusses der LBB konnte die im Vorjahr erforderliche anteilige Verlustdeckung durch die stille Einlage in Höhe von 13 Mio. € ausgeglichen werden. Darüber hinaus erfolgte die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € (7,22 %) wieder in vollem Umfang.

57 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0
Kapitalrücklagen	77	76	1
Gewinnrücklagen	137	-76	>100
Gesetzliche Rücklage	25	13	92
Andere Gewinnrücklagen	145	-80	>100
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-33	-9	<-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	-9	>100
Neubewertungsrücklagen	-196	-664	70
Neubewertungsrücklage (AfS)	-103	-581	82
Neubewertungsrücklage (CFH)	-93	-83	-12
Anteile im Fremdbesitz	138	80	73
Gesamt	2.712	1.962	38

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Vorjahr wurden die latenten Steuern für die Neubewertungsrücklage separat ausgewiesen.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2009, 30. Juni 2009 und 30. September 2009 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Der folgende Sachverhalt führte dabei zur Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009:

Für eine zutreffende Untergliederung von Zinserträgen und -aufwendungen wurde 2009 die Konsolidierung konzerninterner Salden hinsichtlich der Zuordnung zu der entsprechenden Haltekategorie angepasst. Hierdurch wird ein Teilbetrag der bisherigen sonstigen Zinsaufwendungen als Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten beziehungsweise Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Für die Vorjahresvergleichsperiode wurde entsprechend eine Anpassung vorgenommen, indem vom sonstigen Zinsaufwand ein Betrag in Höhe von 17 Mio. € in den Zinsaufwand für Verbindlichkeiten sowie ein Betrag in Höhe von 59 Mio. € in den Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten umgegliedert wurde.

Zum 31. Dezember 2009 führte ein neu aufzunehmender Sachverhalt zu Anpassungen:

Aufgrund eines Übertragungsfehlers wurden Abweichungen zwischen IFRS- und Steuerbilanzergebnis als permanent klassifiziert. In den Überleitungsrechnungen vom Soll- zum Ist-Steueraufwand für die Jahre 2007 (2 Mio. €) und 2008 (15 Mio. €) wurde folgerichtig ein überhöhter Steueraufwand aufgrund nicht abzugsfähiger Betriebsausgaben erfasst.

Der vorgenannte Sachverhalt wirkte sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2008 wie folgt aus (nach Berechnung latenter Steuern auf die Korrekturen):

Gewinn- und Verlustrechnung 2008 in Mio. €	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
Ergebnis vor Steuern	9	–	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	– 20	– 15	– 35
Ergebnis nach Steuern	29	15	44

Der Gewinn je Aktie des Vorjahres veränderte sich von 0,02 € auf 0,03 €.

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Anpassung haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2008 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2008 in Mio. €	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
Latente Ertragsteueransprüche	913	17	930
Gewinnrücklagen	– 93	17	– 76

Folgende weitere Anpassungen wurden vorgenommen:

In den Angaben zu Sicherheiten gemäß IFRS 7.15 a) und b) per 31. Dezember 2008 ergaben sich Anpassungen aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage.

Bei den Notesangaben zu den künftigen Mindestleasingzahlungen für bankgenutzte Gebäude, bei denen der Konzern als Leasingnehmer auftritt (Finance Lease), ergaben sich Anpassungen der Vergleichszahlen per 31. Dezember 2008 aufgrund einer durch einen Verwalterwechsel eingeführten genaueren Berechnungsmethode.

59 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	92	210	-56
Summe Treuhandkredite	92	210	-56
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	9	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	83	201	-59
Summe Treuhandkredite	92	210	-56

60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	964	2.220	-57
Kreditbürgschaften	551	931	-41
Akkreditive	3	8	-63
Sonstige Bürgschaften	410	1.281	-68
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.707	3.743	26
Gesamt	5.671	5.963	-5

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 655 Mio. € (Vorjahr: 626 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekendarlehenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 73 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH (FinanzIT) und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zu 91,58 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin,
- Klage einer Fondsgesellschaft.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Die Landesbank Berlin AG ist seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die letztmalig im Geschäftsbericht 2008 erwähnten Patronatserklärungen gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) sind unterdessen gegenstandslos.

61 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

62 Angaben zu Finanzinstrumenten

62.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2009 wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Buchwerte zum Umkategorisierungstag beziehungsweise Zeit- und Buchwerte zum Ende des Geschäftsjahres:

in Mio. €	Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	Buchwert 31.12.2009	Zeitwert 31.12.2009
A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	37.822 ¹⁾	27.013	26.936
B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR	504	449	451

¹⁾ Der Buchwert am Umkategorisierungstichtag wurde angepasst (Rundung).

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung aufgrund von Fälligkeiten um 11.209 Mio. € und die Bestände zu B sich um 62 Mio. € reduziert haben.

Zum Umkategorisierungstichtag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für diese Instrumente Zinsamortisierungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: –7 Mio. €) sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 38 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Zudem erfolgten aufgrund der Umkategorisierung Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS, was bis zum 31. Dezember 2009 zu einer Erhöhung dieser Rücklage um 207 Mio. € führte (Vorjahr: 58 Mio. €). Diese Amortisierung wurde aber durch die Fortschreibung des Buchwerts umkategorisierter Finanzanlagen im Zinsüberschuss kompensiert und hatte daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären im Berichtsjahr 378 Mio. € (Vorjahr: –124 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital, 6 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) erfolgswirksam im Handelsergebnis sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) erfasst worden.

62.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Stille Reserven ¹⁾	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva						
LaR	101.876	110.708	100.668	109.639	1.208	1.069
Forderungen an Kreditinstitute	22.377	22.143	22.309	22.049	68	94
Forderungen an Kunden	48.051	46.056	46.563	44.650	1.488	1.406
Finanzanlagen	31.448	42.509	31.796	42.940	-348	-431
AfS	16.295	8.088	16.295	8.088	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	116	302	116	302	0	0
Forderungen an Kunden	949	1.585	949	1.585	0	0
Finanzanlagen	15.230	6.201	15.230	6.201	0	0
HTM	1.730	1.295	1.661	1.325	69	-30
Finanzanlagen	1.730	1.295	1.661	1.325	69	-30
Gesamt	119.901	120.091	118.624	119.052	1.277	1.039
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.451	46.054	41.370	45.950	-81	-104
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾	34.588	32.280	35.129	32.720	541	440
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ³⁾	35.569	32.923	35.129	32.720	-440	-203
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.889	29.905	28.657	29.826	-232	-79
Nachrangkapital inklusive stiller Einlagen	2.356	2.854	2.544	3.137	188	283
Gesamt²⁾	107.284	111.093	107.700	111.633	416	540
Gesamt³⁾	108.265	111.736	107.700	111.633	-565	-103

¹⁾ im Vorjahr als Differenz ausgewiesen

²⁾ unter Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufkationen für ablaufvariable Finanzinstrumente

³⁾ ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Ablaufkationen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen konnten Fair Values nicht vollständig ermittelt und somit nicht angegeben werden.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Fair Values. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

62.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an. Dabei wird unter Beachtung der Fair Value-Hierarchie zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Aufgrund der Marktentwicklung im Laufe des Geschäftsjahres 2009 waren im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 vermehrt belastbare Quotierungen an den Märkten beobachtbar, so dass die im Jahr 2008 noch dominierende Modellbewertung überwiegend durch die Verwendung von Marktpreisen (Quotes externer Anbieter) ersetzt wurde.

Die extreme Marktsituation, die noch Ende 2008 vorlag, hat sich im Jahresverlauf deutlich entspannt. Die am Markt beobachtbare Erhöhung der Aktivitäten äußerte sich unter anderem in der gestiegenen Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen / Handelsvolumina sowie belastbareren Quotierungen (höhere Anzahl an Transaktionen, engere Bid-Ask-Spannen). Hinzu kommt eine sich normalisierende Volatilität begleitet von einer Konsolidierung der Credit Spreads, was auch auf die gestiegene Liquiditätsversorgung der Märkte zurückzuführen ist.

Das im Vorjahr noch vorherrschende Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt hat sich spürbar gebessert, was im Ergebnis zunehmend Preisquotierungen auf Basis von partiell wieder effektiven Märkten erzeugte. Dieser Marktentwicklung folgend standen für einen Großteil unserer Bestände bei Schuldverschreibungen bis zum 31. Dezember 2009 Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Im Konzern wurde daher die Anwendung von Modellbewertungen im Rahmen des mehrstufigen Bewertungsverfahrens der LBB zurückgeführt.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen, errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle, in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie einige Darlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt. Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht-börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus fachlichen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM, welche ausschließlich unter Finanzanlagen ausgewiesen werden, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Ermittlung der Fair Values von Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage basiert auf der Barwertmethode unter Anwendung des aktuellen Marktzinses und angemessener Risikoaufschläge.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditiven) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich null identifiziert.

62.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Values gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Values anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts realistische und auf Marktgegebenheiten basierende Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen wertberichtigte Schuldverschreibungen, Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed-Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2009			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Handelsaktiva (HfT), Derivate	11.375	62	11.313	0
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	1.512	593	794	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	4.699	2.150	2.332	217
Forderungen an Kreditinstitute (AfS)	116	0	116	0
Forderungen an Kunden (AfS)	949	0	949	0
Finanzanlagen (AfS)	15.129	11.236	3.851	42
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	983	0	983	0
Gesamt Aktiva	34.763	14.041	20.338	384
Handelspassiva (HfT), Derivate	11.504	100	11.404	0
Handelspassiva (HfT), sonstige	507	289	218	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	16.310	6.911	9.268	131
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.624	44	1.580	0
Gesamt Passiva	29.945	7.344	22.470	131

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2009 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 8.353 Mio. € von Level 2 nach Level 1 transferiert. Durch fehlende Preisquotierungen an einem aktiven Markt wurden 107 Mio. € von Level 1 nach Level 2 umgegliedert.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2009 zeigt:

in Mio. €	31.12.2008	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			Abgänge	31.12.2009
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten	nach Level 1+2	
Handelsaktiva (HFT), Wertpapiere	294	17	0	360	398	61	87	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	1.297	0	0	14	142	42	910	217
Finanzanlagen (AFS)	1.438	-3	10	0	133	51	1.219	42
Gesamt Aktiva	3.029	14	10	374	673	154	2.216	384
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	182	-1	0	0	0	50	0	131
Gesamt Passiva	182	-1	0	0	0	50	0	131

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Stichtag bezogen betrug die Summe dieser Änderungen 5 Mio. €.

Auch für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 aus Level 3 transferierten Finanzinstrumente waren die zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten ausschlaggebend. Zugänge aus den Hierarchieleveln 1 und 2 lagen nicht vor.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente sind die Credit Spreads und Recovery Rates die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieser Parameter wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Handelsaktiva (HFT), Wertpapiere	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	-1	0
Finanzanlagen (AFS)	-2	0
Gesamt Aktiva	-3	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	-5	5
Gesamt Passiva	-5	5

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 5 Mio. € erhöht beziehungsweise um 8 Mio. € verringert.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

63 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.236	2.151	- 43
Forderungen an Kunden	5.729	5.237	9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	1.817	906	> 100
Finanzanlagen	30.896	34.746	- 11
Sonstige Aktiva	2.905	2.957	- 2
Gesamt	42.583	45.997	- 7

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2009 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 14.602 Mio. € (Vorjahr: 10.271 Mio. €*) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, erhaltene Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2009 waren von diesen Sicherheiten 5.117 Mio. € (Vorjahr: 4.218 Mio. €*) veräußert oder verpfändet.

64 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) – Mehrheitseigner der LBBH sowie Komplementär der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementär der S-Erwerbsgesellschaft – die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Tochterunternehmen der Holding und Unternehmen, auf die die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners neben der S-Erwerbsgesellschaft, der S-Beteiligungsgesellschaft und der RVG auch die Geschäftsführer der RVG.

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrags zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt, nachdem die Verlustübernahme aus dem Jahr 2008 in Höhe von 12,5 Mio. € ausgeglichen wurde.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG Konzernabschlusses 2008 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 205 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

* Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (11 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung auf Guthabenbasis. Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und deren nahe Angehörige haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 67) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	29	91	-68
Sonstige Aktiva	12	7	71
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6	11	-45

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,5 Mio. € (31. Dezember 2008: 1,6 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 2,8 Mio. € (31. Dezember 2008: 3,9 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2008: 0,7 Mio. €*). Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	0	130	-100
Forderungen an Kunden	124	146	-15
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	11	15	-27
Finanzanlagen	36	15	>100
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69	57	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39	8	>100
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	15	20	-25
Nachrangkapital	20	20	0

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2008: 0,3 Mio. €).

Gegenüber einem assoziierten Unternehmen bestand im Vorjahr eine Gewährleistungsbürgschaft über 55 Mio. €. Dieses Unternehmen ist aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen ausgeschieden. Zum 31. Dezember 2009 bestehen noch Gewährleistungsbürgschaften gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,4 Mio. €.*

* Die Erfassung dieser Daten war technisch erstmals im abgelaufenen Geschäftsjahr möglich.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Aktiva Forderungen an Kunden	3	14	-79
Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	1	> 100

Es bestehen keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Gewährleistungsbürgschaften gegenüber Joint Ventures. *

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, aus-gegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das **Zinsergebnis des Konzerns** wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung zum 1. Juli 2009 in den Vorstand berufen und ihn, ebenso wie der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG, mit Wirkung ab diesem Tag jeweils zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Weitere personelle Veränderungen im Vorstand der LBBH und der LBB haben sich im Geschäftsjahr 2009 nicht ergeben.

Mit Herrn Martin K. Müller wurde im Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag abgeschlossen, der eine Anpassung des ruhegehaltstfähigen monatlichen Festgehalts mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat. Der Aufsichtsrat hat zudem die Anpassung der ruhegehaltstfähigen monatlichen Festgehälter von vier weiteren Vorstandsmitgliedern entsprechend den Gehaltssteigerungen im Tarifbereich zum 1. April 2009 beschlossen. Mit Herrn Hans-Jörg Vetter wurden zu seinem Ausscheiden folgende Vereinbarungen getroffen: Das monatliche ruhegehaltstfähige Festgehalt wurde unverändert bis einschließlich zum 10. Juni 2009 fortgezahlt. Für den Monat Juni erfolgte die Zahlung zeitanteilig. Für das anteilige Geschäftsjahr 2009 erhält Herr Hans-Jörg Vetter die vertraglich vereinbarte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung zeitanteilig. Über die variable Vergütung für das anteilige Geschäftsjahr 2009 entscheidet das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Abschluss des Geschäftsjahres. Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Gehaltsfortzahlungen nach dem Ausscheiden von Herrn Hans-Jörg Vetter aus dem Dienstverhältnis, nachträgliche Prämien, Abfindungszahlungen oder Ähnliches wurden nicht vereinbart, die Regelungen zum Ruhegehalt blieben unverändert.

Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Johannes Evers wurde bezüglich der Vergütung und des Ruhegehalts auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum 1. Juli 2009 angepasst.

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der Holding am 9. Juni 2009. In der Hauptversammlung fanden Neuwahlen statt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats wurden bereits im Mai im Unternehmen gewählt. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des neu gewählten Aufsichtsrats befindet sich im Anhang.

* Die Erfassung dieser Daten war technisch erstmals im abgelaufenen Geschäftsjahr möglich.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2009	2008
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	4.475	6.861
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.685	2.878
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	634	657
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	268
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.442	8.046
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	94.206	86.735
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	11.404	13.095
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	6.204	7.099
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	2.262	1.255
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	1.146	863

¹⁾ bestehend aus den Herren Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009), Dr. Evers, Dr. Veit, Demolière, Kulartz und Müller

²⁾ bestehend aus den Herren Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009), Dr. Evers (ab 1. Juli 2009) und Dr. Veit

³⁾ ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

⁴⁾ Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 22 T€ (Vorjahr: 1.668 T€) enthalten

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Für ein Mitglied des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt. Im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2009 werden personenbezogene Angaben zu den Versorgungszusagen, den Ansprüchen auf Ruhegehalt und den sonstigen Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	2009	2008
an Mitglieder des Vorstands der LBB	296	344
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	11	18
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	111	2
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	98	0

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Darlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen gewährte in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Vorstands resultiert die Veränderung insbesondere aus der Tilgung eines Darlehens. Bei den Mitgliedern der Aufsichtsräte ist die Entwicklung im Wesentlichen auf die veränderte Zusammensetzung der Gremien zurückzuführen.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen. Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die Holding auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2009** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB) ³⁾	483	0	13	496
davon nicht ruhegehaltstfähig	231			
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB) ⁴⁾	425	0	22	447
davon nicht ruhegehaltstfähig	165			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	709	0	33	742
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.617	0	68	1.685
Serge Demolière (LBB)	1.008	0	34	1.042
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Dr. Johannes Evers (LBB) ⁵⁾	321	0	24	345
davon nicht ruhegehaltstfähig	123			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Vergütungsaufwand 2009 Gesamt (LBB)	4.267	0	208	4.475

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers ab dem 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der Holding und der LBB.

⁵⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers als Mitglied des Vorstands der LBB bis 30. Juni 2009.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2008** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.074	650	26	1.750
davon nicht ruhegehaltstfähig	521			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	695	400	33	1.128
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.769	1.050	59	2.878
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Uwe Kruschinski (LBB) ³⁾		30		30
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Vergütungsaufwand 2008 Gesamt (LBB)	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige (variable) Teil der Vergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der Holding:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung Konzern LBB Holding	
	2009	2008
Heinrich Haasis	81	81
Bärbel Wulff	64	64
Dietmar P. Binkowska ¹⁾⁵⁾	–	29
Gregor Böhmer ³⁾⁷⁾	18	42
Dagmar Brose ³⁾	7	15
Hans Jörg Duppré	15	15
Michael Dutschke ⁴⁾	8	–
Christina Förster ⁷⁾	20	26
Gerhard Grandke ⁴⁾⁸⁾	18	–
Artur Grzesiek ²⁾⁶⁾	33	3
Sascha Händler ⁷⁾	20	26
Gerald Herrmann ⁴⁾⁸⁾	14	–
Jürgen Hilse	35	36
Claus Friedrich Holtmann	32	32
Michael Jänichen	43	38
Daniel Kasteel ⁷⁾	20	26
Thomas Mang	37	32
Astrid Maurer ³⁾⁷⁾	11	26
Frank Meysel ⁴⁾	8	–
Wolfgang Pansegrau ⁴⁾⁸⁾	14	–
Andreas Rohde ³⁾⁷⁾	11	26
Peter Schneider	26	26
Friedrich Schubring-Giese	15	15
Joachim Tondorf ³⁾	11	25
Dr. Harald Vogelsang	32	32
Frank Wolf	41	42
Summe	634	657
zuzüglich USt	99	102
Gesamtaufwand	733	759

¹⁾ Mitglied im AR der Holding bis 21. November 2008

²⁾ Mitglied im AR der Holding seit 24. November 2008

³⁾ Mitglied im AR der Holding bis 9. Juni 2009

⁴⁾ Mitglied im AR der Holding seit 9. Juni 2009

⁵⁾ Mitglied im AR der LBB bis 21. November 2008

⁶⁾ Mitglied im AR der LBB seit 24. November 2008

⁷⁾ Mitglied im AR der LBB bis 8. Juni 2009

⁸⁾ Mitglied im AR der LBB seit 8. Juni 2009

65 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2009	2008
Vollzeit	5.095	5.117
Teilzeit	1.376	1.325
Auszubildende	280	261
Gesamt	6.751	6.703

66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009

Der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Patrick Tessmann zum 1. April 2010 zum Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin AG bestellt. Er wird die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden übernehmen.

67 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
	insgesamt in %	in %	in %	in T€	in T€	
Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin	100,0	100,0	100,0	7.141	4.442	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{2) 5)}	100,0	100,0	100,0	358	-342	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin	91,6	91,6	91,6	788.503	58.892	
Crown Court I LLC, Wilmington / Delaware ^{5) 16)}	100,0	100,0	100,0	-22.997	122.109	
Crown Court Property London Ltd., London ^{5) 17)}	100,0	100,0	100,0	17.308	797	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	9.200	0	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	5.225	84	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ^{2) 5)}	100,0	94,9	100,0	5.561	-591	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin ⁵⁾	76,7	76,7	76,7	-20.915	624	
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁵⁾	99,9	99,9	99,9	-9.021	-1.130	
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ⁵⁾	100,0	95,0	100,0	16.528	528	
Landesbank Berlin AG, Berlin	100,0	0,0	100,0	2.857.327	0	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	195.870	16.190	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ^{2) 5)}	100,0	0,0	100,0	9.739	-540	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.341	22	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{2) 5)}	100,0	100,0	100,0	5.927	61	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{2) 5)}	100,0	100,0	100,0	1.103	0	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	7.206	2.544	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁵⁾	75,0	75,0	75,0	27.689	-2.788	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{2) 5)}	100,0	100,0	100,0	920	7	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
Check Point Charlie Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands) ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	216	-33	
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands) ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-2.972	3.361	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands) ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-16.549	14.282	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands) ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-9.042	4.796	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands) ⁵⁾	0,0	0,0	0,0	-2.727	1.059	
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware ^{4) 5)}	0,0	0,0	0,0	-	-	

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11281, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11305, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11804, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾⁵⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
BB-TBG-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	94.493	3.440	
BG-Asset-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	20.724	1.655	
dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	88.637	-3.840	
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	94.644	9.121	
DEKA – ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	54.074	-1.476	
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	93.650	2.070	
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	69.488	14.390	
LBB-nb 08-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	384.362	7.922	
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	127.001	19.762	
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	15.338	4.627	
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0	0,0	82.876	-2.747	
Dotationsbestand Publikumsfonds – konsolidiert –						
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin ⁵⁾	78,0	78,0	0,0	18.566	916	
Kepler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	56,8	56,8	0,0	77.796	10.684	
Vermögensstruktur Chance Inhaber-Anteile, Berlin ⁵⁾	87,9	87,9	0,0	34.796	1.144	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ²⁾	100,0	94,9	100,0	51	0	31.12.2008
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
B & E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
B & E-Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	100,0	100,0	100,0	104	0	31.12.2008
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.618	378	31.12.2008
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	422	-4	31.12.2008
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-386	45	31.12.2008
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ⁶⁾	94,0	94,0	50,0	21	2	31.12.2008
GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ¹⁴⁾	100,0	100,0	100,0	100	0	
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	3.833	197	31.12.2008
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	61	-518	31.12.2007
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2008
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking	92,5	92,5	92,5	134	26.765	31.12.2008
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	20	0	31.12.2008
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	115	-13	31.12.2008
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	2.556	0	31.12.2008
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	94,0	55,3	24	0	31.12.2008
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	83	-210	31.12.2008
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	530	447	31.12.2008
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
Check Point Charlie Inc., Delaware	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
Chess II Ltd. Series 37, Saint Helier / Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
PPC Holdings Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	0,0	0,0	0,0	22	-4	31.12.2008
Starts (Ireland) PLC Series 2005-8, Ireland	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Joint Ventures (IAS 31) – bewertet –						
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁵⁾	45,0	45,0	45,0	4.503	231	
Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –						
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	45,0	45,0	28	1	31.12.2007
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	50,0	50,0	1.130	8	31.12.2008
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	82	52	31.12.2008
GbR TOCOTAX	0,0	0,0	33,3	0	-106	31.12.2008
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	-2.602	-300	31.12.2008
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	279	51	31.12.2008
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –						
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ⁷⁾	12,0	12,0	12,0	356.914	31.039	
PEB Capital B. V. in Liquidation, Hilversum ¹⁵⁾	42,4	42,4	42,4	351	2	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – bewertet –						
Führ-Corporate Bond-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	21,3	21,3	0,0	96.109	1.261	
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	16,0	16,0	0,0	51.925	7.792	
Vermögensstruktur Wachstum Inhaber-Anteile, Berlin ⁵⁾	49,5	49,5	0,0	28.688	829	
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	47,5	47,5	47,5	33.707	2.426	31.12.2008
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	72	5	31.12.2008
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ^{3) 5) 13)}	25,1	25,1	25,1	10.161	0	
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	9.015	-1.563	30.9.2009
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	8.376	181	31.12.2008
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ¹⁴⁾	49,0	49,0	49,0	-184	0	31.12.2007
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	25	0	31.12.2008
Modernisierungsgesellschaft „Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67“ GbR, Berlin	30,9	30,9	30,9	k. A.	k. A.	
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2005
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ³⁾	26,8	26,8	26,8	32.530	2.249	31.12.2007
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-3.182	164	31.12.2008
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – nicht bewertet –						
LBB Special Situations Fund, Hamburg	4,7	4,7	0,0	k. A.	k. A.	
Beteiligungen von mindestens 20 v. H.						
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	-1.876	-101	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. l., Berlin ¹⁰⁾	49,0	49,0	49,0	3	-1	1.1.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. l., Berlin ¹⁰⁾	48,5	48,5	48,5	-50.432	2.789	31.12.2007
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ¹⁰⁾	60,0	60,0	60,0	-9	0	31.12.2007
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ¹⁰⁾	70,0	70,0	70,0	-84.321	3	31.12.2008
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	5	0	31.12.2008
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	42	9	30.9.2007
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	417	-154	30.9.2007

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.						
ACATIS Modul Colleg.Fds-Nr. 1, Luxembourg ¹¹⁾¹²⁾	24,8	24,8	0,0	3.990	1	31.12.2008
Magna Africa Fund, London ¹¹⁾¹²⁾	38,9	38,9	0,0	34.312	-74.861	31.12.2008
OP Extra Bond Euro – hedged, Köln ¹¹⁾¹²⁾	21,1	21,1	0,0	204.585	10.394	31.12.2008
S.A.M. Global II, Graz, Austria ¹¹⁾¹²⁾	92,2	92,2	0,0	48.777	-10.707	30.9.2008
S.A.M. Vermögensverwaltung Global, Graz, Austria ¹¹⁾¹²⁾	75,6	75,6	0,0	46.953	-2.314	30.9.2008

¹⁾ Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

⁴⁾ Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender Option Program“ der Crown Court I LLC; TOB gesamt in T€: Eigenkapital 4.570; Jahresüberschuss/-fehlbetrag: -107.197

⁵⁾ IFRS-Melddaten der Einzelabschlüsse

⁶⁾ Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10)

⁷⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁸⁾ kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

⁹⁾ kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹⁰⁾ kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹¹⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

¹²⁾ Es handelt sich um Publikumsfonds, die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

¹³⁾ Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag zu konzernfremdem Mehrheitsgesellschafter.

¹⁴⁾ Zahlen aus dem Jahresabschluss der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (direkte Mutter) per 31.12.2009

¹⁵⁾ vorläufige Zahlen per 31.12.2009

EZB-Kurse zum 31.12.2009

¹⁶⁾ 1 EUR = 1,4406 USD

¹⁷⁾ 1 EUR = 0,8881 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
Landesbank Berlin AG	Landesbank Berlin Holding AG	178.347	
Landesbank Berlin Investment GmbH	Landesbank Berlin Holding AG	14.512	

68 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Landesbank Berlin Holding AG, Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender bis 10. Juni 2009

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender ab 1. Juli 2009

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Gregor Böhmer

bis 9. Juni 2009
ehem. Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Dagmar Brose*

bis 9. Juni 2009
Referentin Finanzen der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

ab 9. Juni 2009
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referent Informationstechnologie
der Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

ab 9. Juni 2009
Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

ab 9. Juni 2009
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di,
Bundesverwaltung Berlin

Jürgen Hilse

ehem. Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Göppingen

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Projektmanagement
des Bereichs Informationstechnologie
der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Astrid Maurer*

bis 9. Juni 2009
Mitglied des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG,
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Frank Meysel*

ab 9. Juni 2009
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau*

ab 9. Juni 2009
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Andreas Rohde*

bis 9. Juni 2009
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der
Versicherungskammer Bayern

Joachim Tonndorf*

bis 9. Juni 2009
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA
Finanzholding und der
Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Bärbel Wulff

stellv. Vorsitzende

Gregor Böhmer

bis 9. Juni 2009

Jürgen Hilse

Michael Jänichen

ab 9. Juni 2009

Thomas Mang

ab 9. Juni 2009

Joachim Tonndorf

bis 9. Juni 2009

Frank Wolf

Vermittlungsausschuss

Christina Förster

Heinrich Haasis

Peter Schneider

Bärbel Wulff

* Arbeitnehmervertreter

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 3. März 2010

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 3. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Markus Burghardt) (Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509
www.lbb-holding.de

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Niederlassung London

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, 66 Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: + 44/20/757 262 00
Telefax: + 44/20/757 262 99

Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: + 352/468 939 0
Telefax: + 352/468 939 201 9

Landesbank Berlin Investment GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Telefon: 030/245 645 00
Telefax: 030/245 645 45
www.lbb-invest.de

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Privatkunden-, Firmenkunden-, Vermögensanlage- und ImmobilienCenter finden Sie im Internet unter www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Privatkunden

Private Banking	Bundesallee 171	10715 Berlin	030/869 840 70
------------------------	-----------------	--------------	----------------

Vertriebsbereich Süd-West

Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte,
Steglitz-Zehlendorf

Privatkunden

Vermögensanlagen	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 624
------------------	-----------------------	--------------	-----------------

Vertriebsbereich Süd-Ost

Neukölln, Tempelhof-Schöneberg,
Treptow-Köpenick

Privatkunden

Vermögensanlagen	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 646
------------------	-----------------------	--------------	-----------------

Vertriebsbereich Ost

Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg,
Marzahn-Hellersdorf

Privatkunden

030/869 742 690

Vermögensanlagen	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 691
------------------	-----------------------	--------------	-----------------

Vertriebsbereich Nord

Pankow, Reinickendorf, Spandau

Privatkunden

Vermögensanlagen	Scharmweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 861
------------------	----------------------	--------------	-----------------

Vertriebsbereich ImmobilienCenter

Badensche Straße 23

10715 Berlin

030/869 840 51

Firmenkunden

Zentrale Direktion Firmenkunden	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
----------------------------------------	---------------------	--------------	----------------

Direktion Firmenkunden Nord	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 737 777
------------------------------------	---------------------	--------------	-----------------

Direktion Firmenkunden Süd / Direktion Brandenburg	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671
---------------------------------------------------------------	---------------------	--------------	-----------------

Direktion Firmenkunden Zentrum	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 575
---------------------------------------	---------------------	--------------	-----------------

Direktion FirmenkundenCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
-------------------------------------	---------------------	--------------	----------------

Direktion BusinessLine	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/869 869 869
-------------------------------	-------------------	--------------	-----------------

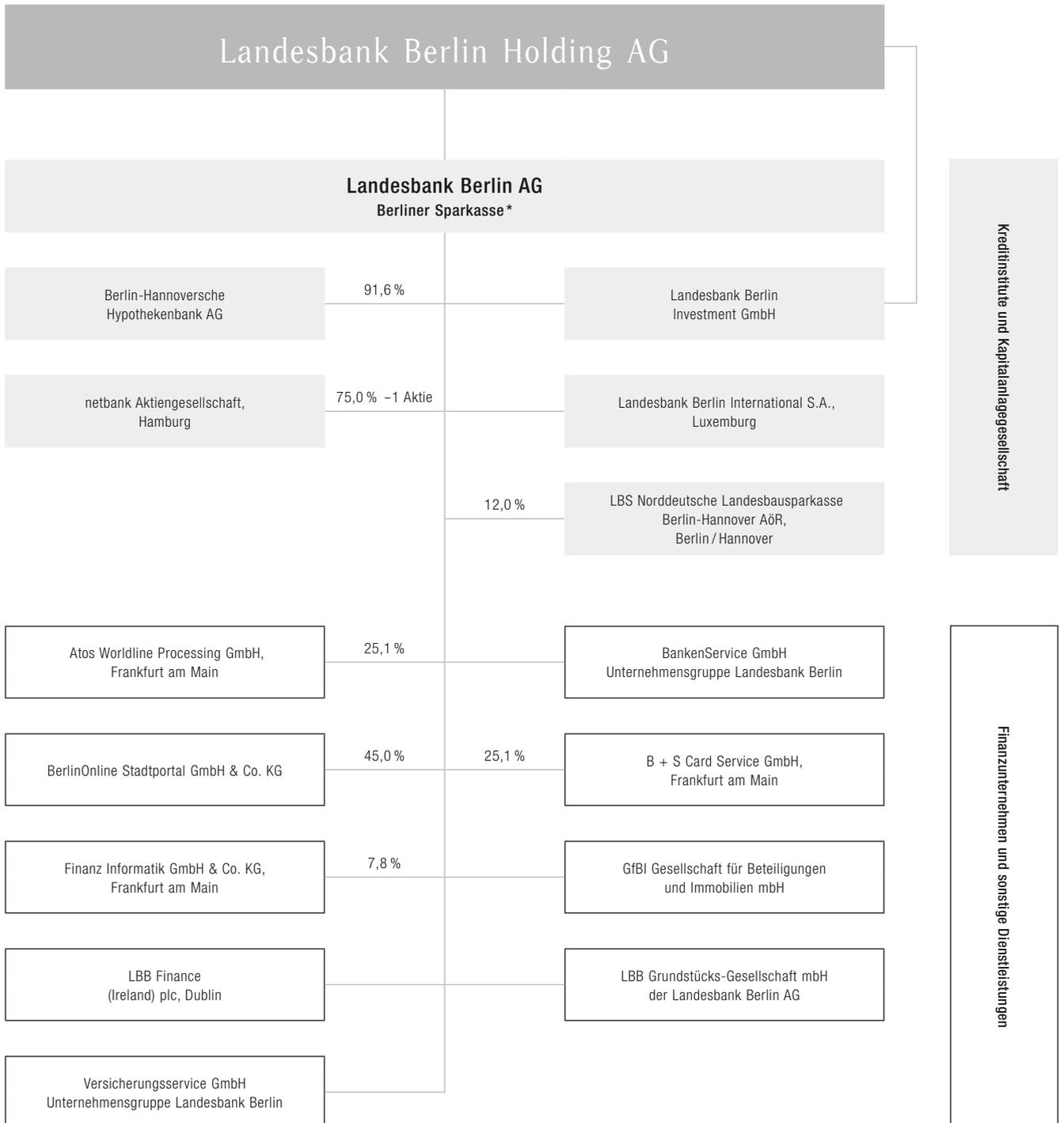
Wichtige Adressen

Immobilienfinanzierung

Vertriebsbereich Berlin und Neue Bundesländer	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 80
Wohnungsunternehmen	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 86
Vertriebsbereich Alte Bundesländer	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 90
Geschäftsstelle Düsseldorf	Königsallee 60	40212 Düsseldorf	0211/839 22 01
Geschäftsstelle Frankfurt am Main	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt am Main	069/150 66 11
Geschäftsstelle Hamburg	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
Geschäftsstelle München	Perusastraße 7	80333 München	089/291 949 10
Vertriebsbereich Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 10
Konsortialfinanzierungen/Syndizierung	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 95
Ausländische Investoren	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 996 65
Geschäftsstelle Amsterdam	WTC Schiphol Schiphol Boulevard	NL-1118 BH Schiphol	+31/20/206 596 0
Geschäftsstelle London	1 Crown Court, 66 Cheapside	GB-London EC2V 6 LR	+44/20/757 264 93
Geschäftsstelle Prag	Meteor Centre Office Park Sokolovská 100/94	CZ-18000 Prag 8	+420/2/360 801 50
Geschäftsstelle Warschau	ul. Widok 8	PL-00-023 Warschau	+48/22/690 656 5

Kapitalmarktgeschäft

Business Management	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 625 65
Relationship Management			030/245 929 03
Client Business	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 626 20
Sparkassen und Genobanken			030/869 624 30
Banken und Vermögensverwalter			030/869 619 01
Institutionelle Kunden			030/869 620 00
Credit			030/869 628 67
Private Kunden			030/869 629 00
Treasury und Trading	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07
			030/245 665 01
Internationales Geschäft	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 651 35



Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen; Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0%; Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: März 2010



- 1 *Barbara Freifrau von Münchhausen, BankenService GmbH, Zentraler PersonalService*
- 2 *Bartho Schröder, Landesbank Berlin, Leiter des Bereichs Business Management*
- 3 *Saskia Mielke, Auszubildende bei der Berliner Sparkasse*
- 4 *David Tuchenhagen, Landesbank Berlin, Bereich Kredit*
- 5 *Dr. Reinhard Möbius, Landesbank Berlin, Bereich Finanzen*
- 6 *Gabriela Höhne, Landesbank Berlin, Bereich Organisation*
- 7 *Robert Schmieder, Auszubildender bei der Berliner Sparkasse*
- 8 *Veronika Harmke, BankenService GmbH, Zahlungsverkehr*
- 9 *Elise Flegel, Landesbank Berlin, Beteiligungsmanagement*
- 10 *Michael Gieseler, Landesbank Berlin, Client Business Distribution*
- 11 *Maureen Schmidt, BankenService GmbH, Zahlungsverkehr*
- 12 *Christian Pache, Landesbank Berlin, Treasury und Trading*
- 13 *Robert Achatz, Auszubildender bei der Berliner Sparkasse*
- 14 *Katrin Stachowiak, DirektBankService, CallCenter*
- 15 *Walter-Ekkehard Hicke, Landesbank Berlin, Bereich Personal*
- 16 *Nadine Pagels, Auszubildende bei der Berliner Sparkasse*
- 17 *Mirjam Heß, Landesbank Berlin, Bereich Revision*
- 18 *Marcus Buder, Landesbank Berlin und Berlin Hyp, Bereich Kredit*
- 19 *Hatice Selcuk, Leiterin PrivatkundenCenter bei der Berliner Sparkasse*
- 20 *Klaus Spicker, Landesbank Berlin, Datenschutzbeauftragter*
- 21 *Dr. Peter Goder, Landesbank Berlin, Treasury und Trading*
- 22 *Laura Schimanski, Landesbank Berlin, Konsumentenfinanzierung*
- 23 *Michael Jänichen, Landesbank Berlin, Leiter des Bereichs Firmenkunden*
- 24 *Petra Sachse, Leiterin PrivatkundenCenter bei der Berliner Sparkasse*

Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Fotos

Getty Images
Enriko Böttcher, Barbara Dietl, Elke Jung-Wolff,
Michael Jungblut, Jens Komossa, Sabine Wenzel

Druck

Broermann Offset-Druck GmbH, Troisdorf-Spich

ISSN 1868-3304



© **Mix**

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern, kontrollierten Herkünften und
Recyclingholz oder -fasern

www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001484
© 1996 Forest Stewardship Council

Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postfach 11 08 01
10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Investor Relations
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 663 93
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb-holding.de
www.lbb.de

